هكذا من الأصل

Mittwoch, 13. August 1986 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 186 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Jubel um Kaiser und Komponist

Vom Berliner Gastspiel seines Wagner-Ensembles erhoffte sich Impresario Neumann volle Kassen und ein starkes publizistisches Echo. Beides bekam er: Die Leute saßen vor dem Victoria-Theater auf den Bäumen, um den Kaiser und den Komponisten Richard Wagner vorfahren zu sehen; der Jubel war unbeschreiblich. Seite 6

Frauen als Unternehmerinnen

Immer mehr Frauen wagen in den letzten Jahren den Sprung in die unternehmerische Selbständigkeit. Allein in Nordrhein-Westfalen sind es rund 40 000 pro Jahr. Jedes dritte Unternehmen in der Bundesrepublik, so hat das Institut für Mittelstandsforschung auf der Basis der Gewerbe-Anmeldungen ermittelt, wird von einer Frau gegründet. Seite 3

POLITIK

Weizenlieferung: Die EG wird möglicherweise schon in den nächsten Tagen mit dem Verkauf von eingelagerten Weizenbeständen an die UdSSR beginnen. Die Gemeinschaft reagiert damit auf die von den Vereinigten Staaten angekündigte Lieferung von vier Millionen Tonnen Weizen an die Sowjetunion.

Polizeischulung: Über die herkömmliche Entwicklungshilfe hinaus will die Bundesregierung *Länder Lateinamerikas verstärkt* in der Schulung und Ausrüstung ihrer Polizeiorganisationen beraten und helfen. Dies erklärte der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke.

Neue Heimat: Mit einem Verfahrensstreit begann gestern in Bonn die Ausschußsitzung zur Klärung der Vorgänge um den angeschlagenen gewerkschaftseigenen Wohnungskonzern Neue Heimat. Die Sitzung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ablehnung: Das amerikanische *Repräsentantenhaus hat* die Bewilligung eines Haushaltspostens von 1,5 Milliarden Dollar für den Bau eines weiteren Trident-U-Bootes abgelehnt. Dagegen wurde von den Abgeordneten der Bereitstellung von 1,1 Milliarden Dollar für das MX-Raketen-Programm zugestimmt.

Kabul: Afghanische Widerstandskämpfer haben nach Angaben westlicher Diplomaten in der *vergangenen Woche die Botschaften* der UdSSR und Polens in Kabul mit Raketen beschossen. Beide Botschaften seien von mindestens je einer Rakete getroffen und beschädigt worden.

Anschlag: Die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf das Auto eines amerikanischen Soldaten in Hanau haben keine Hinweise auf politische Hintergründe gebracht. Der Anschlag war am Sonntagabend verübt worden.

WIRTSCHAFT

Schneller Brüter: Gegen eine Bereitstellung weiterer Forschungsmittel für den Schnellbrutreaktor SNR 300 hat sich der forschungspolitische Sprecher der CDU, Lenzer, ausgesprochen. Die Überlegungen von Forschungsminister Riesenhuber, 100 Millionen Mark *zur Überbrückung von Zeitverzögerungen* beim Schnellen Brüter bereitzustellen, weckten nur Begehrlichkeit, meinte Lenzer. (S. 9)

Börse: Nach Gewinnmitnahmen schlossen die Aktienmärkte uneinheitlich. Der Rentenmarkt war kaum verändert. WELT-Aktienindex 275,05 (274,57). BHF-Rentenindex 107,427 (107,448). BHF-Performance-Index 106,574 (106,566).

Dollar-Mittelkurs 2,0719 (2,0564) Mark. Goldpreis je Feinunze 384,00 (388,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100

	30.	31.	1.	4.	5.	6.	7.	8.	11.	12.
Juli/August '86										

(Skala: 250 – 260 – 270; DIE WELT)

KULTUR

Geburtstag: Wo immer es an Europas Bühnen eine Vakanz gab oder ein stattlicher Posten zu vergeben war, war Giorgio Strehler der erste, dem man die Position anbot. Jetzt feiert der promovierte Jurist seinen 65. Geburtstag. Der Schöpfer des „Volkstheaters mit Weltniveau" gilt als Europas bedeutendster Theatermann. (S. 15)

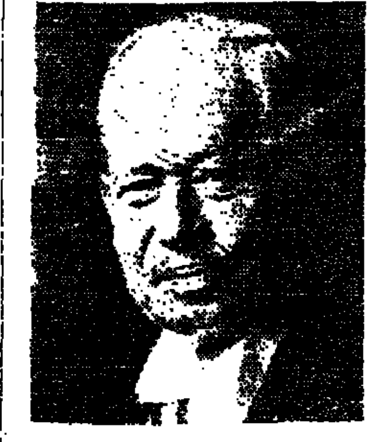
Steiermark: Im Schloß Herberstein/Steiermark wird in einer großen Landesausstellung die Entwicklung jener Region dargestellt, die seit 1000 Jahren Grenze ist. Die Geschichte der Steiermark als Bollwerk in Kriegen wird ebenso plastisch präsentiert wie die kulturelle Leistung und die Architektur dieses Raumes. (S. 15)

SPORT

Leichtathletik: Gaby Bußmann aus Hamm lief über 800 m die zweitbeste Zeit, die je eine Läuferin aus der Bundesrepublik erreichte. Beim Grand-Prix-Sportfest in Budapest siegte sie in 1:58,42 Minuten. (S. 7)

Fußball: Vor dem Saisonstart in der „DDR" hat die „Berliner Zeitung" in einem ungewöhnlich scharfen Kommentar von den Mannschaften mehr „nationale und internationale Qualität" gefordert. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Liechtenstein: Seine Durchlaucht Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein (Foto) wird 80. In seiner fast 50jährigen Regenschaft gelang es ihm seinen Kleinstaat unbeschadet durch alle historischen Wirren zu lenken. (S. 16)

Rom: Italiens Hauptstadt hat scheinbar unlösbare Probleme. Innerhalb von 15 Jahren verdoppelte sich die Bevölkerung, der Autoverkehr gehört zu den chaotischsten Europas und der „Wildbau" wuchert. Nun hofft Rom auf Umwelt-Sondergelder. (S. 16)

Spekulationen um Senkung der Zinsen verstärken sich

Dollarkurs zieht an / Erwartungen vor der Sitzung des Zentralbankrates

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Spekulationen auf eine deutsche Leitzinssenkung, die im Zusammenhang mit dem dreistündigen Gespräch von Bundesbankpräsident Pöhl und seinem Vize Schlesinger mit dem amerikanischen Notenbankchef Volcker am Vorabend der Beerdigung des früheren Bundesbankpräsidenten Emminger aufgekommen waren, halten an. In gut informierten Bankkreisen wird nicht ausgeschlossen, daß sich der Zentralbankrat morgen auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zu einem solchen Schritt durchringt, obwohl der Zins von unverändert 4,35 Prozent für die gestern von der Bundesbank über ein Wertpapierpensionsgeschäft in das Kreditgewerbe geschleuste Liquidität eher für eine Fortführung des bisherigen geldpolitischen Kurses zu sprechen scheint.

Für wahrscheinlicher halten es Frankfurter Beobachter der geldpolitischen Szene allerdings, daß sich der Zentralbankrat, der morgen über das Thema diskutieren wird, erst auf einer der nächsten Sitzungen zu einer Leitzinssenkung entschließt. Ein Zinssenkungsbeschluß schon morgen könnte allzuleicht den unerwünschten Eindruck aufkommen lassen, als ließe sich der Zentralbankrat von Washington unter Druck setzen, wobei, wie von der Bundesbank betont wird, der US-Notenbankchef mit seinen Zinssenkungsforderungen in erster Linie auf Japan und die anderen europäischen Länder abzielt, deren Zinsen wesentlich höher sind als die deutschen. Die Bundesrepublik nimmt allerdings im Rahmen einer weltweiten Zinssenkungsrunde, die den USA selbst eine Zinssenkung erleichtern soll, eine Schlüsselposition ein; aus Furcht vor einem Druck auf die Wechselkurse ihrer Währungen *wären viele Länder nicht bereit, ihre* Zinsen ohne ein Mitziehen der Bundesbank zu senken.

Auch von der Bundesbank erwartet man in Finanzkreisen nicht, daß sie ihre Leitzinsen im Alleingang ermäßigt, weil dann mit einer Abschwächung der D-Mark gerechnet werden müßte. Man verweist darauf, daß auch die letzten deutschen Leitzinssenkungen im Rahmen einer konzertierten Aktion der wichtigsten Notenbanken vorgenommen wurden. Am Devisenmarkt wird darauf spekuliert, daß Washington als Gegenleistung für ein internationales Entgegenkommen in der Zinsfrage bereit sein könnte, darauf zu verzichten, den Dollarkurs mit Drohungen amerikanischer Politiker noch weiter zu drükken.

Die Zinssenkungsspekulationen haben gestern auch Spuren am Devisenmarkt hinterlassen, wo sich der Dollar, der vorgestern im außerbörslichen Handel auf einen neuen langjährigen Tiefstkurs von 2,0535 DM gerutscht war, bis zum frühen Nachmittag auf 2,0760 DM erholte. Das britische *Pfund hat sich* um rund vier Pfennig befestigt. Gegenüber den meisten EWS-Währungen tendierte die D-Mark freundlich. Am deutschen Rentenmarkt hat sich der Zinsrückgang gestern nicht weiter fortgesetzt. Der Markt wurde als reif für eine Konsolidierung bezeichnet. Auch an der Aktienbörse trat eine Verschnaufpause ein; die Aktien der Farbennachfolger und Großbanken büßten bis zu knapp sieben Mark ein.

DER KOMMENTAR

Eine Geste

CLAUS DERTINGER

Zwischen den USA und ihren Partnern in Japan und Europa, speziell der Bundesrepublik, herrscht ein „Zinskrieg". Diesen Eindruck läßt jedenfalls die öffentliche Diskussion aufkommen. Aufforderungen Washingtons, die Zinsen zu senken, werden hierzulande mit Argumenten wie schädlich und geldwertgefährdend gekontert. Im Prinzip ist es ein erfreuliches Phänomen, daß so viele unserer Bundesbank den Rücken *stärken wollen.*

Gewiß, niedrigere Zinsen in Japan und Europa können der Weltkonjunktur kaum Dampf machen und auch das Hauptproblem der USA, die riesige außenwirtschaftliche Schieflage, nicht aus der Welt schaffen. Washington muß bei der Haushaltssanierung ansetzen. Doch im Kern geht es den Amerikanern bei ihrem Druck auf ihre Partner weniger um kurzfristig ohnehin nicht erzielbare Erfolge an diesen Fronten, sondern vielmehr darum, den bei flauer Konjunktur immer stärker werdenden Protektionisten im eigenen Lande den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Daß dies gelingt, liegt auch in unserem Interesse, da ein weltweit um sich greifender Protektionismus gerade der exportabhängigen Bundesrepublik schweren Schaden zufügen würde. So wäre denn zu fragen, ob unsere Geldwerthüter nicht trotz einiger Bedenken über eine Leitzinssenkung nachdenken sollten, und zwar in einer konzertierten Aktion mit den anderen wichtigen Partnern, die einer Zinssenkung ohnehin nicht abgeneigt sind, aber einen *solchen Schritt nicht ohne* uns riskieren würden. Die deutschen Zinsen sind zwar schon die niedrigsten aller großen Länder; aber die Bundesrepublik ist nun einmal Zinsführer in Europa.

Als *Geste genügte auch schon* ein kleiner Schritt, der die Zinssenkungsphantasie nicht sofort abtötet. Mit einer halbprozentigen Senkung des Lombardsatzes würde sich die Bundesbank überhaupt nichts vergeben. Und auch eine halbprozentige Diskontsenkung im Rahmen einer international konzertierten Aktion würde weder den Wechselkurs der Mark gefährden noch den inflationären Kräften in Besorgnis erregendem Maße Auftrieb geben.

Hamburger Polizeichef abgelöst

Pawelczyk zieht Konsequenzen / Kontrollen für Anwälte bei Gefängnisbesuchen

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Der neue *Hamburger* Innensenator, Alfons Pawelczyk, hat eine einschneidende personelle Konsequenz aus der Krise gezogen, in die die Hamburger Polizei nach der umstrittenen Einkesselung von demonstrierenden Kernkraftgegnern und nach der Bluttat des Gewaltverbrechers Werner Pinzner im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums geraten war.

Mit sofortiger Wirkung wurde der bisherige Landespolizeidirektor Alfred Honka abgelöst und durch den Leitenden Kriminaldirektor Otto-Werner Müller ersetzt, der noch vor kurzem wegen Differenzen mit Honka über die richtige Kriminalitätsbekämpfung um seine Versetzung an die Spitze der Landespolizeischule gebeten hatte. Statt Müller übernimmt nun Honka die Leitung der Polizeischule. Damit führt zum ersten Mal ein Kriminalbeamter die Hamburger Polizei.

Weitere personelle Veränderungen in der Polizeiführung sind, wie Pawelczyk mitteilte, nicht zu erwarten. Polizeipräsident Dieter Heering, des*sen Ablösung die oppositionelle CDU* verlangt hatte, genieße sein volles Vertrauen und bleibe im Amt.

Honka hatte bereits am Freitag, so Pawelczyk, in einem Brief an den Innensenator um seine Ablösung gebeten. *Darin heißt es*, „seit den Ereignissen auf dem Heiligengeistfeld" (gemeint ist die Einkesselung am 8. Juni) sei „auch die Polizeiführung – berechtigt oder unberechtigt – massiv in die öffentliche Kritik geraten". Der Innensenator erklärte dazu, die Polizei der Hansestadt sei „mehr als andere Polizeien in der Bundesrepublik in das Blickfeld geraten", weil Hamburg „als einziges Bundesland das Demonstrationsgeschehen der letzten Monate kritisch aufgearbeitet" habe. Zweifeln oder Fehlern müsse sofort nachgegangen werden, damit es beim friedlichen Bürger keinen Vertrauenseinbruch gibt". Zugleich hob Pawelczyk hervor: „Wir werden keine härteren Waffen akzeptieren. Wir lehnen alles ab, was im Verhältnis zwischen Bürger und Polizei auf Dauer Distanz schafft. Härtere Waffen und *schärfere Gesetze sind nicht geeignet*, zeitlich begrenzte Schwierigkeiten zu überwinden. Einmal eingeführt, werden sie Bestandteil unserer Rechtsordnung bleiben. Distanzwaffen beschädigen das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei."

Der Innen- und der Rechtsausschuß der Bürgerschaft werden sich am Freitag mit den Ursachen und Konsequenzen des Falles Pinzner beschäftigen. Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer befaßt sich heute mit einer Anordnung der Justizbehörde, die seit dem Wochenende Anwälte bei Besuchen ihrer Mandanten im Untersuchungsgefängnis ähnlichen Kontrollen unterwirft, wie sie auch bei der Abfertigung von Passagieren auf Flughäfen vorgenommen werden. Der Präsident der Anwaltskammer, Volker Rollenhagen, bewertet diese Maßnahme als eine unzulässige „Überreaktion" auf den Fall Pinzner. Die Justizbehörde hingegen hält sie für sachlich gerechtfertigt und rechtlich erlaubt.

USA werfen Neuseeländer aus dem Anzus-Bündnis

Kontroverse bei Außenminister-Treffen in San Francisco

wth. **Washington**

Die Vereinigten Staaten haben formell ihre Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Neuseeland eingestellt.

Auf dem jährlichen Treffen des Anzus-Paktes, dem die USA, Neuseeland und Australien angehören, erklärte der amerikanische Außenminister George Shultz gestern in San Francisco: „Neuseeland hat sich selbst aus unseren Sicherheitsbeziehungen ausgeschlossen." Shultz ließ jedoch die Tür für die Rückkehr Neuseelands in den seit 35 Jahren bestehenden Pakt offen. „Es ist jederzeit willkommen, wenn es seine Politik *ändert.*" *Neuseeland war auf der Kon*ferenz nicht vertreten.

Die Erklärung von Shultz in Anwesenheit des australischen Außenministers, William Hayden, ist der Höhepunkt eines seit über einem Jahr andauernden Konflikts zwischen Neuseeland und der Reagan-Administration. Anlaß dazu ist die Weigerung der neuseeländischen Regierung, atomgetriebene oder mit Atomwaffen ausgerüstete Kriegsschiffe in ihren Häfen vor Anker gehen zu lassen.

Shultz und Hayden gaben in San Francisco eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie diese Politik der neuseeländischen Regierung bedauern. Hayden betonte jedoch, daß die *Sicherheitsbeziehungen* seines Landes mit Neuseeland von dieser Affäre nicht behelligt wurden.

Das australisch-amerikanische Treffen, an dem außer Shultz auch Verteidigungsminister Weinberger teilnahm, war überschattet vom jüngsten Konflikt zwischen beiden Ländern, der über die Entscheidung Reagans, staatlich subventionierten amerikanischen Weizen an die Sowjetunion zu liefern, ausgebrochen ist. Diese Maßnahme, mit der die Preise der bisherigen Weizenlieferanten wie Australien, Kanada und Argentinien weit unterboten werden, habe in Australien Empörung ausgelöst, erklärte Hayden.

Er befand sich mit seiner Kritik jedoch an der falschen Adresse, da sowohl Shultz wie auch Weinberger die Entscheidung Reagans kritisiert hatten. Reagan hatte diese Entscheidung im Vorfeld der Kongreßwahlen unter dem Druck republikanischer *Abgeordneter aus den weizenprodu*zierenden Staaten der USA gefällt.

Londoner Goldrausch legt Pause ein

Experten unsicher über weitere Entwicklung, aber der Handel ist zuversichtlich

WILHELM FURLER, **London**

Hält der Goldrausch der letzten Tage an oder kommt es zu einem scharfen Gegeneffekt mit wieder fallenden Preisen für das Edelmetall? Das ist die Frage, die im Augenblick kein noch so gewiefter Gold-Experte beantworten kann. Nach der Goldpreis-Explosion vom Montag ist gestern am Goldmarkt Ruhe eingekehrt. Das Edelmetall wurde im Vormittag-Fixing zu 386,10 Dollar gehandelt.

Tags zuvor hatte der Goldpreis im Vormittags-Fixing, das jeweils in London von fünf Banken und Goldhäusern festgesetzt wird, 394,50 Dollar je Feinunze erreicht. Dies war die höchste Notierung seit März 1984. Hochgetrieben wurde der Preis durch Befürchtungen, die Regierung Südafrikas könnte möglichen Sanktionen des Auslands mit einer Exportbeschränkung seiner Edelmetalle begegnen. Südafrika stellt 50 Prozent des Gold-Angebots der westlichen *Welt und liefert rund 85 Prozent* des begehrtesten Edelmetalls, Platin.

Entsprechend stieg am Montag auch der Platin-Preis so stark wie nie zuvor. Im Vormittags-Fixing notierte Platin zu 565 Dollar je Unze und damit um 59,75 Dollar höher als zum Wochenschluß, bevor am Nachmittagsfixing aufgrund von Gewinnmitnahmen ein Preis von 544,5 Dollar festgelegt wurde.

Traditionell besteht zwischen den Preisen von Platin und Gold eine gewisse Beziehung. Außerdem haben, wie ein Londoner Gold-Experte der WELT erklärte, die Übereinkunft der Opec-Länder zur Produktions-Beschränkung und der sich anschließende Anstieg im Preis von Rohöl die Erwartung ausgelöst, daß sich die Ölpreise im Herbst weiter festigen. Davon würden insbesondere die reichen Opec-Länder profitieren, die früher nicht selten einen Teil ihrer Überschüsse in Gold investierten.

Darüber hinaus profitiert der Goldpreis schon seit einigen Tagen von der Dollar-Schwäche, von fallenden Zinsen und von Befürchtungen über eine sich verschärfende Baisse an einigen führenden Aktienbörsen. Auch ein Teil der erheblichen Gewinnmitnahmen bei hohen Aktienkursen dürfte in Gold investiert worden sein.

Doch der sprunghafte Goldpreis-Anstieg wird im wesentlichen auf Spekulatoren zurückzuführen sein, die plötzlich kalte Füße bekamen. Um ihre offenen Positionen abzudekken, mußten sie so rasch wie möglich, zu einem noch relativ billigen Preis, Gold kaufen, um ihre Verluste so niedrig wie möglich zu halten.

Auch wenn sich der Goldpreis möglicherweise schwer tun wird, in nächster Zeit die psychologisch wichtige Barriere von 400 Dollar in London zu übersteigen, deutet doch vieles auf ein Ende der Goldpreis-De*pression hin. Eines der bedeutend*sten Gold-Häuser, Consolidated Gold Fields in London, sieht sich jedenfalls veranlaßt, seine noch im Frühjahr abgegebene Prognose über eine Goldpreis-Bandbreite für dieses Jahr von 330 bis 350 Dollar nach oben zu revidieren: „Wir glauben für den Rest des Jahres an eine Bandbreite von 350 bis 400 Dollar."

Burt lobt die Deutschen

DW. **Bonn**

US-Botschafter Burt hat die Deutschen vor der in den USA gewachsenen Kritik an mangelndem Verteidigungswillen in Schutz genommen: *Sie leisteten den weitaus größten* Beitrag für die NATO in Westeuropa, schrieb er in einem Leserbrief im „Wall Street Journal". Die Belastungen durch Lärm, Manöverschäden und Verkehrsbehinderungen seien „einzigartig". Die Ablehnung der *NATO durch einige Gruppen* bereite zwar Sorge, könne aber nicht von breitester Zustimmung ablenken.

Doppelt so viele Terror-Opfer

DW. **Tel Aviv**

Die Zahl der Todesopfer bei Terrorakten hat sich weltweit mit 639 gegenüber 349 im Vorjahr fast verdoppelt. Die Zahl der Anschläge blieb dage*gen mit 408 (gegenüber 412) nahezu* unverändert, berichtete das „Jaffee-Institut für Strategische Studien" in Tel Aviv. Die Bundesrepublik Deutschland rückte ins Vorfeld der Terrorszene: Libanon hält mit 11,5 Prozent der vom Institut verzeichneten Anschläge einen traurigen Rekord, doch mit 8,5 Prozent folgt die Bundesrepublik an zweiter Stelle.

SPD will mit Blüm zusammenarbeiten

DW. **Bonn**

Die SPD-Sozialpolitiker Anke Fuchs und Egon Lutz haben die Bereitschaft der SPD zur Zusammenarbeit mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) bei einer Rentenreform signalisiert. Gleichzeitig forderten sie höhere Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung. Lutz sagte gestern in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, die Rentenpolitik solle von allen Parteien getragen werden. Frau Fuchs ergänzte dies in einem Interview mit der „Hamburger Morgenpost" mit der Forderung nach „einem Babyjahr für alle Frauen, sozialer Grundsicherung im Alter und der Neugestaltung des Arbeitgeberbeitrages zur Rentenversicherung durch einen Wertschöpfungsbeitrag". Die Politikerin erklärte weiter: „Spätestens 1987 brauchen wir ein gemeinsames Konzept. *Und wenn Rau* dann Bundeskanzler ist, laden wir Blüm ein, mit uns eine vernünftige Rentenreform" einzuleiten.

Bagdad unter Raketen-Beschuß

DW. **Teheran/Bagdad**

Der Krieg am Golf eskaliert wieder. Bei einem Raketenangriff auf Bagdad wurde gestern morgen der Raffinerie-Komplex in der Vorstadt El-Dowra von mindestens einem Geschoß getroffen. Wenige Stunden später flogen irakische Kampfflugzeuge einen Angriff auf den iranischen Ölterminal auf der Insel Sirri in der Straße von *Hormuz. Zwei Tanker* wurden in Brand geschossen. Iran hatte wegen der dauernden Angriffe auf seinen Hauptumschlagplatz Kharg die Ölverschiffung zum Teil nach Sirri verlagert, das bislang als sicher vor der *irakischen Luftwaffe* galt.

Teheran bezeichnete den Angriff auf Bagdad als Vergeltungsschlag für irakische Attacken auf zivile Ziele in Iran. Ein Militärsprecher forderte zur Evakuierung der *Wohngebiete in der* Nähe von irakischen Industrie- und Militäreinrichtungen auf.

Seite 5: Mit 1,2 Millionen Mann

Eine europäische Jahrhundertfrage

DW. **Bonn**

Politiker von Koalition und Opposition haben an den Bau der Berliner Mauer heute vor 25 Jahren erinnert. Übereinstimmung bestand darin, daß sie den Kontrast zwischen Freiheit und Unterdrückung symbolisiere.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, unterstrich die Auffassung der *Bundesregierung*, daß die freiheitliche und friedliche Lösung der deutschen Teilung „eine europäische Jahrhundertfrage" sei. Dies wisse auch die „DDR", erklärte er in einem Beitrag für den Bonner „General-Anzeiger". *Die Bundesregierung sei wei*terhin bemüht, die Mauer in beide Richtungen durchlässiger zu machen.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt betonte, eine lokale und nationale *Perspektive zur Überwindung der* Mauer gebe es nicht. Er sehe weiterhin keine bessere Perspektive als eine europäische Friedensordnung.

Polens Jugendliche lassen die Partei links liegen

Kilometerlange Wallfahrtsmärsche nach Tschenstochau

RENATE MARSCH, **Warschau**

Die Scharen von jungen Polen, die gegenwärtig zum Wallfahrtsort Tschenstochau pilgern, um am Freitag Mariä Himmelfahrt zu feiern, zeigen eindrucksvoll, daß die Partei mit ihren Versuchen, die Jugend zu gewinnen, *auf verlorenem Posten steht.* Der „Warschauer Zug" ist traditionell in einzelne Gruppen eingeteilt. Die letzte Gruppe, nämlich die siebzehnte, besteht aus Tausenden von Studenten und Akademikern. In diesem Jahr gibt es erstmals eine symbolische „Gruppe 18". Sie ist den Gefangenen, im Untergrund Lebenden und Emigrierten gewidmet.

Die sonst nicht gerade obrigkeitsfrommen polnischen Jugendlichen *nehmen Strapazen auf sich und zei*gen sich sehr diszipliniert. Um vier oder fünf Uhr morgens wird geweckt. Tagsüber werden kilometerlange Fußmärsche mit Rucksäcken zurückgelegt. Abends werden Vorträge gehalten. Übernachtet wird in Scheunen oder Zelten. Es gilt absolutes Rauch- und Alkoholverbot.

Seit die Jugend der Partei 1980/81 scharenweise davonlief und sich für die „*Solidarität*" begeisterte – *Pfad*finder hatten 1981 in Danzig den Kurierdienst beim „Solidaritäts"-Kongreß übernommen –, bemüht sich die Partei krampfhaft um mehr Zugriff auf die junge Generation. Die Auto*nomie der Hochschulen wurde einge*schränkt, und die neue Bildungsministerin, Joanna Michaloska-Gumowska, soll für mehr „sozialistische Rechtsgläubigkeit" sorgen. So führt sie zur Zeit an einigen Oberschulen *das Fach „Religionswissenschaft"* ein, um der Kirche ideologisch das Wasser abzugraben. Die Bischöfe haben in einem Hirtenbrief gegen diese Art von „Kampf gegen die Religion" und den Versuch, „das Gewissen zu brechen", *protestiert.*

Den größten Jugendverband bilden die national geprägten Pfadfinder mit knapp zwei Millionen Mitgliedern. Sie bekennen sich zwar offiziell zum Sozialismus, aber in ihren Ferienlagern merkt man davon nur wenig. Nicht selten gehen sie in Uniform zur Kirche. (dpa)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lehr-Stück

Von Hans Baumann

Längst hat sich dieses Land daran gewöhnt, daß rot-grüne Politik auf dem Fell der Wirtschaft ihre Parolen ins Land trommelt. Doch wie es so ist mit Geräuschen dieser Art – sie werden monoton, stopfen das Ohr und ersticken sich selbst. So verhallte der Wirbel um den sauren Regen. Ozon ist kein Thema mehr, von schwedischen Seen, die angeblich sterben, hat man schon lange nichts gehört. Das Spektakulum um die Kernenergie wird ebenso versanden, weil noch niemand neue Technologien aufgehalten hat und die Vernunft auch nicht zum Feuer zurückkehren kann, wenn nach moderner Energie gerufen wird.

Ein klassisches Beispiel dafür, daß es rot-grüner Argumentation nicht um die Sache geht, sondern um die Diffamierung der freiheitlichen Wirtschaftsstruktur, ist die Ausbildung von Lehrlingen. Kaum hatte die neue Koalition den in dreizehn Jahren aufgehäuften Berg aus sozial- und wirtschaftspolitischen Trümmern geerbt, da setzte die Kampagne gegen die Wirtschaft ein, die angeblich nicht daran interessiert sei, das Lehrstellenproblem zu lösen. Tatsächlich hat die freie Wirtschaft durch energische Anstrengungen einen – auch gesellschaftspolitisch wichtigen – Kraftakt vollbracht: Die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, geht zurück, die Zahl der *offenen Lehrstellen steigt*. Die *rot-grünen* Trommeln werden damit verstummen.

Aber: wer erinnert sich in so schnellebigen Zeiten noch an den Beginn der siebziger Jahre, als Systemveränderer die betriebliche Ausbildung aufs Korn nahmen und die Unternehmer als Ausbeuter diffamierten? „Willst du einen billigen Arbeitsmann, schaff dir einen Lehrling an!", schrie es von Plakaten ins Volk.

Man darf sicher sein, daß dieselben, die damals gegen die Ausbildung von Lehrlingen durch die Wirtschaft trommelten, heute der Wirtschaft vorwerfen, ihrer Ausbildungspflicht nicht nachgekommen zu sein. Das Schicksal junger Menschen interessiert sie nicht, sondern nur die Frage, wie sie die jungen Menschen für ihre (politischen) Geschäfte ausbeuten können.

Neuer Anfang mit Taba?

Von Peter M. Ranke

Seit vier Jahren wird die Rückgabe des einen Quadratkilometer großen Grenzstreifens im Sinai, der Taba genannt wird und außer Steinen und Schirmakazien lediglich ein israelisches Luxushotel und den Strandclub von Rafi Nelson als Attraktion ausweist, von den Ägyptern als politische Prestigefrage behandelt. Nun ist internationale Schlichtung vereinbart, die letzten Problemchen dürften bald geklärt sein; dennoch ist nur von Hoffnungen auf ein besseres ägyptisch-israelisches Verhältnis zu reden, nicht von sicheren Anzeichen.

Der israelische Regierungschef Peres will die Taba-Vereinbarung als Erfolg verkaufen. Doch schon hat sein Likud-Partner Schamir dazwischengefunkt und betont, das Abkommen brauche nicht ratifiziert zu werden, da es sich im Rahmen des Friedensvertrages halte. Peres aber will den Ägyptern versüßten Tee reichen, denn er hofft über Taba zu einem Gipfeltreffen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak zu kommen. Da die Schlichtung viele Monate dauern wird, ist wenigstens die Entsendung eines neuen ägyptischen Botschafters nach Tel Aviv wahrscheinlich. *Peres hätte dann den „Durchbruch"*, den er nach dem Machtwechsel im Oktober als neuer Außenminister für seine Politik mit den Arabern nutzen will.

Aber gerade mit Taba will Ägypten demonstrieren, daß Israel auch nicht den letzten Wüstenstreifen im Sinai behalten darf. Auch soll es keinerlei Zusammenarbeit oder gar Zusammenleben an der Grenze zwischen Ägyptern und Israelis geben. *Nicht zuletzt deshalb schickt Kairo die Palästinenser von* Rafah, die gern ägyptische Pässe hätten, über die Grenze in den Gaza-Streifen zu den Israelis zurück.

Mubarak sagt mit Taba den anderen arabischen Regierungen: So muß auch eine Lösung für die anderen besetzten Gebiete, Westjordan-Ufer und Gaza-Streifen, aussehen. Die Israelis müssen alles räumen, bis zum letzten Wadi mit drei Akazien. *Er wird allerdings betroffen sein*, falls die Israelis in der Schlichtung obsiegen sollten. Denn Kartenfunde im britischen Verteidigungsministerium aus dem Ersten Weltkrieg zeigen, daß die Engländer damals die Sinai-Grenze zugunsten der Ägypter verschoben haben. In Taba.

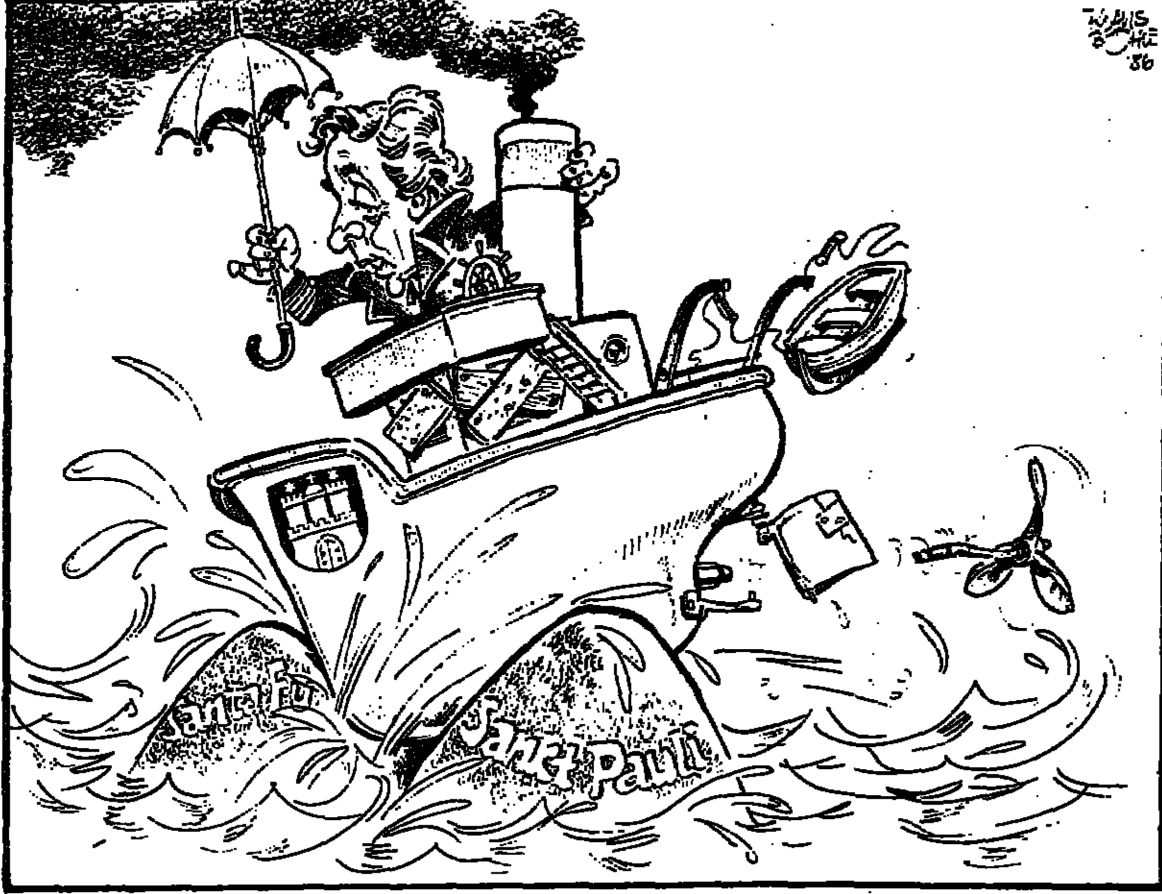
Nordisches Eigentor?

Von Gottfried Mehner

Skandinavien scheint sich international zum Bannerträger im Boykottkampf gegen die südafrikanische Politik der Rassentrennung aufzuschwingen: Nachdem Dänemark im Juni ein umfassendes Handelsverbot mit Gesetzeskraft verabschiedete, Norwegen einen analogen Schritt für den Herbst avisierte und Finnlands Südafrika-Handel de facto zum Erliegen kam, scheint nur noch Schweden sich mit weitergehenden Boykottmaßnahmen zu zieren. Aber das Bild einer konzertierten nordischen Südafrikapolitik trügt. Auch wenn der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter nach dem Treffen der fünf nordischen Ministerpräsidenten als gemeinsamen Nenner die übereinstimmende Auffassung *nannte*, daß der internationale Druck gegen Südafrika erhöht werden müsse.

Schweden hat im Spannungsfeld *zwischen* politischen Überzeugungen und wirtschaftlichen Interessen bislang eine Südafrika-Politik mit Augenmaß verfolgt: Investitionsstopp auf Empfehlungsbasis, ein Importverbot für Früchte und Gemüse sowie eine Lizenzierungspflicht sind bislang die Stationen seiner Sanktionsspirale. Weitergehende Handelsverbote, die etwa auch die Einfuhr des für die Stahlveredelung wichtigen südafrikanischen Chroms tangierten, würden die schwedische Wirtschaft schwerwiegend beeinträchtigen. Überhaupt hat im Norden nur Schweden substantielle Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika.

Noch etwas gilt es in Erinnerung zu rufen. Dänemark habe die Politik der Rassentrennung immer kritisiert. Ein Handelsboykott sei aber ein untaugliches Mittel, um die Apartheid zu beseitigen: „Dänemark, nicht Südafrika wird durch den Handelsboykott isoliert", hatte Schlüter im Juni noch erklärt. Der dänische Boykottbeschluß war damals gegen *die* regierende Minderheitsregierung zustande gekommen. Dieses Dilemma gilt auch für das kleine Schweden, das keine Rolle als Boykottvorreiter übernehmen kann. Aber der innenpolitische Druck eskaliert. Wenn es keine breite internationale Bannpraxis bis zum Jahresende gibt, so der schwedische Ministerpräsident Ingvar Carlsson, wird es ab dem Jahreswechsel eine geschlossene nordische Boykottphalanx geben. Koste es, was es wolle?


„Hauptsache, wir gehen nicht unter!" KLAUS BÖHLE

Genscher unter Kohl II

Von Herbert Kremp

Aus der mit Turbinenkraft getriebenen Asylantenpolitik der Sowjetunion und Ost-Berlins spricht eine einzigartige Verachtung der Bundesrepublik Deutschland. Die politische Klasse der Republik reagiert darauf nach Art des Hühnerhofs: Man kann sich nicht auf Abwehrmaßnahmen einigen und flattert in eine Krise. Diese Krise *ist – das mag überraschend* klingen – außenpolitischer Natur.

Der geschleuste Menschenstrom richtet sich gegen den Status von Berlin. Die Russen wollen erreichen, daß die Bonner, die sich auf eine Grundgesetz-Ergänzung nicht einigen können, in West-Berlin ei*ne zweite Mauer bauen*. Die „besondere politische Einheit" dieser Stadt soll um drei Werst näherrükken. Darum geht es, und deshalb ist nach den Begriffen der Logik Genschers Moskau-Mission gescheitert. Das Wissenschaftsabkommen (an dem die Russen mehr interessiert sind als wir) gleicht einem Zuckerbrötchen, die Weigerung, die Asylanten-Turbine abzustellen, der Peitsche. Eine neue Seite im Buch der deutsch-sowjetischen Beziehungen? Vielleicht hat Genscher einen Buchstaben verwechselt, denn wir sehen, daß Gorbatschow neue Saiten in Berlin aufzieht.

Darin erschöpft sich das Urteil *über das Verhältnis zwischen Bonn* und Moskau freilich nicht. Politik ist komplex. Aber der Außenminister folgte auch in diesem Fall seinem innenpolitischen Trieb, ein sehr gemischtes, im wesentlichen trübes Ergebnis zu einem (persönlichen) Erfolg hochzustilisieren. Um *die eigene Frohbotschaft zu* verbreiten, bewegt er sich im transkontinentalen Schmetterlingsstil. Der Koalition in Bonn ist das im Augenblick ganz recht, und es wäre auch in der Sache nicht falsch, stimmte die Selbstdarstellung mit den erreichten Ergebnissen überein. Ist das aber nicht der Fall, schmettert die Trompete die Weise einer geschönten Partitur – auf die der *Dirigent das tausendköpfige* Orchester seiner Behörde unter Androhung zeitlichen Instrumentenentzugs eingeschworen hat –, können Fehleinschätzungen die Folge sein. Sie betören den Bürger und führen in der Politik zu falschen Berechnungen. Der ungenaue Optimismus (er ist *schlimmer* als ungenauer Pessimismus) geht nach Art eines Computersignals in alle weiteren Denkoperationen und Handlungen ein.

Die Überfeinerung des Moskau-Ergebnisses ist ein Beispiel, an dem seriöse Kritik an der deutschen Außenpolitik ansetzen kann. Der Fall ist typisch: Genscher betont die Grundlinie der Westpolitik. Er verbindet sie mit europäisch akzentuierter Entspannungspolitik. Aus der balancierten Mischung entstehen Elemente der Detail-Kritik an *Washington* (SDI, Salt II, Libyen). Der Minister erklärt sie für marginal, die Amerikaner halten sie für substantiell, die Sowjets sehen in ihnen ein „Signal" dafür, daß die Bonner vielleicht doch in eine Mittlerposition bugsiert werden können. Zur Klarheit der At*mosphäre trägt der Halbschatten* der Vermutungen nicht bei. Keine Seite weiß genau, woran sie mit dem *Außenminister* ist, der über die Fähigkeit zu verfügen scheint, an mehreren Orten gleichzeitg auftauchen und dort Nuancenreiches zu verkünden. In Bonn selbst läuft, ebenfalls zeitgleich, die Amts-, Fraktions- und Parteimaschine der Interpretationen an, mahlt *murmelnd oder brummt* gefährlich. Die Koalition teilt sich schnittgerecht in solche, die von Genscher „genug" haben, und in solche, die von ihm nie genug kriegen können.

Die Positionen im Streit um die Besetzung des Auswärtigen Amtes sind bekannt, der Streit ermüdet. Mit Stresemann ist Genscher nur insofern zu vergleichen, als er ähnlich wie dieser sein Amt beherrscht, Koalitionen überdauert und bisher unter zwei Staatsoberhäuptern diente. Der Einfluß der


Nobelpreis für den Nuancenreichen? Genscher (mit Shultz) FOTO: DPA

Union im Auswärtigen Amt tendiert zu Null, der Einfluß auf die *Außenpolitik* beschränkt sich *auf* den Kanzler. Die Behauptung, der Schulterschluß zwischen Kohl und Genscher sei so eng, daß kein Blatt Papier dazwischenzuschieben sei, stimmt nicht; man kann Postpakete bequem plazieren. Das ändert aber nichts an Genschers stabiler *Position*, die in *Kohls* Dankbarkeit für die Wendehilfe, der Statur des Ministers und im Prestige- und Besitzdenken der FDP begründet ist.

An dieser Konstellation werden die Wahlen nichts ändern: Werden sie gewonnen, sind sie ein Wahlsieg der Koalition, und Hans-Dietrich Genscher bleibt dann zunächst wie ein schon etwas antik anmutendes Versatzstück unverrückbar auf der Bühne. Daß die *Union 1987* bereits im dritten Jahrzehnt von der administrativen Außenpolitik getrennt ist, bedeutet für sie eine folgenschwere Ausdörrung der Kompetenz. Man kann die Möbelpackerstimmung, die dort mit Blick auf das Auswärtige Amt aufgekommen ist, gut verstehen: *Die* Wende hat das Tausendscheibenhaus an der Bonner Adenauerallee nicht erreicht.

Aber nach 1987 wird sich, wenn Kohl weiterregiert, doch manches ändern: Der Bundeskanzler behält sich heute bereits die operativen *Kontakte zu Washington* und *Paris* vor. Nach einer gewonnenen Wahl besitzt er auch größere zeitliche Spielräume für die Außenpolitik. Die Bestätigung weitet auch Kohls politischen Spielraum. Er und Franz Josef Strauß werden sich nicht mehr mit flüchtigen Koalitionsabsprachen über die Grundzüge der auswärtigen Politik begnügen. 1983 wurde gesündigt; 1987 wird eingebunden. Der Kanzler wird die Abteilung seines Hauses, die sich mit Außenpolitik beschäftigt, verstärken. Er wird die Schachzüge des Auswärtigen Amtes überwachen und, um dies gewährleisten zu können, die Personalpolitik des Amtes beeinflussen.

Kohl II ist nicht mehr Kohl I – er ist der Kanzler der eigenen Kontinuität. Das weiß die FDP des Ministers Bangemann, der ja auch eine eigene Kontinuität entwickelt. Sie orientiert sich am Kanzler. Wenn es schließlich gelingt, den verdienten Außenminister mit dem Friedens-*Nobelpreis auszustatten* – Bemühungen sind im Gange –, wird man sich auch um die Kontinuität der deutschen *Außenpolitik* nicht mehr lange sorgen müssen.

IM GESPRÄCH Erdal Inönü

Erbe eines großen Namens

Von Volker S. Stahr

Vor sechs Jahren haben die türkischen Militärs gegen das „Versagen" der demokratischen Parteien losgeschlagen. 1983 ließen sie Wahlen mit weitgehend handverlesenen Kandidaten zu. Doch von den drei zugelassenen Parteien setzte sich ausgerechnet die von den Militärs an die dritte Stelle „gesetzte" Anap des heutigen Premiers Özal durch. Zweieinhalb Jahre später haben neben der Anap fünf Gruppierungen Einzug in das Parlament gehalten. Und die Verantwortlichen von einst sind fast ausnahmslos wieder am Ruder – wenn auch ihre Parteien neue Firmenschilder erhalten haben und in den offiziellen Positionen Vertrauensleute fungieren. Genau genommen hat das „Großreinemachen" neben der Anap *nur eine neue Gruppierung hervorge*bracht: die Sodepop (Sozialdemokratische Volkspartei). In ihr firmiert der einzige neue Kopf in der türkischen Politikerlandschaft: Erdal Inönü (60), seit einigen Wochen Vorsitzender.


Parteiführer aus Pflichtgefühl: Inönü jun. FOTO AP

Inönü trägt einen großen Namen – was bei dem mehr auf Personen denn *auf Parteiprogramme fixierten* türkischen Wähler nicht ohne Bedeutung ist. Sein Vater war der ehedem engste Weggefährte Atatürks und dessen Nachfolger, Ismet Inönü. Im Gegensatz zu dem visionären Volkstribun Atatürk galt Inönü als nüchterner Technokrat, dem die notwendigsten *Alltagsgeschäfte* stets näher lagen als epochale Umwälzungen. Dazu fehlte ihm wohl auch das unerschütterliche Charisma Atatürks.

Erdal wurde erzogen nach den *Idealen Atatürks und Inönüs*, die den Anschluß an Europa im Sinne hatten: west-europäisch, modern, laizistisch, in einem fast preußischen Pflicht- und Arbeitsethos. Erdal spricht fließend Deutsch, Französisch und Englisch. Aus dem Präsidentensohn wurde einer der führenden Naturwissenschaftler seines *Landes*. Er lehrte Physik an der Technischen Mittelost-Universität Ankara und der Bosporus-Universität Istanbul.

Mit der Politik hingegen schien der zurückhaltende und sensible Intellektuelle wenig im Sinn zu haben – bis 1982 der Ruf nach „neuen Köpfen" laut wurde. Viele meinen, es sei das anerzogene Pflichtgefühl gewesen, das ihn bewog, sich an die Spitze der sozialdemokratischen Sodep zu stellen. Doch den Militärs schien der Gedanke an eine starke Linkspartei suspekt. *Bei allem Respekt vor dem* Namen Inönü verhinderten sie dessen Teilnahme an den Wahlen. Inönü zog sich aus der vordersten politischen Linie zurück.

1985 schaffte seine Partei doch den Sprung ins Parlament. Sie fusionierte *mit der 1983 „erlaubten" Volkspartei* zur Sodepop, der heute mit rund achtzig Abgeordneten stärksten Oppositionspartei. Ein Dreivierteljahr später wählten die Mitglieder Erdal Inönü *an ihre Spitze* – wohl nachdem sie sich seit einiger Zeit mit der Partei der Demokratischen Linken konfrontiert sehen, hinter der Expremier Ecevit steht. Der hochgeachtete Profes*sor hatte allerdings keinen guten* Start: er konnte den Fahnenwechsel einiger Sodepop-Abgeordneter nicht verhindern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Handelsblatt

Die Düsseldorfer Zeitung schreibt zum NH-Untersuchungsausschuß:

Der Anspruch auf Aktenherausgabe hat Verfassungsrang, hat das Bundesverfassungsgericht im Streit um die Steuerakten zur Flick-Affäre entschieden. Gleichwohl hat der Neue-*Heimat-Untersuchungsausschuß des* Bundestages, der die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG zur Offenbarung von Geschäftsinterna aufgefordert hat, kaum die Karlsruher Richter im Rücken ... Ein schrankenloses Untersuchungsrecht, das sich zudem nicht in erster Linie gegen Regierung und Verwaltung, sondern unmittelbar gegen Unternehmen richtet, kann es nach unserer Rechtsordnung nicht geben.

Frankfurter Neue Presse

Sie meint zum rückläufigen Interesse an Deutsch als Fremdsprache:

Als Kulturnation sind wir in der Nachkriegszeit nicht aufgefallen. Wir sind nicht nur demokratischer und politisch vernünftiger geworden, sondern auch banaler. *Die ganz besondere* Attraktivität der Deutschen, nämlich die Mischung aus Furcht, Mißtrauen und Bewunderung, mit der die meisten Nationen uns beäugten, ist dahin.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert Leinens politisches Überleben:

Leinens Stern ist längst erloschen, sein Ruhm zerronnen. Der Altdemonstrant lockt keine Wähler mehr an, er vergrault sie nur noch. *Und dennoch* bleibt er im Amt. Die Frage, warum der Ministerpräsident, der Leinen die Kabinettswürde *verliehen hat, ihm* nicht endlich den Stuhl vor die Tür setzt, ist leicht beantwortet: ... Der Abgeordnete Leinen verfügt über die Stimme, die dem Regierungschef die Mehrheit sichert.

Westfälische Nachrichten

Die Münstersche Zeitung meint zum Schulkampf in Nordrhein-Westfalen:

„Rau will den Schulkrieg, und er wird ihn bekommen", erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvor*sitzende Karl Nagel, als Kultusmini*ster Schwier erstmals zur Ermächtigungsbestimmung des Gesetzes griff, um die Gesamtschule in Dormagen gegen den Willen der Gemeinde und gegen den Willen der Eltern durchzupauken. Ganze 94 Kinder nämlich waren aus Dormagen angemeldet *worden, der Rest der 119 Anmeldun*gen kam aus der Umgebung.

WIESBADENER KURIER

Er bemerkt zu Hauffs Atompapier:

Gerecht wird man der Sache wohl nur dann, wenn man sie im Kontext *zur größeren Distanz* sieht, *mit* welcher auch die Union inzwischen die Zukunft der Kernkraft hierzulande beurteilt. Forschungsminister Riesenhuber will inzwischen immerhin den schnellen Brutreaktor wenigstens überprüfen lassen. Hilfreich ist der Bericht der Energiekommission der SPD gleichwohl, weil er die Konturen des überfälligen neuen Energiekonzepts der Bundesrepublik *schärfer zeichnet. Kernkraft* kann in jenem Maße begrenzt bleiben, in dem weitere Einsparungen vor allem beim Verbrauch *elektrischer* Energie gelingen.

Eine Leistung, auf die die Deutschen stolz sein können

Mehr als 74 Milliarden Mark Entschädigung für NS-Verfolgte / Von Eberhard Nitschke

Bis zum 1. November dieses Jahres wird die Bundesregierung dem Bundestag Auskunft über 74,2 Milliarden Mark geben, die bisher an Op*fer des Nationalsozialismus* gezahlt wurden. Bis zur Jahrtausendwende werden es 91 Milliarden sein – nur von der Bundesrepublik; die „DDR" zahlt nichts. Das Parlament möchte über den Stand der Wiedergutmachung informiert werden, weil dreißig Jahre nach Inkrafttreten des *„Bundesentschädigungsgesetzes"* (BEG) Sprecher verschiedener Gruppen immer wieder auf Härtefälle hinweisen, für die eine Einbindung in das Gesetz gefunden werden müsse.

Am Beginn dieser Wiedergutmachung stand ein damals in Israel, dem späteren Hauptempfänger, als Beleidigung empfundenes Angebot von Bundeskanzler Adenauer im November 1949. Er bot Israel als erstes unmittelbares Zeichen dafür, daß den *Juden in aller Welt zugefügtes* Unrecht wiedergutgemacht werden müsse, Waren zum Aufbau des jungen Staates im Werte von zehn Millionen Mark als Gabe der Deutschen an. Aus dieser Geste, mit der die späteren Zahlungen ja nur eingeleitet werden sollten, wurden Wiedergutmachungsleistungen an eine Million Menschen, die 4,5 Millionen Entschädigungsanträge gestellt hatten.

Der Autor einer kurz vor der Vollendung stehenden Historie der Wiedergutmachung, der in der Schweiz lebende jüdische Rechtsanwalt Walter Schwarz, meint, die Deutschen könnten stolz auf diese Leistung sein. Das im Auftrag des Bundesfinanzministeriums unter dem Titel „Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesre*publik Deutschland / Der Werdegang* des Entschädigungsrechts" geschriebene Werk umfaßt sieben Bände.

Doch was auf den letzten Seiten stehen wird – darum geht es bei dem Bericht, zu dem die Bundesregierung jetzt aufgefordert wurde. Ausgelöst hat den von CDU/CSU, SPD und *FDP angeforderten Text eine Partei*, die ihn jetzt gar nicht sehen will. Die Grünen hatten für die Sitzung des Bundestages am 26. Juni 1986 zwei Anträge eingebracht, mit denen der Kreis Anspruchsberechtigter nach dem BEG unter anderem dahingehend ausgedehnt werden sollte, daß nun auch Menschen, die in der NS-Zeit als „nicht ausreichend Nützliche" erschienen, in den Kreis der Leistungsempfänger miteinbezogen werden sollten.

Das Anerkennungsverfahren stellten sich die Grünen vereinfacht vor: „Teilen Verfolgte einen Sachverhalt mit, der geeignet ist, *Ansprüche zu* begründen, und machen sie ihre Angaben glaubhaft, spricht eine Vermutung für die Richtigkeit der Angaben. Der Behörde obliegt der Beweis des *Gegenteils*."

Der Bericht der Bundesregierung, den dagegen alle anderen Parteien anforderten, soll die Einzelfälle erkennen lassen, die noch auf Entschädigung warten. „Mehr als eine erträgliche Lösung werden wir nicht mehr schaffen", sagte die FDP-Bundes*tagsabgeordnete* Hildegard Hamm-Brücher dazu in der Bundestagsdebatte. Es handele sich um eine „von Jahr zu Jahr kleiner werdende Gruppe" von überlebenden Opfern des Naziterrors, denen man „diese kleine Entschädigung bisher schuldig geblieben" sei.

Das stellt sich je nach Betrachtungsweise auch etwas größer dar. Romani Rose, der Sprecher der Sinti und Roma, die sich unter der Bezeichnung Zigeuner diskriminiert vorkommen, kämpft für eine Rente für „rund 2000" über 60jährige Direktbetroffene – wobei die Schwere *der Verfolgung keine Rolle spielen* dürfe.

Professor Klaus Dörner vom Westfälischen Landeskrankenhaus in Gütersloh, der eine umfangreiche Dokumentation des „Menschenrechtskampfes" um die öffentliche Anerkennung der im Dritten Reich *Zwangssterilisierten* oder wegen „Behinderung" Ermordeten zusammenstellte, spricht von 300 000 bis 400 000 Familien, in denen zwischen 1933 und 1945 ein Familienangehöriger sterilisiert worden sei. Sie seien die letzten, die noch aus der Anerkennung als Verfolgte ausgeklammert blieben.

Im Wege der außergesetzlichen Vergleichsregelung hat die Regierung Schmidt an jeden, der einen solchen Eingriff an sich glaubhaft ma*chen konnte*, eine *einmalige Entschä*digung in Höhe von 5000 Mark gezahlt. Nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion (Brief vom 4. April 1985 an Dörner) ist eine völlige Wiedergutmachung des hier entstandenen Unrechts nicht möglich: „Die Entschädigung kann und soll daher auch keine *Abfindung darstellen, sondern* den Charakter einer symbolischen Geste haben. Mit dieser Maßgabe muß dieser Geste der Wiedergutmachung nunmehr allerdings ein abschließender Charakter beigemessen werden."

Ob der 7. Band der Geschichte der Wiedergutmachung damit abschließt, darüber wird nach dem 1. November im Bundestag gesprochen werden. Nicht nur die unmittelbar Betroffenen werden die Debatte mit Interesse verfolgen, sondern auch viele Millionen Opfer des Kommunismus, die von „ihren" Regierungen keine Kopeke Entschädigung bekommen haben.

Frauen mit Firma – immer mehr suchen ihre Chance

Jedes dritte neue Unternehmen in der Bundesrepublik wird von einer Frau gegründet, jede fünfte Firma von einer Frau geleitet. Es ist Bewegung in die Szene geraten, mehr als bei den Männern. Da gibt es besondere Gründe, da gibt es besondere Probleme.

Von SABINE SCHUCHART

Wenn Edith Flach abends Kassensturz macht, geschieht das neuerdings auf eigene Rechnung. Die 45jährige ist Inhaberin eines Tapeten- und Farbengeschäfts im Bonner Stadtteil Duisdorf. „Bei meinem letzten Chef brauchte ich oft zwei Jahre, um im Geschäft eine Neuerung durchzufechten, die sich später dann meist als Riesenerfolg erwies." Oft genug hat sich Edith Flach, Mutter von zwei erwachsenen Töchtern, darüber geärgert. Heute kann sie jeden Tag auf 400 Quadratmetern Verkaufsfläche ihre Ideen in die Tat umsetzen.

Beruflich ihr „eigener Herr" sein, das wollte auch Cornelia Schahnazarian, als sie sich im April in der Kölner Rheingalerie als Fotografin niederließ. „CS-Foto-Studio" prangt seitdem in großen Buchstaben über dem Eingang. Die langhaarige, mädchenhaft wirkende Blondine schätzt an der Selbständigkeit vor allem auch die Unabhängigkeit von ihrem Freund, der in der Werbebranche arbeitet. Und sie setzt auf bessere Verdienstmöglichkeiten: „Dafür kann man dann auch eine ganze Menge mehr an Arbeit und Streß ertragen", meint die 32jährige.

Immer mehr Frauen wagen in den letzten Jahren den Sprung in die unternehmerische Selbständigkeit. Allein in Nordrhein-Westfalen sind es rund 40 000 pro Jahr. Jedes dritte Unternehmen in der Bundesrepublik, so hat das Institut für Mittelstandsforschung auf der Basis der Gewerbe-Anmeldungen ermittelt, wird inzwischen von einer Frau gegründet. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Neugründungen durch Frauen erheblich dynamischer entwickelt als *die* durch Männer.

Darin kommt sicher auch ein Nachholbedarf zum Ausdruck. Noch bis in die sechziger Jahre machte die Erbin, die quasi gezwungenermaßen durch den Tod des Vaters oder Ehemanns an die Unternehmensspitze gelangte, die typische Unternehmerin aus. Heute sind es die vielen kleineren Unternehmen mit relativ geringem Umsatz und wenigen Mitarbeitern, die das Gros der von Frauen geführten Firmen kennzeichnen, wie eine vom Berliner Senator für Wirtschaft in Auftrag gegebene Untersuchung ergab.

Frauen an der Spitze von Großunternehmen wie die Mode-Designerin Jil Sander oder wie Viola Hallmann, die in Hagen eine Stahlfirma mit mehr als 1000 Beschäftigten leitet, sind immer noch die Ausnahme. Aber immerhin, so schätzt die Vereinigung von Unternehmerinnen in Köln, wird heute rund ein Fünftel der 3,2 Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik von Frauen geführt.

Fast jede zweite mit Bundesmitteln geförderte Firmengründerin entscheidet sich für den Handel. Bevorzugt werden die Branchen Textil, Bekleidung und Leder. Deutlich stärker als früher treten weibliche Gründer auch im Handwerk in Erscheinung, wobei deutlich das Friseur-Gewerbe dominiert. Im Dienstleistungs-, Verkehrs- und produzierenden Sektor stellen Frauen dagegen im Vergleich zu den Männern noch relativ selten einen Förderantrag.

Doch auch in dieser Beziehung scheint sich allmählich eine Trendwende zu vollziehen, berichten die Industrie- und Handelskammern. „Schon bald werden Frauen in großem Umfang Selbständigkeiten ausüben, von denen heute noch gar nicht die Rede ist", zeigt sich ein Fachberater überzeugt.

Daß es dazu des Mutes einzelner engagierter Frauen bedarf, zeigt das Beispiel von Christa Coerper. Die sympathische Mittvierzigerin leitet in Düsseldorf als einzige Frau in der Bundesrepublik eine BP-Tankstelle – offensichtlich so gut, daß heute auch weitere Frauen eine Chance dazu bekämen. „Ganz am Anfang waren die Bedenken groß", meint die Chefin von zehn Angestellten. „Aber das haben Männer-Hierarchien eben so an sich. Heute kommt es einzig und allein darauf an, daß man seine Arbeit genauso gut macht wie ein Mann."

Auffallend selten stöhnen selbständige Frauen über Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt werden. Das Klagelied vieler Frauen im Angestellten-Dasein, für dasselbe Ergebnis weit mehr leisten zu müssen als ein Mann, ist ihnen scheinbar fremd.

Eine Chefin braucht mehr Fingerspitzengefühl

Allerdings ist immer wieder zu hören, daß Chefinnen vor einer besonderen Schwierigkeit stehen: Der Umgang mit Mitarbeitern, Lieferanten, Klienten und Verhandlungs-Partnern erfordere von ihnen weit mehr Fingerspitzengefühl als von einem männlichen Chef.

Diese Erfahrung hat auch Edeltraut Schmidt gemacht. Sie steuert seit zwei Jahren in Siegburg eine zwölfköpfige Metall-Firma durch die schwierige Baubranche. Man glaubt ihr bei aller warmherzigen Ausstrahlung leicht, daß sie schon oft in Verhandlungen „schlucken" mußte, wenn ihr eigentlich danach „zumute war, mit der Faust auf den Tisch zu hauen". Um als Geschäftspartnerin ernstgenommen zu werden, so ihre Erfahrung, müssen bei einer Frau eben auch das „richtige" Aussehen und Auftreten hinzukommen: „Der Mann ist schon King, wenn er nur fachlich gut ist."

Die 41jährige hat seit ihrer kaufmännischen (das Wort kauffraulich gibt es wohl noch nicht) Lehre „viel und immer sehr selbständig gearbeitet" und brachte es bereits mit 26 Jahren als Geschäftsführerin in einer Baufirma zur Prokura. „Ehrgeiz, eine große Portion Optimismus und persönliche Ausgeglichenheit gehören schon dazu", meint Edeltraut Schmidt, um sich nicht im täglichen Kampf mit den alteingesessenen Firmen, auf dem überbesetzten Baumarkt neue Aufträge an Land zu ziehen, zermürben zu lassen.

Mehr als die männlichen Unternehmensgründer müssen sich Frauen offenbar zu diesem Schritt erst mühsam durchringen. Da die Erziehung sie meist nicht darauf vorbereitet, Führungsaufgaben zu übernehmen, ist der Konflikt mit der weiblichen Rolle programmiert. „Zeitweise sind plötzlich Eigenschaften wie Härte und Aggressivität gefragt, die nicht in das traditionelle Bild der lieben, netten Frau passen", formuliert Sabine Huth, von der später noch die Rede sein wird, das Problem. Auch heute noch beherrscht viele Frauen der Komplex, als hartgesottene Karrierefrau oder „Mannweib" abgestempelt zu werden. Für männliche Gründer selbstverständliche und notwendige Eigenschaften wie Machtstreben und Ehrgeiz werden deshalb, wenn sie denn schon vorhanden sind, möglichst nicht zur Schau gestellt.

Hinzu kommt, daß das Unternehmerinnen-Dasein in der Regel nicht mehr gestattet, berufliche Entscheidungen der Familie unterzuordnen. „Wie könnte ich es einem Mann zumuten, abends um zehn Uhr eine abgearbeitete Frau in Empfang zu nehmen", schildert die unverheiratete Edeltraut Schmidt einen Zustand, der für viele Männer im umgekehrten Fall nur allzu selbstverständlich ist.

Trotz zunehmender Berufsorientierung und besserer Ausbildung ist der Wunsch nach Selbständigkeit in der allgemeinen Lebensplanung von Frauen deshalb auch heute noch eher die Ausnahme. Der Schritt ins Geschäftsleben wird oft durch äußeren Druck ausgelöst: durch Arbeitslosigkeit, von der Frauen überproportional betroffen sind, oder durch die Erfahrung, im Beruf nicht voranzukommen. „Die Resignation über die schlechteren Aufstiegs-Chancen treibt gerade viele hochqualifizierte Frauen in die Selbständigkeit – quasi aus der Not heraus und dafür um so entschlossener", berichtet ein Unternehmensberater aus seiner Praxis.

Oft reicht auch einfach die Erkenntnis, „sich schlecht unterordnen zu können", wie im Fall von Sabine Huth. Erst ein gesundheitlicher Zusammenbruch als Folge von „Arbeitsüberlastung und wahnsinnigem Ärger" brachte die langjährige Redakteurin des WDR-Fernsehens dazu, im Krankenhausbett gründlich über ihre Situation nachzudenken. Ergebnis war ein Schritt, der beim Freund eine „neutrale, abwartende" Haltung, bei den Eltern und Bekannten aber blankes Entsetzen hervorrief: 1984 kündigte die damals 35jährige ihren sicheren Arbeitsvertrag und machte sich als Filmproduzentin selbständig.

Es begann erst mal mit einem Schock

Das erste Jahr sorgte erst einmal für „psychische und finanzielle Erschütterungen", als eine Video-Produktion über 40 000 Mark „den Bach runterging". Inzwischen fühlt sich die Germanistin aber „in ihrer beruflichen Haut so wohl", daß sie nicht mehr ins Angestellten-Dasein zurück möchte. Auch die neunjährige Tochter profitiert davon, daß die Mutter nun zu Hause arbeitet, zwar weit mehr als früher, aber auch „mit besserer Zeiteinteilung und viel stärker motiviert".

Bei allen Unternehmerinnen stößt man auf einen Wunsch: mehr Kontakt untereinander, mehr Meinungsaustausch. Was Frauen in den USA längst erkannt haben und Männer ausgiebig betreiben, wird offenbar auch den deutschen „Karrierefrauen" allmählich bewußt: wie sehr sich Kontaktpflege auszahlt. Rund 1700 Unternehmerinnen aus dem ganzen Bundesgebiet betreiben sie unter dem Dach der „Vereinigung von Unternehmerinnen" in Köln. Die Statuten schreiben mindestens eine Million Jahresumsatz oder fünf Beschäftigte vor, bei Neulingen wird von dieser Regel allerdings auch schon einmal eine Ausnahme gemacht. Sie wollen einander, so heißt es in einer Verbands-Broschüre, „in einem Klima unbeschwerter Solidarität Mut machen, einen eigenen, weiblich geprägten Führungsstil zu entwickeln".

Geschäftsführerin Eva Odehnal ist ohnehin sicher: „Wenn Frauen sich einmal zur Selbständigkeit durchgerungen haben, sind sie besonders zäh und können Mitarbeiter deutlich besser motivieren als Männer."



Eine Existenz auf eigene Rechnung: Christa Coerper beschäftigt zehn Angestellte an ihrer Tankstelle FOTO: KLEMENS MÖLLENBECK

Aus dem Schurken wurde der „Weise von Saddle River"

Sie alle gingen als Verlierer, einer gar als Geächteter. Verfolgt man den Weg der drei amerikanischen Ex-Präsidenten Carter, Ford und Nixon, dann ist es nur dieser eine, Richard Nixon, der nach tiefem Fall sich einen politischen Rang bewahrt hat.

Von FRITZ WIRTH

An jedem Morgen um sechs marschiert einsam ein leicht gebeugter Mann von 73 mit forschen Schritten durch die Straßen von Saddle River in New Jersey, 30 Kilometer nordöstlich von New York. Die Zeitungsjungen und die Müllfahrer betrachten ihn als alten Bekannten. Es gab Zeiten, da tat dieser Mann auch des Nachts keinen unbewachten Schritt.

Der Mann heißt Richard Milhous Nixon. Er ist einer von drei Präsidenten, die im Schatten und im Halbdunkel ihrer einstigen Macht nach einer neuen Rolle suchen. Alle drei verließen als große politische Verlierer die Szene, doch Richard Nixon unterschied sich in einem Punkt von seinen Kollegen Gerald Ford und Jimmy Carter. Die beiden letzten waren respektierte, angesehene Verlierer, Richard Nixon verließ das Weiße Haus als ein Geächteter, Verdammter und als Angeklagter.

Das Erstaunliche: Es ist dieser aus dem Amt gejagte Mann, der heute von allen dreien noch lebenden ehemaligen Präsidenten die beste Figur macht und jene Rolle spielt, die ein Gerald Ford und ein Jimmy Carter niemals in den Griff bekamen – die des „elder statesman". Sie nennen jenen Mann, den vor zwölf Jahren niemand mehr kennen wollte, heute den „Weisen von Saddle River", an den sich Präsidenten und Präsidenten-Bewerber um politischen Rat wenden. Der politische Schurke von einst hat wieder politischen Einfluß.

Nein, es bedeutet nicht, daß Amerika die Vergangenheit dieses Mannes, seine Fehler und Vergehen, daß es „Watergate" vergessen hat, doch eine wachsende Zahl der Amerikaner ist bereit zur versöhnenden Gnadengeste. Als Gerald Ford seinem Vorgänger ein Pardon erteilte und ihn außer Strafe stellen ließ, billigten im Jahre 1976 nur 35 Prozent der amerikanischen Bürger diese Geste. Heute sind es 54 Prozent.

Es ist eine Rehabilitation, doch es ist kein Comeback. Er will keine aktive Rolle mehr in der Politik spielen und hat deshalb Erwägungen, ihn irgendwo zum Botschafter zu machen, ausgeschlagen. „Ich kandidiere für nichts", sagt Nixon, der selbst am meisten überrascht ist über seine neugewonnene Respektabilität. John Dean, sein ehemaliger Berater, widerspricht: „Richard Nixon kandidiert seit einiger Zeit für das Amt des Ex-Präsidenten."

Auch falsch. Er ist es bereits, und er ist heute mehr als nur ein Gleicher unter drei ehemaligen Präsidenten, er *stellt die anderen in den Schatten*. Freilich, die beiden anderen haben es ihm leichtgemacht. Sie haben bis heute beträchtliche Schwierigkeiten, sich in dieser Rolle zu profilieren.

Jimmy Carter ist wieder einer der 683 Einwohner von Plains in Georgia geworden, doch er hat es knapp sechs Jahre nach seiner Abwahl immer noch nicht gelernt, mit dieser Niederlage zu leben. Er glaubt allen Ernstes, daß es nur eine kleine Fehlentscheidung war, die ihn 1980 zum Privatmann in der Woodland Avenue in Plains machte: „Wenn ich damals nur einen einzigen Hubschrauber mehr in den Iran geschickt hätte, so hätte das nach meiner Meinung die gesamte Wahlgeschichte des Jahres 1980 ändern können", sagte er kürzlich in einem Interview.

Der heute 61jährige Carter ist auch im fernen, einsamen politischen Exil von Plains seiner Form treu geblieben: Leicht unbeholfen, unbeirrbar in seinem Glauben an das Gute im Menschen und voll tätiger Nächstenliebe. Von Zeit zu Zeit findet man ihn, hoch im Schweiße stehend, bei Bauarbeiten für die Wohlfahrt-Organisation Habitat in New York und Chicago, wo er zusammen mit der einstigen First Lady Rosalynn für Bedürftige alte Häuser wieder bewohnbar macht. Es *ist eine Art von tätiger Bibelstunde*, anrührend und sympathisch.

Politisch am meisten schmerzt ihn nach wie vor der Brauch der Reagan-Administration, seine Amtszeit als den großen Ausverkauf der amerikanischen Verteidigungs-Kapazität darzustellen. Seit einiger Zeit wehrt er sich mündlich und schriftlich gegen die gröbsten Unterstellungen, mäkelt, korrigiert und bekommt zuweilen auch recht. Man behandelt Jimmy Carter heute im Weißen Haus schonender, nachsichtiger und verständnisvoller. Jimmy Carter zeigt sich dankbar dafür und verehrte Ronald Reagan kürzlich das Kompliment: „Er ist ein besserer Politiker als ich es bin oder war."

Solche Sorgen um das Image plagen Gerald Ford überhaupt nicht, denn es gibt keines mehr. Der einstige Ersatz-Präsident scheint spurlos von der politischen Szene verschwunden, wäre da nicht der Komiker Bob Hope, der ihn zuweilen in seinen Scherzen und Sketchen in Erinnerung bringt, und gäbe es nicht von Zeit zu Zeit Golf-Veranstaltungen für wohltätige Zwecke.

Dennoch hat Gerald Ford wie kein anderer Ex-Präsident seine kurze Amtszeit vermarktet. Obwohl er eine staatliche Pension von jährlich 417 000 Dollar bezieht, hat er sich zusätzlich Privatfirmen als Berater und *Aufsichtsratsmitglied zu fürstlichen* Honoraren angedient. Außerdem läßt er sich seine öffentlichen Reden mit je 20 000 Dollar honorieren, so daß er heute leicht auf ein Jahreseinkommen von über einer Million Dollar kommt, mehr als er jemals in seiner Präsidentenzeit verdienen konnte.

Richard Nixon ist da behutsamer. Obwohl er sich nach seinem Sturz mit hohen Anwaltskosten und Steuerschulden am Rande des finanziellen Ruins befand, lehnt er nach wie vor jedes Honorar für öffentliche Reden ab. Dabei erhält er bis zu 400 Rede-Einladungen jährlich. Er lebt von seiner Pension von 115 000 Dollar im Jahr und den Einkünften aus seinen neun Büchern, die er in den letzten zwölf Jahren schrieb. Anfang dieses Jahres bat er die Reagan-Administration sogar, die Geheimdienst-Beamten, die ihn weiterhin umgeben hatten, abzuziehen, um dem amerikanischen Steuerzahler damit den Betrag von drei Millionen Dollar jährlich zu ersparen.

Solche Gesten haben eine der bemerkenswertesten Wiederauferstehungen von den politischen Toten in den letzten Jahrzehnten in den USA beflügelt. Für Ronald Reagan ist Richard Nixon heute zu einem seiner meistbeachteten außenpolitischen *Berater geworden*. Die Sowjets wissen es, und das ist der Grund, warum Nixon vor wenigen Wochen für zwei Stunden von Michail Gorbatschow zu Gesprächen im Kreml eingeladen wurde. Die amerikanische Gipfel-Strategie für Genf im letzten Jahr war weitgehend von Richard Nixon beeinflußt worden, seine Rolle für den bevorstehenden Gipfel ist kaum weniger relevant.

Richard Nixon selbst gefällt diese Rolle. Er ist ein gewandelter Mann. Er hat aufgehört, sich auf Freunde zu verlassen und konzentriert sich auf seine Familie. Er will mit sich allein sein, sagt er, weil es das Denken beflügelt. Für seine erstaunliche Rückkehr vom Tiefpunkt seines Lebens hat er eine simple Erklärung: „Ich habe mir abgewöhnt, zurückzuschauen." Um es sichtbar zu demonstrieren, hat er seinem nächsten Buch, an dem er gerade arbeitet, den schlichten Titel „1999" gegeben.




Nächstenliebe blieb seine Stärke: Jimmy Carter (61) FOTO: AMW



Eine kurze Amtszeit gut vermarktet: Gerald Ford (73) FOTO: UPI



Als „elder statesman" zurückgekehrt: Richard Nixon (73) FOTO AP

Ein Schaufenster-Bummel durch zwei Jahrhunderte

Kleider machen Leute, aber auch jede Zeit hat ihre Kleider. Beides wird zur Zeit dem Besucher des Münchner Stadtmuseums vor Augen geführt, wo sich unter einem Dach 200 Jahre Mode-Geschichte drängen.

Von PETER DITTMAR

Seit die Männer den Kopf verloren (in der Französischen Revolution), scheuen sie sich (in der Mode), Farbe zu bekennen und sehen (sich) nur noch (in) Schwarz. Allenfalls in den häuslichen vier Wänden staffieren sie sich ein wenig bunter mit Morgenrock und Hausjacke aus, während sie der „Sehnsucht nach Exotik und Farbe" eher im Verborgenen mit geblümten Hosenträgern oder zurückhaltend mit schön gemusterten Krawatten huldigen. Das lehrt uns die Ausstellung „Anziehungskräfte" im Münchner Stadtmuseum, die sich der und dem „Variété de la mode 1786–1986" verschrieben hat.

Das Ganze ist als phantasievoller Schaufenster-Bummel inszeniert, an dem der Besucher bis zum 6. Januar 1987 teilhaben kann. In großen Vitrinen werden mit Anziehpuppen (die eigens angefertigt werden mußten, weil unsere Vorfahren meist kleiner und schmaler geraten waren) kleine Szenen arrangiert, die eine Zeit oder einen Modetyp jeweils auf den Punkt bringen sollen. Dazu schreitet man nicht brav die Chronologie ab, sondern scheut sich nicht vor Zeitsprüngen. So liegt denn ein Dreispitz aus der Zeit des Ancien régime neben einem geflochtenen Peddigrohr-Zylinder des frühen Biedermeiers. Oder ein Fabrikherr der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts posiert im strengen Schwarz mit der Uhr in der Hand am Stehpult hinter riesigen alten Geschäftsbüchern vor dem Photo einer achtjährigen Arbeiterin in einer Spinnerei, das *Lewis Hine 1908 in North* Carolina aufnahm.

Das Ambiente und die Atmosphäre sind eben allemal wichtiger als wissenschaftliche Pedanterie. Und gelegentlich mangelt es auch nicht an Witz. Da drängen Männer mit Stielaugen in den Raum, in dem sich die Bräute versammelt haben, doch die Türen widerstehen den Hunderten von Schlüsseln, die um sie herumliegen, und den Einbruchswerkzeugen. Die sowjetische Revolutionsmode, wie sie Warwara Stepanowa, Ljubow Popowa und Alexandra Exter 1923/24 als eine Art Overall für alle Gelegenheiten entwarfen, hängt an dünnen Fäden, denen sich bedrohlich ein leninähnlicher Herr mit der Schere nähert, denn diese Kleidung gedieh nicht über die Modelle hinaus (und was das *Museum zeigt, sind Repliken*).

Die Unterwäsche der Damen ist in Schaukästen untergebracht, für die der Betrachter selbst das Licht anknipsen muß, oder in einer Art Peep-Show hinter roten Wänden und Vorhängen verborgen. Die Femme fatale kommt als Vampir in Schwarz daher, während ihre Schwester mit einem Mann plaudert, der buchstäblich den Kopf verloren hat. Und um den Kopf geht es auch in der Szene, die das Ende der farbenfreudigen höfischen Kleidung markiert. Da stehen die Herren in Kniehosen neben der Guillotine, die allerdings nicht von einem Sansculotten bedient wird, denn dessen Tracht besitzen weder die Münchner *noch ein anderes Mode-Museum*, das mit Leihgaben aushalf.

Immerhin bietet die Ausstellung dem Stadtmuseum Gelegenheit, seinen reichen Kostümfundus, der sonst nicht gezeigt werden kann, auszubreiten. Möglich wurde das dank des Münchner Modehauses Beck, das zu seinem 125jährigen Jubiläum als großzügiger Sponsor auftrat. Die Hut-Sammlung des Museums war zwar 1984 bereits in einer kleinen Ausstellung zu sehen. Auch die Modeplakate konnten schon vorgezeigt werden. Doch erst jetzt kommt neben den Kleidern das ganze Repertoire der Accessoires zu seinem Recht.

Da kann man etwa ein paar Dutzend Stöcke mit geschnitzten und gedrechselten Griffen aus Holz, Elfenbein oder Silber und eine Serie von Sonnenschirmen bewundern. Da gibt es eine Auswahl von Damen- und Herrenschuhen, Handschuhen, Fächern und Schmuck zu sehen. Da mangelt es auch nicht an Flaschen und Reise-Utensilien – zum Beispiel einer Tasche mit „Bon Voyage" in Perlenstickerei. Und als Hintergrund für den „Gentleman auf Reisen" dient ein alter Reiseführer, der den weltläufigen Herrn darüber informiert, was sich zwischen vier und fünf Uhr in Kairo oder bei einem Bürobesuch in Hongkong zu tragen geziemt.

Selbst die adlige Welt ist – zumindest mit ihren Prachtroben – präsent. Die (synthetische) Nationaltracht, die Otto von Griechenland trug, darf man neben den Hofkleidern Elisabeths von Österreich und Amalies von Griechenland bestaunen. Auch der Fliegerpullover, den Gabriele d'Annunzio 1916 bei seinem Flug über Wien trug, und andere Kleidungsstücke (nebst Korsett) des italienischen Poeten sind zu sehen.

Recht unauffällig wirkt eine besondere Rarität. Es ist ein schlichter, praktischer Reisemantel aus hellem Seidentaft. Das fast bodenlange Stück aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts im strengen zweireihigen Redingote-Schnitt wäre durchaus heute noch zu tragen. Aber da die Alltagskleidung fast nie aufbewahrt wurde, sind solche Beispiele äußerst selten. Das gilt ebenso für die nur kümmerlich vertretene Frauenkleidung aus den beiden Weltkriegen.

Bei der Haute Couture ist das anders. Von Worth bis zur Gegenwart kann sie sich hier sehen lassen. Auch Mariano Fortunys „venezianische" und plissierte Kleider „im griechischen Stil" füllen eine Vitrine – wie überhaupt das Italienische gut zur Geltung kommt, weil das Konzept der Ausstellung gemeinsam mit dem „Centro italiano per lo studio de la storia del tessuto" in Mailand erarbeitet wurde. Es ist vor allem für den Ernst der Sache und einen gewissen feministischen Touch zuständig. So wird in einem Glaskasten „Die Idealfrau" mit „vier Aspekten der männlichen Ideologie" vorgeführt. Das seien, belehren uns entsprechend drapierte Puppen, „Der Engel", „Die Braut", „Das Statussymbol" und „Die Femme fatale".

Auch sonst werden immer wieder mal „Männerphantasien" beschworen. So liest man, nachdem die Unterwäsche-Schau vorbei ist, auf dem Fußboden: „Hier enden die Männerphantasien und es beginnt die Geschichte von der Befreiung des weiblichen Körpers." Doch was folgt, hat kaum etwas mit der „Befreiung" als vielmehr mit der koketten Darbietung des weiblichen Körpers zu tun.

Die Ausstellung ist – wie jedes Schaufenster – Anregung, Einladung, Verführung. Nur daß es kein Geschäft dahinter gibt, das diese Wünsche zu befriedigen verspricht. Der Katalog kommt als ein voluminöses Buch daher, das zwar den Titel der Ausstellung führt, aber nicht ihren Ablauf begleitet und erläutert, sondern lediglich eine feuilletonistische Stichwort-Sammlung.

So bleiben die „Anziehungskräfte" als eine schillernde Schau im Gedächtnis, die oft klug, manchmal mit dem Zeigefinger Mode-Geschichte und Mode-Soziologie zu einem eigenwilligen Muster verwebt.

Als die feine englische Art modisch wurde: Die Kleidung des sportlichen Herrn der zwanziger Jahre FOTO: K. FISCHHOLD

Unbekannter droht mit neuer Saar-Vergiftung

UR. Bonn

Die Staatsanwaltschaft in Saarbrücken hat Angaben der Saar-CDU bestätigt, wonach ein Unbekannter sich in anonymen Schreiben an das saarländische Umweltministerium dazu bekannt hat, vor zwei Wochen drei Fässer mit Gift in die Saar gekippt und damit das große Fischsterben ausgelöst zu haben. Der Schreiber kündigte einen neuen Giftanschlag „diesmal in die Mosel" an, falls die Ermittlungen zur Aufklärung des Fischsterbens in der Saar, dem mehr als eine Million Fische zum Opfer fielen, nicht sofort eingestellt würden.

Die Vorwürfe von CDU-Fraktionschef Schwarz, Ministerpräsident Lafontaine habe die Briefe verschwiegen, um die Öffentlichkeit und das Parlament irrezuführen, hat die SPD scharf zurückgewiesen. Die Aufforderung, die Briefe zu veröffentlichen, käme einer „Aufforderung zum Rechtsbruch" gleich, sagte SPD-Fraktionschef Klimmt. Die Regierung dürfe die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht beeinträchtigen.

In den Kommunen staut sich Ärger

Auch SPD-Bürgermeister fordern Umkehr in der Asylpolitik / Kritik an Abschiebepraxis

HANS KRUMP, Bonn

Die Stimmung ist nicht gut in den Rathäusern der 8500 Kommunen im Bundesgebiet. Seit dem drastischen Wiederanstieg der Asylbewerberzahlen müssen Städte und Gemeinden die regelmäßigen Zuweisungen von Asylbewerbern durch die Länder ohnmächtig hinnehmen. Mit ihnen kommen neue finanzielle Lasten: Zwar werden während des Asylverfahrens Sozialhilfe und weitgehend auch die Unterbringung erstattet - aber Verwaltungsaufwand, Betreuung und die konkreten Schwierigkeiten mit den Menschen bleiben „vor Ort". Probleme werden, so werfen Kommunalpolitiker Bund und Ländern vor, elegant von oben nach unten verlagert.

Längst entsprechen in der Asylpolitik die parteipolitischen Fronten auf kommunaler Ebene nicht mehr denen in der Bundespolitik. Viele SPD-Bürgermeister reden eine andere Sprache als mancher Genosse am fernen Bonner Schreibtisch.

Forderungen der Gemeinden

Der Sozialdemokrat Gerhard Mußgnug ist seit 21 Jahren Bürgermeister in der 15 000-Einwohner-Gemeinde Pfinztal bei Karlsruhe. Er ist für „echtes Asyl", hält aber die derzeitige Praxis in der Bundesrepublik für „völlig abwegig". Die Gemeinde hat 54 Asylbewerber aufgenommen und ist „vollgeschöpft bis zum letzten Platz". Ärger mit den Pfinztalern hat sich die Verwaltung schon eingehandelt, seitdem sämtliche Gemeindewohnungen mit Asylanten belegt wurden. „Wir wissen nicht mehr weiter, wenn das Land die Zuteilungsquote weiter erhöht", sagt Bürgermeister Mußgnug, der von Bonn in der Asylpolitik „strengere Maßstäbe" erwartet.

Aus den alltäglichen Sorgen der Gemeindepolitiker sind längst eindringliche Forderungen der kommunalen Spitzenverbände geworden, wie die Verkürzung des Asylverfahrens, die Nichtanerkennung von „Nachfluchtgründen" oder die verstärkte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Gerade bei der Abschiebung werfen die Kommunen Bund und Ländern die größten Versäumnisse vor. Zwar werden 84 Prozent aller Asylanträge vom Zirndorfer Bundesamt abgelehnt, doch nur wenige Asylbewerber werden ausgewiesen. So wurden im ostwestfälischen Kreis Höxter im vergangenen Jahr sechs Asylbewerber abgeschoben, aber 48 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber genießen weiter Aufenthaltsberechtigung: 30 Tamilen und 15 Libanesen dürfen aufgrund von Erlassen des nordrhein-westfälischen Innenministers, in bestimmte Krisenregionen nicht auszuweisen, hierbleiben, drei Polen werden wegen eines Innenministerkonferenz-Beschlusses (Ostblockflüchtlinge werden nicht ausgewiesen) geduldet.

Hier klagen die Kommunen über unterschiedliche Praktiken in den Bundesländern: So befindet sich in der Liste der Staaten, in die derzeit nicht ausgewiesen werden soll, in Düsseldorf zum Beispiel der Iran, in Berlin dagegen nicht. Städte und Gemeinden befürchten, daß solche Regelungen die Binnenwanderung von Asylbewerbern zu „liberaleren" Bundesländern verstärkt.

Kommt einmal eine Ausweisungsverfügung für einen Asylbewerber zustande, wird daraus „nicht selten eine große Geschichte von Bürgerinitiativen gemacht", klagt Franz-Reinhard Habbel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Ein Beispiel ist der Fall eines Angolaners in der Stadt Ratingen bei Düsseldorf. Er sollte Anfang des Jahres nach Zaire abgeschoben werden, nachdem alle Asylanträge abgewiesen worden waren und auch der Petitionsausschuß des Landtages negativ entschieden hatte. Eine Bürgerinitiative begann die Trommel zu schlagen, Pfarrer gewährten dem Angolaner in einer evangelischen Kirche Unterschlupf. Folge: Innenminister Schnoor (SPD) verbot die Ausweisung. Derartige Fälle, so die kommunalen Spitzenverbände, mehren sich. Die Summe der „humanitären Einzelentscheidungen" führe in der Konsequenz zu dem immer größer werdenden Berg der nicht abgeschobenen „De-facto-Flüchtlinge", derzeit 270 000.

Kostenregelung umstritten

Unterdessen werden die Kosten für Städte und Gemeinden immer mehr zum Ärgernis. So müssen die kommunalen Kassen Sozialhilfe für Asylanten nach Abschluß des Verfahrens zahlen, auch wenn der Asylantrag abgelehnt wurde, der Bewerber aber nicht ausgewiesen wird. Ungereimtheiten aus kommunaler Sicht gibt es auch bei der Erstattung der Aufwendungen für die Unterkünfte. So zahlt Baden-Württemberg die Kosten für (Um-)Bauten komplett, die nordrhein-westfälischen Gemeinden erhalten nach Angaben des Städte-und Gemeindebundes dagegen nur 60 bis 80 Prozent vom Land.

Bei derartigen Sorgen zeigt man sich in den Rathäusern noch froh darüber, daß ernsthaftere Übergriffe noch nicht an der Tagesordnung sind. Doch Wechsel für die Zukunft will man diesbezüglich nicht ausstellen, vor allem, wenn die Asylantenflut nicht eingedämmt wird. Irgendwann, meint der Pfinztaler Bürgermeister, „geht an diesem Problem einmal der Staat zugrunde".

SED druckt Drohungen der „Prawda" nach

hrk. Berlin

Die SED-Führung schloß sich gestern Drohungen des sowjetischen Parteiorgans „Prawda" gegen West-Berlin an, indem das „Neue Deutschland" entsprechend scharf formulierte Korrespondentenberichte der „Prawda" aus beiden Teilen Berlins nachdruckte.

In dem aus Ost-Berlin datierten Bericht heißt es, im Westteil der Stadt häuften sich die „Provokationen", die offensichtlich eine „gespannte Atmosphäre" gegenüber der „DDR" schaffen sollten. Auch die heute im Reichstag stattfindende Gedenkveranstaltung zum 13. August wird kritisiert: Es handele sich um „eine Reihe provokatorischer Maßnahmen, an denen offizielle Vertreter der USA und der BRD teilzunehmen beabsichtigen".

Schließlich folgt die massive Warnung: „Es ist völlig offensichtlich, daß die gegenwärtigen Versuche, in Berlin (West) wieder eine Atmosphäre der Spannungen, äußerster Feindlichkeit gegenüber der DDR zu schaffen, Geist und Ziel des vierseitigen Abkommens widersprechen. Sie bedrohen die Grundinteressen vor allem der Bevölkerung von Berlin (West) selbst und dienen keineswegs der Pflege normaler Beziehungen in diesem Teil Europas."

Das SED-Blatt veröffentlichte gestern auch eine Korrespondenz des Westberliner „Prawda"-Mitarbeiters Viktor Kabanow, in der die Mär vom Störenfried Berlin abermals verbreitet wird: „Neofaschistische Ganoven und jene, die hinter ihnen stehen ... kriechen erneut aus ihren Löchern; mal hier, mal dort werden in der Stadt zuweilen ganze Lager von Waffen entdeckt, die von den Ultrarechten für den Tag ‚X' angelegt wurden."

Umweltminister Dick: Die WAA geht in Betrieb

Bayerns Umweltminister Alfred Dick hat mit seinem Hinweis, daß die Entscheidung über die zweite Teilgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA) voraussichtlich 1988 fallen werde, eine Welle von Vermutungen ausgelöst. Peter Schmalz hakt in diesem Interview nach.

WELT: Die SPD spricht von „neuer Nachdenklichkeit", an deren Ende das Aus für die WAA stehen könnte.

Dick: Hier ist bei der SPD der Wunsch der Vater des Gedankens. Sie hat einen ausschließlich sachbezogenen Hinweis, der für keinen, der sich mit dem Verfahrensablauf etwas beschäftigt hat, überraschend kommen konnte, schlicht mißdeutet. Wer glaubt, daß sich ein so komplexer Vorgang, wie die einzelnen Genehmigungsschritte für ein Milliardenprojekt wie die Wiederaufarbeitungsanlage vorab an fixen Terminen „festzurren" läßt, verkennt die Dimensionen, um die es dabei geht. Für die Genehmigungsbehörde kann es dementsprechend keinen Zeitplan geben, dessen Nichteinhaltung dazu berechtigen würde, von Unter- oder Überschreitung, von Beschleunigung oder Verzögerung, zu sprechen. Für uns ist nicht entscheidend, wann die nächsten Entscheidungen im Genehmigungsverfahren fallen, sondern daß sie mit jeder nur möglichen Sorgfalt und Objektivität vorbereitet werden.

WELT: Heißt das nicht doch, daß Sie nachdenklich geworden sind?

Dick: Im Gegensatz zur SPD haben wir bei allem, was mit der Wiederaufarbeitung im allgemeinen und dem Genehmigungsverfahren im besonderen zusammenhängt, von Anfang an sehr gründlich nachgedacht. Wenn insoweit jemandem eine „Nachdenklichkeit" dringend anzuraten wäre, so ist das die SPD. Schließlich hieß der Bundeskanzler Schmidt und die Regierungsparteien in Bonn waren SPD und FDP, als das Entsorgungskonzept der von diesen Parteien gestellten Bundesregierung durch den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern im September 1979 politisch bestätigt wurde.

Daß wir an der damals für richtig erkannten Linie festhalten, bedeutet jedoch nicht, daß wir alles, was nicht in dieses Konzept passen würde, ignorieren. Im Gegenteil: Die CSU-Staatsregierung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der Reaktorunfall von Tschernobyl selbstverständlich daraufhin zu überprüfen ist, ob für das Genehmigungsverfahren Schlußfolgerungen zu ziehen sind.

WELT: Soll das Symposium Ihres Ministeriums im nächsten Jahr ein Teil dieser Überprüfung sein?

Dick: Nicht nur. Das im ersten Halbjahr 1987 vorgesehene internationale Symposium wird sich mit der Entsorgung von Kernkraftwerken beschäftigen. Insbesondere wird es dabei darum gehen, die Notwendigkeit der Entsorgung der Kernkraftwerke, das integrierte Entsorgungskonzept im internationalen Vergleich, das Sicherheitskonzept der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, denkbare Konsequenzen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl für die Auslegung der WAA, den Stand der Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der WAA und den Entwicklungsstand sowie die technischen, ökologischen und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen der direkten Endlagerung umfassend zu erörtern und darzustellen.

WELT: Zur Klarstellung: Wird die WAA nun fertiggebaut und in Betrieb gehen?

Dick: Ja.

Entschädigung wird teurer als geplant

DG. Bonn

Für die Erstattung von Einkommensverlusten landwirtschaftlicher Betriebe als Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat der Bund bisher mehr als 260 Millionen Mark bezahlt. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, gestern mitteilte, wurden etwa 320 000 Entschädigungsanträge gestellt. Geldern hält eine Gesamterstattung von bis zu 500 Millionen Mark für denkbar. Damit würden sich die Schätzungen verdoppeln.

Der größte Anteil der Erstattungen betrifft die Milchwirtschaft. Von den 350 000 Betrieben wurden mehr als 306 000 Anträge gestellt. Damit sind die meisten Bauern der Empfehlung der Bundesregierung gefolgt, ihr Milchvieh in den Maiwochen mit der höchsten Strahlenkonzentration als Folge des radioaktiven Niederschlags nicht auf die Weiden zu treiben. Die Milchbetriebe erhielten insgesamt 132 Millionen Mark. Von den Gemüsebauern wurden mehr als 6000 Anträge gestellt und 66 Millionen Mark ausgezahlt. Auch in solchen Fällen, wo kein Entschädigungsanspruch nach dem Atomgesetz bestand, hat der Bund gezahlt. Dies betrifft solche Gemüsearten, die nicht strahlenbelastet, dennoch aber nicht abzusetzen waren. In diesen Fällen zahlte der Bund bisher 63 Millionen Mark.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der streitbare Graf bringt sich selbst ins Gespräch

DIETHART GOOS, Bonn

Der FDP-Spitzenpolitiker Otto Graf Lambsdorff hat für Aufsehen und Irritationen gesorgt – diesmal nicht im ureigenen Bereich der Wirtschaftspolitik. Lambsdorff hat den 25. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin zum Anlaß genommen, das Ereignis von 1961 zu analysieren. In der Illustrierten „Quick" schreibt der frühere Wirtschaftsminister zu den Ereignissen vor einem viertel Jahrhundert und den bis heute andauernden Folgen:

„Am 13. August 1961 wurde die Teilung zementiert, sie wurde tiefer und schmerzhafter. Flucht war von nun an lebensgefährlich und kaum mehr möglich. Aber zugleich gab dieses baugeschichtliche Monstrum den endgültigen Anlaß, nach anderen Wegen zu suchen, die Teilung trotz allem erträglicher zu machen. Da man die Mauer nicht niederreißen konnte, spürte man im Westen einer neuen Politik nach, um schlimmste Widersprüche zwischen beiden deutschen Staaten zu befrieden. Und im Osten änderten sich langsam einige Erscheinungsformen der DDR. Sie wurde berechenbarer und gab sich souveräner."

Diese Sicht der Dinge muß gerade beim Koalitionspartner und besonders bei der CSU in Bayern Unwillen und scharfe Ablehnung provozieren. Doch nach dem harten Schlagabtausch zwischen maßgeblichen Repräsentanten der drei Regierungsparteien, die das angebliche Bonner Sommerloch mehr als reichlich ausfüllten, ist zumindest im Kanzleramt keine Bereitschaft zu einer weiteren Eskalation erkennbar. Man sei über die Darstellung des Grafen zum Mauerbau nicht begeistert, hieß es gestern, wolle aber dazu nicht Stellung beziehen.

Seit seinem ersten Erfolg beim Landgericht in Bonn hat sich der Politiker Otto Graf Lambsdorff wieder deutlich vernehmbar zu Wort gemeldet. FOTO: WERNER SCHÜRING

Der streitbare Lambsdorff deckt für die Liberalen ein breites Spektrum sowohl in der politischen Tagesarbeit wie auch im konzeptionellen Bereich ab. Seit das Bonner Landgericht im Flick-Spendenprozeß die schwere Bürde der Anklage wegen Bestechlichkeit von ihm genommen hat, konnte Graf Lambsdorff kräftig durchatmen und um so zielstrebiger an seiner zweiten politischen Karriere basteln.

Selbst einen so kühlen und emotionslosen Mann wie Lambsdorff mußte es ungeheuer treffen, als gegen ihn, seinen Parteifreund und Amtsvorgänger Hans Friderichs und gegenFlick-Manager Eberhard von Brauchitsch vor mehr als zwei Jahren Anklage erhoben wurde. Lambsdorffs Rücktritt vom Amt des Bundeswirtschaftsministers am 27. Juni 1984 war zwangsläufig. Er beteuerte zwar immer seine Unschuld, aber der seit mehr als zehn Monaten andauernde Prozeß hat ihn physisch wie psychisch ungeheuer belastet. Und dennoch hat er sich – wann immer es ihm der Mammutprozeß ermöglichte – nach besten Kräften für seine Partei als wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und als Allround-Kapazität schlechthin engagiert. Als Wahlkämpfer ist er unentbehrlich. neben Parteichef Bangemann und Außenminister Genscher füllt er als einziger auch größere Säle. Seine Kompetenz wird auch vom politischen Gegner selten angezweifelt.

Lambsdorff drängt es geradezu, „unbequeme Wahrheiten" unter das Volk zu bringen. So erklärte er am 3. Februar 1979 in einem WELT-Interview: „Daß der Preis für Superbenzin auf über eine Mark je Liter steigen kann, das halte ich für durchaus möglich und will das nicht ausschließen." Empörung erntete der damalige Wirtschaftsminister für diese Einschätzung nicht nur bei den Verbraucherorganisationen und Automobilverbänden: Er würde die Ölmultis regelrecht zur Preistreiberei ermuntern, wurde ihm vorgehalten. Lambsdorff blieb wie stets kühl und gelassen. Das Opec-Kartell und die Marktentwicklung gaben ihm recht.

Als politisches Ziel für die nähere Zukunft nennt der Graf die Bestätigung seiner Funktion als Wirtschaftssprecher der Fraktion auch nach der Bundestagswahl. Sicher müssen die Liberalen am 25. Januar 1987 ein respektables Ergebnis vorweisen, damit auch Lambsdorff Forderungen stellen kann. Und bevor über seine weitere Verwendung in der Koalition entschieden wird, hat er sich noch der Hypothek des Spendenprozesses zu entledigen.

Sollten beide Voraussetzungen – wie nicht nur von ihm selber erwartet – eintreten, dann sind für Graf Lambsdorff alle Wege geebnet. Er könnte auf seinen Chefsessel im Wirtschaftsministerium zurückkehren. Auch das Auswärtige Amt wäre für ihn eine gute Adresse, wenn Hans-Dietrich Genscher bei der Union und besonders bei der CSU nach der Wahl nicht mehr durchsetzbar wäre.

Schließlich würden manche auch in der FDP gerne mehr aus dem Grafen machen. Sie meinen, Lambsdorff sei als Präsidiumsmitglied bisher unter Wert verkauft. Mit einem Spitzenamt in der Partei, so heißt es, könnte der konsequente Marktwirtschaftler die Zitterpartien der FDP beenden helfen und ihr Werte deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde erstreiten.

Dormagen gibt nicht auf

Stadt erwägt Einspruch gegen Gerichtsentscheid

CHRISTIAN GEYER, Köln

Im Streit um die Errichtung der Gesamtschule in Dormagen (Kreis Neuss) ist die Stadt offenbar nach wie vor nicht gewillt, sich dem Druck des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier (SPD) zu beugen. Nachdem Dormagen am Montag vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf eine erste Niederlage einstecken mußte (WELT v.12.8.), schloß Stadtdirektor Wierich nicht aus, daß die Stadt das Urteil beim Oberverwaltungsgericht Münster anfechten wird. Endgültig werde dies auf einer Sitzung des Hauptausschusses des Rates am kommenden Montag entschieden. Der CDU-Fraktionschef Breimann kündigte bereits an, daß seine Fraktion sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen wolle, um gegen den „Willkürakt" Schwiers anzugehen.

Die Stadt Dormagen hatte in einem Eilverfahren darum gebeten, daß die aufhebende Wirkung ihrer Klage gegen Kultusminister Schwier wiederhergestellt wird. Diesen Antrag hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf am 4. August zurückgewiesen und seinen Beschluß am Montag bekanntgegeben. Schwier hatte die Stadt am 16. Juli zur Errichtung der Gesamtschule gezwungen und diese Anordnung für sofort vollziehbar erklärt.

Verfahren steht aus

Die Richter räumten bei ihrem Beschluß ein, daß bei der „nur möglichen summarischen Überprüfung" eine Entscheidung in der Sache nicht gefällt werden konnte. Dies bleibe dem Hauptverfahren vorbehalten. Ein Sprecher des Gerichtes begründete die Eilentscheidung damit, daß ohne die sofortige Durchführung des Kultusminister-Erlasses dem Willen der Eltern, die ihr Kind an der zunächst von der Stadt Dormagen beschlossenen Gesamtschule angemeldet hatten, hätte nicht Rechnung getragen werden können. Die von der Stadt Dormagen angeführte Gefahr, daß eine der fünf Hauptschulen in ihrem Bestand gefährdet sei, kann nach Meinung der Richter nicht bedeuten, daß andere Eltern auf die Errichtung einer Gesamtschule verzichten müßten.

Schwier erfreut

Kultusminister Schwier äußerte sich erfreut über den Richterspruch. Er warnte jedoch davor, von Sieg oder Niederlage zu sprechen. Schwier bedauerte, daß durch ein Eingreifen des Kultusministers habe sichergestellt werden müssen, daß auch die Interessen derjenigen Eltern berücksichtigt werden, die für ihre Kinder eine Gesamtschule möchten. Er forderte die CDU auf, den Rechtsstreit zu beenden. Zwar werde „nicht jede einzelne Schule eine Schulform erhalten werden können", es werde aber auch in Zukunft „in zumutbarer Entfernung" ein Angebot aller Schulformen geben.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Reul, bedauerte, daß das Gericht eine Entscheidung im Eilverfahren treffen mußte. Mit seinem kurzfristigen „Zwangseingriff" in die kommunalpolitische Hoheit Dormagens habe Schwier die Richter „unter Druck gesetzt". Das Urteil habe einmal mehr die große „Rechtsunsicherheit" offenbart, die im Lande zum Thema Gesamtschule herrsche. So hätten denn auch die Richter der Stadt Dormagen ausdrücklich einräumen müssen, daß sie die Gesamtschule wieder schließen könne, wenn Schwier in der Hauptsache unterliegen würde.

Bothas Partei will Einigkeit demonstrieren

DW. Johannesburg

In Durban begann gestern ein Sonderkongreß der regierenden Nationalen Partei (NP) des Landes.

Parteivertreter erwarten von Präsident Pieter Willem Botha einen Bericht über die Entwicklung seit dem letzten Kongreß im Jahre 1982, als Botha einen vorsichtigen Reformkurs angekündigt hatte. Botha wird in seiner Eröffnungsrede vermutlich auch Warnungen an die schwarzen Nachbarstaaten wiederholen, von Sanktionen abzusehen. Seine Popularität bei den Parteianhängern sei seit der Verhängung des Ausnahmezustandes merklich gestiegen, erklärten die Beobachter. Botha dürfte daher vor allem darum bemüht sein, seinen Kritikern und seinen Gefolgsleuten im In- und Ausland zu demonstrieren, daß die NP einig sei.

Die Festnahmen in Südafrika in diesem Jahr haben nach Informationen einer privaten Hilfsorganisation ein bislang ungekanntes Ausmaß erreicht. Das Unterstützungskomitee der Eltern Verhafteter (DPSC) teilte in Johannesburg mit, rund 13 000 Bürger seien betroffen. Davon entfiel mit 10 000 der überwiegende Teil auf Festnahmen unter dem seit Mitte Juni geltenden Ausnahmerecht.

Neuer Schlag gegen Sikh-Terroristen

AP, Amritsar

Den indischen Sicherheitskräften ist gestern ein neuer Schlag gegen terroristische Sikh-Organisationen in Punjab gelungen. Drei Tage nach der Festnahme des Führers der Khalistan Kommandostreitkraft (KCF), Manbir Singh, wurde bei einer Razzia nach Angaben der Polizei der Chef der Khalistan Befreiungsarmee (KLA), Tarsem Singh Kuhar, gefangengenommen. Der Polizeichef des indischen Bundeslandes Punjab, Julius Ribeiro, sagte, zusammen mit Kuhar sei ein anderer militanter Sikh-Führer verhaftet worden. Die KCF hatte am Montag abend den Mord an dem ehemaligen indischen Heeresoberbefehlshaber General Arun Vaidya zugegeben. In einer Erklärung kündigte die Gruppe neue Anschläge an.

Waffendepot in Chile ausgehoben

AFP, Santiago

Die chilenische Armee hat in dem kleinen Pazifikort Carrizal Rajo bei dem Hafen Huasco, 770 Kilometer nördlich von Santiago, ein umfangreiches Waffenlager entdeckt. Dabei handelt es sich, wie aus Santiago zu erfahren war, um den größten Waffenfund seit der Machtübernahme von Präsident General Pinochet im Jahre 1973. „Damit hätte man ganz Santiago in die Luft sprengen können", erklärte Pinochet. Dem Vernehmen nach handelt es sich um sowjetische und amerikanische Waffen.

Lockheed „verliert" Stealth-Dokumente

AFP, Washington

Weil den Lockheed-Werken 1460 „streng geheime" Dokumente zu dem Bau des „unsichtbaren" Bombers „Stealth" abhanden gekommen sind, wird das Pentagon seine Zahlungen an das Unternehmen bis auf weiteres einstellen. Der stellvertretende Verteidigungsminister Donald Hicks verständigte einen Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß bei Lockheed die Lage in Sachen Sicherheit „nahezu ein Desaster" sei.



Durch ständige Artillerieangriffe im Mittelabschnitt der Front versuchen iranische Einheiten, die Abwehrkraft der Iraker zu schwächen und die Unterlegenheit ihrer Luftwaffe auszugleichen FOTO: AP

Mit 1,2 Millionen Mann will Iran im Golfkrieg die Entscheidung erzwingen

Großoffensive im Herbst / Iraker kriegsmüde / Sorge bei Husseins Verbündeten

PETER M. RANKE, **Amman**

Einen Raketenangriff haben die iranischen Steitkräfte gestern früh auf die irakische Hauptstadt Bagdad unternommen und dabei die Raffinerie in der Vorstadt El-Daura getroffen. Die Iraner setzen Boden-Boden-Raketen des sowjetischen Typs Scud-B ein, die sie aus Libyen und Syrien bekommen. Teheran bezeichnete den Angriff als Vergeltung für irakische Luftangriffe gegen Isfahan.

Mit dem Raketen-Schlag haben die Iraner die irakischen Streitkräfte und die Zivilbevölkerung daran erinnert, daß Bagdad nicht unverletzbar ist. Militärische Beobachter rechnen bis zu der im September erwarteten Großoffensive der Iraner bei Basra mit ständigen Vorstößen gegen irakische Stellungen, um die Abwehrkraft der irakischen Divisionen zu testen.

Obwohl es noch nie so viele Unterstützungs-Adressen arabischer Staatshäupter für den irakischen Präsidenten Saddam Hussein gegeben hat wie in den letzten Wochen sind arabische Regierungen in Sorge über das Standhalte-Vermögen der abgenutzten und ausgebluteten irakischen Truppen.

Irak mit seinen nur 14 Millionen Menschen gegenüber 45 Millionen in Iran gilt als kriegsmüde. Das letzte Angebot von Saddam Hussein, der einen Friedensvertrag auf der Basis der alten Grenzen, Gefangenen-Austausch und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten vorsah, wurde vom Ayatollah-Regime Khomeinis (86) vor drei Wochen höhnisch abgelehnt. Teheran verlangte von neuem den Sturz Saddam Husseins.

Diese Bedingung findet jetzt erstmals einen gewissen Widerhall in arabischen Hauptstädten, wo man nicht mehr die kostbaren letzten Öl-Dollar-Reserven opfern will, nur damit Saddam Hussein in Bagdad an der Macht bleibt.

Diese Haltung hält Syrien davon ab, die jordanische Vermittlung zur Aussöhnung mit Irak aufzugreifen. Und die Drohung des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani, notfalls würden Kuwait und Saudi-Arabien angegriffen, führte bereits zum jüngsten Preis-Kompromiß in der Opec. Die Saudis und Kuwaitis gaben nach und drosseln in den nächsten zwei Monaten ihre Produktion, während Iran weiter täglich 2,2 Millionen Barrel produziert und daher keine Einnahme-Ausfälle für die Kriegsführung hat. Obgleich die iranische Öl-Verlade-Insel Kharg und der Tanker-Verkehr weiter schwer angegriffen werden, gelingt es Teheran dennoch, über die Insel Sirri am Golf von Hormuz Rohöl in ausreichender Menge zu exportieren.

Zwar ist die ehemalige Schah-Luftwaffe mit noch etwa siebzig Maschinen weiter der arabischen Seite unterlegen, jedoch kann Teheran jährlich rund 470 000 neue Rekruten ausheben und erhält ausreichend Nachschub. Trotz Wirtschaftsnot gelten die iranischen Streitkräfte heute als besser motiviert.

Während in den iranischen Dörfern neue Rekruten ausgehoben werden, während Frauen zur militärischen Ausbildung in Camps zusammengefaßt werden und die hohe Bürokratie zu Wehrübungen verpflichtet wird, rätselt man in den arabischen Hauptstädten über Zeitpunkt und Ziel der nächsten Groß-Offensive. Die Iraner wollen 1,2 Millionen Mann ins Feld schicken, die Herbst-Offensive soll die „wirklich letzte und entscheidende" sein, heißt es in Teheran.

Moskau: „Tabu-Liste" für Ausländer

Bewegungsfreiheit bleibt scharf begrenzt / Mißachtung der Schlußakte von Helsinki

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Was hat ein sommerliches Picknick mit der Schlußakte von Helsinki zu tun? Nun, wenn zum Beispiel ein in Moskau akkreditierter Journalist auf einer „offenen" Straße in der Umgebung der sowjetischen Hauptstadt plötzlich das Bedürfnis verspürt, am Wegrain zu halten, um im Grünen zu picknicken, so wird meist innerhalb kurzer Zeit eine Polizeistreife auftauchen und ihn strikt zum Weiterfahren auffordern – was wiederum eindeutig den Vereinbarungen von Helsinki widerspricht.

Da diese Vorfälle sich in jüngster Zeit häuften, bekamen nun alle in Moskau stationierten Journalisten eine lange Liste über die Sperrgebiete zugesandt. Gleiches gilt übrigens für alle in Moskau ansässigen Ausländer. Fast zynisch klingt es, wenn man liest, daß „die Regierung der UdSSR unter Berücksichtigung der entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. März 1976 an eine Regelung der Bewegungsmöglichkeiten ausländischer Journalisten einführte, zum Zweck einer weiteren Verbesserung ihrer beruflichen Tätigkeit". Und dann folgt ein Verzeichnis der Städte und Rayons des Verwaltungsgebietes Moskaus, die für den Besuch von Ausländern geschlossen sind.

Frei bewegen dürfen sich in Moskau ansässige Ausländer streng genommen nur innerhalb des die Stadt im Radius von 15 Kilometern umgebenden Autobahnrings und an einigen Stellen darüber hinaus bis zu 40 Kilometern.

Auch mit Voranmeldung 24 Stunden vorher sind nur eine Handvoll Landstraßen für ausländische Fahrzeuge freigegeben. Dazu gehören vor allem die Transitwege von Moskau nach Polen, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei. Grundsätzlich gilt, daß ein 25 Kilometer breiter Streifen hinter allen sowjetischen Grenzen für Ausländer tabu ist.

Im fernen Osten sind riesige Gebiete, einschließlich der Hafenstadt Wladiwostok, gesperrt. „Weiße Flekken" ziehen sich vom Aralsee bis zum Amur. Die Halbinsel Kamtschatka und die Insel Sachalin zählen auch dazu. Die Industriezentren in Westsibirien um Omsk und Tscheljabinsk sind ebenso wie die Stadt Swerdlowsk im Ural und der Schwarzmeerhafen Sewastopol gesperrt.

„Off limits" sind auch weite Teile im Norden des Landes: so die Kola-Halbinsel (mit Ausnahme der Stadt Murmansk) und das ehemalige Ostpreußen. Fast unzugänglich sind auch die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen.

Das Außenministerium gibt keine Gründe für die Beschränkungen an. Doch man ahnt, was die Sowjets so ängstlich hüten: vorwiegend Gegenden, in denen „sensitive" Industrien angesiedelt wurden. Dann schränkte man vor allem die Bewegungsfreiheit in jenen Gegenden ein – zum Beispiel im Baltikum –, wo Zweifel an der Einstellung der Bevölkerung zur Zentralmacht in Moskau bestehen.

Auch mit der Eisenbahn oder dem Flugzeug kann man bei weitem nicht überall die Sowjetunion bereisen. Da man nicht einfach wie im Westen eine Fahrkarte kaufen oder ein Flugticket bestellen kann, muß man alles lange Zeit vorher beantragen. Einige Orte darf man nur im Flugzeug und nur nachts anreisen – damit man möglichst wenig von oben erkennt.

Unerkannt kann sich hierzulande niemand bewegen: Schon das Autoschild entlarvt den Ausländer von weitem. Wo immer er sich bewegt, die Kontrollposten an den Ausfallstraßen und die Ortspolizisten haben ihn längst im Visier.

Albanien bricht aus der selbstgewählten Isolation aus

E. ANTONAROS, **Rom**

Albanien, das bisher am stärksten von der Außenwelt abgeschirmte Land der Welt, ist Westeuropa ein kleines Stück nähergerückt. Mit zweiwöchiger Verspätung wurde jetzt eine 24 Kilometer lange Eisenbahnstrecke eingeweiht, die den albanischen Grenzort Hani Hotit im Nordosten mit Titograd, der Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro, verbindet. Dadurch hat Albanien (28 748 Quadratkilometer groß, drei Millionen Einwohner) den Anschluß ans europäische Eisenbahnnetz erhalten.

Die Inbetriebnahme der Teilstrekke, die sich Jugoslawien sieben Milliarden Dinar kosten ließ, wäre im Zuge einer neuen Polemik zwischen Belgrad und Tirana beinahe geplatzt. Auch diesmal stritten die beiden Nachbarländer über die im südjugoslawischen autonomen Gebiet Kosovo lebende albanische Minderheit.

Tiranas Sprachrohr „Zer I Populit" hatte völlig unerwartet einen scharfzüngigen Angriff gegen die Jugoslawen lanciert, die sie aufs neue beschuldigte, die Rechte der albanischen Minderheit „einfach zu ignorieren". Belgrads Behauptung, Tirana schüre den Aufstand in Kosovo, diene nur dazu, Albanien im Ausland zu diskreditieren.

Belgrad blieb nicht untätig. In der Zeitung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, „Komunist", wurde Albanien vorgehalten, sich nicht nur in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates einzumischen, sondern auch Territorialansprüche zu erheben. Das Blatt wies darauf hin, daß Tiranas Postbehörde kürzlich eine neue Briefmarkenserie herausgegeben habe, bei der einige jugoslawische Städte in Kosovo als „albanisch" präsentiert würden.

Daraufhin hatte der Chef der montenegrinischen Eisenbahnbehörde die Einweihung der fertigen Strecke mit der Begründung verschoben, sein Etat sehe keine Ausgaben für den Kauf der zwei notwendigen Lokomotiven vor. Westliche Diplomaten in Belgrad befürchteten schon, daß Albaniens Anschluß ans europäische Bahnnetz doch nicht stattfinden würde.

Bei der feierlichen Einweihung in Titograd war von der vorangegangenen Polemik allerdings kaum noch etwas zu spüren. Albaniens Vertreter Faik Cina, der Gouverneur der Grenzprovinz Skutari und Präsidiumsmitglied des albanischen Parlaments ist, betonte, daß diese Verbindung nicht nur den Außenhandel, sondern auch die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Tirana und Belgrad fördern solle. Jugoslawiens Verkehrsminister Pljakic hob hervor, daß jede Ecke Europas Zugang zum übrigen Kontinent haben solle.

Von der neuen Eisenbahnstrecke werden Reisende, die Albanien besuchen wollen, nicht profitieren können. Tirana geht es nämlich ausschließlich um das Vorantreiben seines Außenhandels mit Westeuropa: Bisher wurden fast alle Ausfuhrgüter Albaniens über Jugoslawiens Fernstraßen ins Ausland exportiert. Mit der Bahnverbindung können die Transportkosten erheblich gesenkt werden. Darüber hinaus hat die Eisenbahnverbindung zwischen Hani Hotit und Titograd eine eindeutig politische Bedeutung: Erst 16 Monate nach dem Tod des Staatsgründers Enver Hodscha hat Parteichef Ramiz Alia schon wieder gezeigt, daß das isolationistische Albanien, wenn auch in Grenzen, eine stärkere Anlehnung an bestimmte Länder Westeuropas anstrebt.

Die größten Fortschritte hat es bisher in den Beziehungen zu Griechenland gegeben: Nach dem Besuch einer Delegation des Außenministeriums hieß es vor sechs Wochen, daß der seit 1940 existierende Kriegszustand beendet werden müsse. Daß Athens Regierungschef Papandreou diese Entscheidung noch nicht getroffen hat, liegt daran, daß die Lobby der aus Südalbanien stammenden Griechen, die sich dagegen wehrt, sehr einflußreich ist. Dennoch blüht der Handel zwischen Athen und Tirana. Fortschritte sind auch in den Gesprächen mit Bonn erzielt worden, so daß mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen in absehbarer Zeit gerechnet werden darf. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte Albanien am 19. Mai besucht – zum zweitenmal in anderthalb Jahren. Tirana hat offenbar die Absicht, diplomatische Beziehungen auch zu Spanien und Großbritannien aufzunehmen. Große Beachtung fand auch die albanische Entscheidung, der Internationalen Atomenergie-Agentur (Wien) beizutreten.

Bei dieser Öffnung nach Westen sind handelspolitische Erwägungen ausschlaggebend. Denn es sieht nicht im geringsten danach aus, daß Albanien seinen innen- und außenpolitischen Kurs abändern will. (SAD)

Die Nibelungen IM SONDERZUG

2. Folge

Vom Berliner Gastspiel seines Wagner-Ensembles erhoffte sich Impresario Neumann volle Kassen und ein starkes publizistisches Echo. Beides bekam er: Die Leute saßen vor dem Victoria-Theater auf den Bäumen, um den Kaiser und den Komponisten Richard Wagner vorfahren zu sehen; der Jubel war unbeschreiblich.

Ein Majorsstiefel trat Brunhildes Feuerkranz nieder

Von KLAUS GEITEL

Es kam nicht zum Feuersprung Therese Vogls auf ihrem erzbayerischen Roß in Berlin. Kurz vor der Abreise in die Reichshauptstadt legte es sich trotzig nieder und starb. Seine Seele schwang sich auf nach Walhall. Angelo Neumann hatte zu lernen, daß Sänger verhältnismäßig leicht zu ersetzen waren, und selbst in den kniffligsten Rollen, nicht aber ein Pferd. „Obwohl die Künstlerin an zwölf bis fünfzehn Pferde probierte, der kühne Feuersprung war von keinem zu erreichen", berichtet Angelo Neumann. Die Kaiserliche Hofreitschule Berlins erwies sich als nicht hinlänglich musikalisch trainiert.

Aber auch die Dampferzeugung für den Feuerzauber erwies sich im letzten Augenblick als hochproblematisch. Die Feuerwehr, an der Spitze Oberbranddirektor Major von Witte, verlangte kategorisch die Entfernung des dampferzeugenden Lokomobils vom Theaterhof.

Angelo Neumann kannte seine Pappenheimer

Was Brünnhilde sich so sehr von Gottvater gewünscht hatte und was er ihr endlich auch zugestand, den schirmenden Feuerkranz, ihn trat der Majorsstiefel nach Vorschrift nieder, und nur die glückliche Tatsache, daß dicht neben dem Theater, wie es sich im Grunde gehört, eine Spritfabrik stand und sich deren Dämpfe ohne allzu große Umstände auf die Victoria-Bühne leiten ließen, beraubte Neumann nicht des zweiten großen, ganz und gar unentbehrlichen Theatereffekts.

Es muß gesagt sein: Angelo Neumann kannte seine Pappenheimer. Er wußte um die Schaulust des Publikums. Schließlich war er noch mit Meyerbeers theatralischer Opulenz großgeworden. Er hatte ihre Effekte genossen, ihre Wirkung erkannt. Er wollte sie nicht entbehren. Aus ihnen zog er sozusagen seine einzige Subvention.

Denn das darf man natürlich auch nicht vergessen: Neumanns Unternehmungen speisten sich aus seiner Privatschatulle. Kein Staat sprang ihm finanziell bei. Er fabrizierte das Musikdrama Wagners auf eigene Kosten und eigenes Risiko und mußte darüber wachen, daß es zumindest für ihn selbst nicht zum Drama wurde. Was also dazu beitragen konnte, den Erfolg zu sichern, den Bankrott abzuwenden, ob Feuersprünge, Wunderpferde, Feuerzauber oder gebündelte Majestäten, das mußte her, möglichst einschließlich Richard Wagners.

Der hatte denn auch seine Teilnahme an den „Nibelungentagen" Berlins fest versprochen, und dies Versprechen hielt er. Noch nach Jahrzehnten zeigte sich Neumann bewegt von den Berliner Nibelungentagen, „von denen man sich heute kaum mehr eine angemessene Vorstellung machen kann".

Er schreibt: „Schon die Auffahrt zum Theater bot ein seltenes Schauspiel. Unter den Linden, vom kaiserlichen und kronprinzlichen Palais angefangen, bildete das Publikum ein dichtes Spalier, aus den Fenstern blickten Tausende von Augen auf das Gewühl, in welchem berittene Schutzleute unter persönlicher Überwachung des Polizeipräsidenten von Madai die Ordnung aufrechterhielten. Sogar in den Kronen der Bäume waren Zuschauer, die Mitglieder des Hofs wurden in ihren Karossen herzlich begrüßt, und der Jubel erreichte seinen Höhepunkt, als Wagner an der Seite seiner Frau mit der Gräfin Schleinitz in seinem Wagen sichtbar wurde.

Überaus glänzend war dann der Anblick des bis zum Dachfirst gefüllten Theatersaales. Der Hof und ganz Berlin schien sich ein Stelldichein gegeben zu haben. Ich erwähne besonders Seine kaiserl. Hoheit, den damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, Kronprinzessin Victoria, Prinzen Wilhelm, den gegenwärtigen Kaiser mit seiner Gemahlin, das Erbprinzenpaar von Meiningen, den Hofmarschall Grafen Eulenburg, die Grafen Dankelmann und Perponcher mit ihren Gemahlinnen, die Fürstin Bismarck, Grafen Wilhelm Bismarck, Grafen und Gräfin Rantzau, die Fürsten Radziwill, Hohenlohe, Ratibor, den Minister von Puttkammer, Delbrück, Grafen Redern. Die Berichterstatter sämtlicher Berliner sowie der großen auswärtigen Blätter waren anwesend. Kaum hatte Wagner seine Loge, die fünfte im ersten Rang auf der rechten Seite, betreten, als das Publikum ihn stürmisch begrüßte."

Es muß ein großer Tag für Neumann gewesen sein, ein größerer vielleicht noch als für Richard Wagner, trotz aller Ovationen, die man dem Meister darbrachte. „Das Publikum ruhte nicht mehr", schreibt Neumann, „bis der Meister selbst, dem allgemeinen Drängen endlich nachgebend, auf der Bühne erschien. Im schwarzen Gehrock, darüber einen grauen Sommerüberzieher und einen Cylinderhut in der Hand stand er zwischen Fricka, Wotan und Loge. Das Orchester blies einen Tusch, aus allen Rängen erbrausten Hochrufe und wehten Tücher."

Cosima merkt allerdings später an: „Der gute Direktor konnte gar nicht verstehen, daß R. sich gar nichts aus dem Besuch des Ringes seitens des Kaisers und der k. Familie machte." Das hatte denn auch zu guter Letzt zu einem Affront geführt, der die glückliche Geschäftsverbindung zwischen dem Komponisten und dem Theaterdirektor beinahe für immer zersprengte.

Wagner war mit der Großfamilie, alle vier Töchter, Gattin und Sohn an Deck, zum vierten Zyklus noch einmal nach Berlin zurückgekehrt. Wiederholt hatte der fünfundachtzigjährige Kaiser die ja nicht gerade kurzweiligen Vorstellungen aus nationalen, mehr denn als aus musikalischen Gründen besucht (sein alter Kopf verstand sich auf Wagners verlockende Künste nur schlecht), und hatte zum Abschluß der Aufführungsserie sein Kommen abermals zugesagt.

Neumann hatte eine würdige Abschlußfeier des Gastspiels vorbereitet. „Während aus dem Zuschauerraum durch den einstweilen gefallenen Vorhang hindurch der Jubel des Publikums zu uns brauste, hatten sich sämtliche Mitwirkende auf der Bühne versammelt und nahmen Wagner in ihre Mitte, dann teilte sich wieder der Vorhang. Ich ... begann meine Ansprache: ‚Gestatten Sie mir in diesem bedeutungsvollen Augenblick, in welchem wir das großartige Werk, welches uns seit einem Monat an dieser Stelle vereinigt hat, abschließen, meinen tiefgefühlten Dank allen denen aussprechen, welche zum schönen Gelingen mitgewirkt haben. Dank zunächst den erhabenen Mitgliedern unseres Kaiserhauses –'

Kaum hatte ich diese Worte gesprochen, als Richard Wagner sich umdrehte und die Bühne verließ ... Es war, als ob man einen kalten Wasserstrahl in unsere lodernde Begeisterung und Festesfreude gegossen hätte. Da stand das Ehepaar Vogl mit dem mächtigen Lorbeerkranz, der für Wagner bestimmt war, da standen die Mitwirkenden aus der ‚Götterdämmerung' im Kostüm, und die an diesem Abend nichtbeschäftigten Mitglieder des Ringensembles in Festkleidung, da standen wir alle tiefbetroffen und verstimmt."

Es war eine Verstimmung, die nicht so schnell weichen wollte. Bis zuletzt konnte Neumann nicht an ein wirkliches Unwohlsein Wagners glauben, und Cosimas Tagebücher geben dieser Ansicht wohl recht.

Freilich – verewigen ließ sich Neumanns Groll nicht. Die vielfältigen Geschäfte zwischen Wagner und ihm ließen kein andauerndes Schweigen zu. Es blockierte die in Schwung gekommenen Unternehmungen heftig. Zu ihnen gehörten Gastspiele mit Neumanns Nibelungen-Theater in Paris und London, und jene in Paris waren besonders heikel, obwohl man dort nur mit „Lohengrin" zu gastieren gedachte.



Richard Wagner bei einer Orchesterprobe in Bayreuth. Gezeichnet von Adolph Menzel. FOTO: ULLSTEIN

Gleich zu Beginn der Verhandlungen stieß Neumann auf den Widerstand des Verlegers Durand, unterstützt von Charles Lamoureux, dem Orchesterleiter, der steif und fest behauptete, das alleinige Aufführungsrecht für Frankreich an „Lohengrin" zu besitzen und Neumann drohend verkündete: „Sie werden in Frankreich keinen französischen Richter finden, der einem Franzosen einem Deutschen gegenüber unrecht geben wird."

Seit zehn Jahren war der deutsch-französische Krieg beendet, aber vergessen war er noch lange nicht. Das sollte Neumann deutlich zu spüren bekommen. Obwohl der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, vom Präsidenten Grévy und allen Ministern Unbedenklichkeitsbescheinigungen die Fülle bekommen hatte, das Gastspiel wäre hochwillkommen, Neumann und seine Künstler hätten nichts zu befürchten, wendete sich die Presse sehr rasch gegen das deutsche Projekt. Es ging in einem Strudel von Chauvinismus im wahrsten Sinne des Wortes sang- und klanglos unter.

Die kostspielige Pariser „Lohengrin"-Ausstattung nahm Neumann zu sich nach Leipzig. Die Anzahlung von fünfzehntausend Franc auf die Theatermiete verfiel. Noch weitere sechzehn Jahre mußten vergehen, bis sich erneut eine deutsche Musikkarawane auf den Weg nach Paris machte, geleitet diesmal von Angelo Neumanns Entdeckung: Arthur Nikisch. Als Chef der Berliner Philharmoniker führte er 1897, ein Vierteljahrhundet nach Kriegsschluß, seine Musiker in Paris vor. Aber noch immer fürchtete der Polizeipräsident, der kleine Zusatz „de Berlin" unter dem Orchesternamen könne Krawalle hervorrufen. Sie blieben aus.

Zu künstlerischen Auseinandersetzungen kam es dagegen in London. Trotz aller Warnungen Neumanns hatte Wagner gleichzeitig mit ihm den Hamburgischen Theaterdirektor Bernhard Pollini (den vormaligen Baruch Pohl) mit Hans Richter als musikalischem Leiter autorisiert, in London Wagner-Aufführungen zu veranstalten. Neumann, der nur die Aufführungsrechte am „Ring" besaß, sah sich der denkbar ärgsten Konkurrenz ausgesetzt. Aber auch sonst stand es ungünstig um sein Gastspiel. Versehentlich war er an einen englischen Vertragspartner geraten, kaum weniger legendär als er selbst, aber weit weniger honorig: den sagenhaften Colonel James Henry Mapleson, der wenige Jahre, bevor Neumann sein Theater auf die Beine brachte, mit einer eigenen Company Amerika von Küste zu Küste bereist hatte – eine der spektakulärsten Kunstkarawanen aller Zeiten, eine Zirkustournee des Schöngesangs.

Mapleson war, als Neumann in London einfiel, um das für den „Ring" angemietete „Her Majesty's Theatre" zu beziehen, gerade wieder einmal schlecht bei Kasse gewesen. Er hatte die Pacht nicht bezahlt und alle Verträge rundum platzen lassen. Neumann sah sich an der Themse mit seinem Fundus gestrandet: ohne Orchester (das Mapleson zu stellen versprochen hatte), ohne Chor für die „Götterdämmerung", ohne jedes administrative oder gar technische Personal, in einem unbeheizten, unbeleuchteten Theater. Eine aussichtslose Situation. Dabei sollte in genau einem Monat nach Neumanns Ankunft der Vorhang über der Tetralogie hochgehen, und planmäßig am 5. Mai 1882 ging er auch hoch.

Herman Klein, der englische Musikkritiker und Stimmfetischist, ein Porträtist viktorianischer Singkunst wie wenige, hat darüber berichtet. „Am Eröffnungsabend", schreibt Klein, „war jedermann in tiefer Erregung – und von ungewöhnlicher Pünktlichkeit noch dazu. Man konnte eine Stecknadel fallen hören, als die Lichter erloschen."

Bevor es soweit war, hatte Neumann allerdings ganz andere Eisen als ausgerechnet Stecknadel benutzen müssen, das kenternde Unternehmen über Wasser zu halten. Telegrafisch engagierte er das Laube'sche Orchester und ließ es unter Anton Seidl in Hamburg proben. Er heuerte den Chor des Kölner Stadttheaters an. Wen er freilich auf diesem Weg nicht verpflichten konnte, das war der Prince of Wales, Regent über alles höhere (und niedere) Vergnügen der Gesellschaft in London.

Den Weg zu Bertie bahnte Neumann eine Empfehlung des deutschen Kronprinzen. Das war noch verhältnismäßig einfach gewesen. Schwerer schon war es, in den mit Dinerverpflichtungen vollgestopften Terminkalender seiner Hoheit einzubrechen (der Prinz von Wales war ein leidenschaftlicher Theaterbesucher, aber ein noch leidenschaftlicherer Esser) und ihm gleich vier Abende auszuspannen unter der Drohung, sonst würde das Gastspiel mangels gesellschaftlicher Anziehungskraft unweigerlich scheitern.

Der gute Prinz hatte ein Einsehen. Statt, wie sonst mit Gänseleber, Champagner und Frauen stopfte er seine Abende geduldig mit Wagner voll. Bei elf von sechzehn Aufführungen (und nicht nur bei vieren) war er in Neumanns Theater zu Gast, eine Auszeichnung, die sicherlich dazu beitrug, den Rivalen Pollini in die finanzielle Pleite zu jagen. Neumanns frühe Warnung vor einem künstlerischen Konkurrenzkampf auf dem schwergängigen Wagner-Terrain, hatte sich traurig bewahrheitet. Das sah am Ende selbst der Meister in Bayreuth ein. Die Zeche hatte noch jahrelang Pollini zu zahlen.

Immerhin gab das unfreiwillige Doppelgastspiel von Pollini und Neumann in London Herman Klein, dem Chronisten, Gelegenheit, die führenden Wagner-Sänger der Zeit vor seinem kritischen Ohr Revue passieren zu lassen. Denn während fast alle seine Kollegen sich naturgemäß in ihren Beschreibungen einzig auf die musikalische Novität stürzten, der Musik stärker als ihrer Interpretation ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, genoß Klein offensichtlich die Begegnung mit Neumanns Superstars wie Therese Vogl und Hedwig Reicher-Kindermann. Aus der Pollinischen Erbmasse an Sängerinnen übernahm Neumann später Amalia Materna und Marianne Brandt.

Was Klein an Therese Vogl als Brünnhilde am meisten bewunderte, war ihre mühelose Tongebung, ihre elegante Phrasierung und Diktion, getragen von einer eher leichten Sopranstimme von ungewöhnlicher Reinheit und Leuchtkraft im Kopfregister. Sie erschien Klein als hervorragende Exponentin einer deklamatorischen Singmethode, die bis dahin in England nahezu unbekannt war.

Die Reicher-Kindermann hörte Klein zunächst als Fricka und trauerte ihrem Abgang nach der großen Auseinandersetzung mit Wotan im zweiten Akt der „Walküre" lebhaft nach – im Wissen, er würde sie an diesem Abend nun nicht wiederhören: ein Gefühl, das den Hörer heutzutage eher selten beschleicht. Die Reicher-Kindermann wurde nach dem Ausscheiden der Vogl geradezu zur Galionsfigur des „Wandernden Richard Wagner-Theaters". Sie wurde jedoch auch sein Opfer. Kurz vor Abschluß der Tournee starb sie, erst neunundzwanzigjährig, in Triest.

Glücksritterhaft wie auf der Popszene

Mapleson, dem Hallodri, der Neumann zu Beginn des Gastspiels so arg hatte auflaufenlassen, begegnete der brave Direktor ein einziges Mal in der ganzen Zeit. Als wäre nichts geschehen, kam er eines schönen Tages mitten in eine Probe geschlendert, die Unschuld in Person, gratulierte Neumann unumwunden zum künstlerischen Überleben, lud ihn zum Frühstück und verschwand auf Nimmerwiedersehen. Von den 2600 englischen Pfunden, die er Neumann schuldete, sah der Deutsche nach vielen Jahren ganze 51 Pfund wieder.

Im Show-Geschäft selbst heroischsten Zuschnitts und hohen musikalischen Anspruchs ging es glücksritterhaft zu wie heutzutage nur auf der Pop-Szene. Man konnte im Handumdrehen ein Vermögen machen. Man konnte es genauso schnell wieder verlieren. Eins jedoch spricht für die Impresarios: Zu dauerhaften Riesenvermögen wie ihre Interpreten, denen sie astronomische Gagen zu zahlen hatten, hat es kaum ein Veranstalter je gebracht. Therese und Heinrich Vogl dagegen sangen sich in aller Unschuld ein Rittergut mit achthundert bayerischen Bauern zusammen. Siegfrieds Schwert jedenfalls schnitt sich verläßlich das happigste Stück aus der Torte heraus.

Nach London wurde es ernst. Neumann schloß die Verträge zur Gründung seines Wandertheaters: dieser Verkündungsreise des „Ring" kreuz und quer durch Europa. Sie nahm am 1. September 1882 ihren Ausgang in Breslau und endete am 5. Juni des Folgejahrs in Graz. Damit war der „Ring" dem Opernrepertoire ein für allemal eingemeindet. Aber unter welchen Krisen, Krämpfen und Abenteuern. Hinter den Kulissen des Großerfolges regierte Neumann mit Zuckerbrot und Peitsche: ein unermüdlicher Nibelungen-Dompteur.

Freitag in der WELT

Die deutsche Theaterwelt sah Neumanns Unternehmen beinahe mit erschrockenen Augen – Für ein Butterbrot vertrieb man das Aufführungsmaterial – Die Nachricht vom Tod Wagners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

SCHACH / WM

Zuschauer schlummerte sanft ein

LUDEK PACHMANN, Bonn

Die sechste Partie des Schach-Titelkampfes zwischen Titelverteidiger *Garri Kasparow und Anatolij Karpow* wurde in London in einer Remis-Stellung abgebrochen. Gestern abend stand noch nicht fest, ob das Spiel noch einmal aufgenommen wird. Der Wettkampf (zwölf Partien werden in London, zwölf in Leningrad gespielt) *steht 2,5:2,5. Kasparow* hatte am letzten Freitag seine erste Auszeit nach der Niederlage in der fünften Partie genommen.

Zum ersten Mal im Wettkampf von London eröffnete Kasparow mit dem Königsbauern (e2-e4). Karpow verteidigte sich mit einem System der Russischen Partie, das gegenwärtig als sehr solide gilt und in den Begegnungen der beiden Spieler wiederholt angewandt worden ist. Die Partie verlief bis zum zehnten Zug von Karpow wie die 15. Partie des zweiten Titelkampfes im Oktober letzten Jahres. Mit der danach folgenden neuen Angriffsmethode von Garri Kasparow werden sich sicherlich Theoretiker ausführlich beschäftigen. Interessant dabei ist, daß Kasparow selbst den von ihm gewählten 11. Zug in einem seiner Bücher als „nicht überzeugend" bezeichnete.

Nach dem 19. Zug von Kasparow verfiel der Titelverteidiger in tiefes Grübeln – und ein Zuschauer in der zweiten Reihe des Ballsaales im Park Lane Hotel in Schlaf. Er schlummerte sanft vor sich hin, bis seine nächste Umgebung Schnarchtöne registrierte und ihn weckte. Der Schach-Fan wachte auf, sah, daß am Brett immer noch nichts passiert war und schlief weiter. Kasparow brauchte immerhin 69 Minuten, ehe er seinen 20. Zug ausführte ...

Die Notation (Russische Partie, Kasparow · Weiß): **1.e4 e5, 2.Sf3 Sf6, 3.Sxe5 d6, 4.Sf3 Sxe4, 5.d4 d5, 6.Ld3 Sc6, 7.0-0 Lg4, 8.c4 ...**

In der früheren Hauptvariante 8.Te1 Le7, 9.c3 f5, 10.Db3 fand man inzwischen für Schwarz eine gute Fortsetzung in 10. ... Dd6. Aber auch *0-0!? scheint Schwarz ausreichende* Gegenchancen zu bieten.

8. ... Sf6, 9.Sc3 Lxf3, 10.Dxf3 Sxd4, 11.De3+ ...

In der bereits erwähnten früheren Begegnung beider Spieler folgte 11.Te1+ Le7, 12.Dd1 Se6, 13.cxd5 *Sxd5, 14.Lb5+ c6, 15.Sxd5 cxb5,* 16.Db3 0-0!, 17.Sxe7+ Dxe7, 18.Dxb5 a6 mit einem schnellen Unentschieden. Nun will Kasparow aber mehr erreichen.

11. ... Se6, 12.cxd5 Sxd5, 13.Sxd5 Dxd5, 14.Le4 Db5, 15.a4 Da6, 16.Td1 Le7, 17.b4!? ...

In dieser interessanten Position, die sich aus der Eröffnung ergibt, ist nicht klar, was mehr wiegt – der schwarze Mehrbauer oder das weiße Läuferpaar. Die Fortsetzung von Weiß ist ein zweites Bauernopfer, dessen Annahme zu gefährlichen Komplikationen führen würde: 17. ... Lxb4, 18.Db3 c5, 19.Ld3 Db6, 20.Lb5+ Kf8, 21.Td7. Oder: 18. ... Db6, 19.a5!. So etwas mag Karpow bekanntlich nicht.

17. ... 0-0, 18.Db3 g6, 19.Lb2 Dc4!,

Damit wird die Hauptdrohung 20.c3 abgewehrt und gleichzeitig die Dame aktiviert. Es ist erstaunlich, daß Kasparow für seinen nächsten, eigentlich ganz natürlichen Zug 69 Minuten seiner Bedenkzeit verbrauchte.

20.Td7 Tae8, 21.Ld5 Dxb4, 22.Lc3 Sf4, 23.Lxb4 Sxh3+, 24.gxh3 Lxb4, 25.Txc7 b6, 26.Txa7 ...

Nun ist das materielle Gleichgewicht wieder hergestellt und bei ungleichen Läufern hat keiner der Gegner reale Gewinnchancen.

26. ... Kg7, 27.Td7 Td8, 28.Txd8 Txd8, 29.Td1 Td6, 30.Td3 h5, 31.Kf1 Td7, 32.Kg2 Lc5, 33.Kf1 h4, 34.Lc4 Te7, 35.Tf3 Ld6, 36.Kg2 Tc7, 37.Lb3 f5, 38.Td3 Lc5, 39.Te3 Kf6, 40.Tc4 g5, 41.Tc2 Ke5.

LEICHTATHLETIK / Ein deutscher Europameister sucht seine Bestform

Analytiker Wessinghage scheint mit seinem Latein fast am Ende zu sein

JÖRG STRATMANN, Bonn

Der Mann ist gewohnt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Mit vagen Vermutungen hat er sich noch nie zufriedengegeben. Auch jetzt nicht. Denn für jedes Problem, so hört man aus seinen präzise formulierten Analysen heraus, muß es auch eine plausible Erklärung geben.

Doch zur Zeit kann Thomas Wessinghage (34), der Facharzt für Orthopädie aus Ingelheim, seine Verunsicherung als Hochleistungssportler nicht verbergen. Zu vieles ist für den Europameister von 1982 im 5000-m-Lauf in diesem Jahr falsch gelaufen. Heute abend hat er beim Abendsportfest in Zürich die letzte Gelegenheit, sich mit einer Zeit von maximal 13:40 Minuten für die Europameisterschaften Ende dieses Monats in Stuttgart zu qualifizieren.

13:40 Minuten – eine lächerliche Zeit für jemanden, der sich für diese Saison noch einmal Großes vorgenommen hat und 13:12,78 Minuten als Bestzeit vorweisen kann. Und dies hält sich Thomas Wessinghage selbst immer wieder vor. Nicht Siege auf Sportfesten, nicht deutsche Meisterschaft waren sein Ziel. Alles Training hatte er auf ein gutes Ergebnis bei der EM, dem Hauptereignis der Leichtathletik dieses Sommers, ausgerichtet: „Das klingt zur Zeit etwas vermessen, aber ich bin mit dem Willen an die Sache herangegangen, meinen Titel zu verteidigen."

Zur Zeit allerdings gilt alle Konzentration „meinem nächsten Schritt", dem Qualifikations-Rennen in der Schweiz. Und das wird schwer genug. Denn eine Erklärung für seine bislang schwachen Leistungen im Wettkampf hat der Läufer noch nicht gefunden. „Es gibt da gewisse Vermutungen", sagt der Analytiker Wessinghage, „durch Fakten belegt." Doch dann ist er schon fast mit seinem Latein am Ende.

Vielleicht, so mutmaßt er, habe er in diesem Jahr nach einer Achillessehnenverletzung die Phase des harten Trainings zu lange ausgedehnt. Jene Phase also, in der die Athleten im Winter und Frühjahr über die normale Belastung trainieren, um den Organismus anschließend zu einem ebenso übermäßigen Ausgleich der Anstrengungen und so zu größter Form zu bringen. Ein schmaler Grat zwischen Tief und Hoch in den Leistungen. Erst recht, so ergänzt Wessinghage, bei dem Versuch, die Höchstform zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erreichen.

Vielleicht, so gaben viele Kenner zu bedenken, liegen Wessinghages Schwierigkeiten vielmehr im Psychologischen. „Auch in diesem Bereich", meint der Sportler selbst, „kann man Schwächen analysieren, wenn man selbstkritisch genug ist." Und das nimmt er für sich in Anspruch. Auch seine Frau Ellen, früher selbst eine ausgezeichnete Läuferin, unterstütze ihn dabei.

Nein, seine Einstellung in den Wettkämpfen sei gut gewesen, denn er habe schließlich um seine guten Trainingsleistungen gewußt. Auch zuletzt in London. Er habe diesen 3000-Meter-Lauf nur als weiteres Aufbautraining für Zürich angesehen. Aber er habe sich auch zugetraut, mit dem Schweizer Deleze mitzuhalten, immerhin Europas derzeit Schnellstem über 5000 Meter. Doch dann wurde Wessinghage nur Neunter. Müde, enttäuscht und nun völlig ratlos. Er brauche, sagte er schon vor einem Jahr, weitaus mehr positive Erfahrungen als früher, um sich selbst davon zu überzeugen, daß es gut für ihn laufe. Und jetzt diese Mißerfolge.

Noch in London habe er mit anderen, befreundeten Läufern seine verfahrene Situation besprochen. Und Steve Ovett, der Brite, der schon ähnliche Erfahrungen machen mußte, riet dem allseits beliebten Deutschen, bis zum Züricher Sportfest einfach eine Pause einzulegen, gar nicht mehr zu laufen. Er selbst habe damit schon Erfolg gehabt.

Wessinghage hat den Rat des Freundes befolgt. Obwohl er „mit solch extremen Pausen keine Erfahrungen" hat. „Aber dies ist ja auch eine extreme Situation." Und die will er meistern. Was danach kommt, ist zunächst zweitrangig. Das hänge davon ab, wie er sich im Oktober fühle: „Immer ein Schritt nach dem anderen." Doch mit einer Enttäuschung, das hatte er schon nach den verpaßten Olympischen Spielen 1984 gesagt, wolle er nicht aufhören. „Von den Olympischen Spielen 1988 allerdings würde meine Frau wohl abraten."

Gaby Bußmanns Anlauf zum Rekord

Beim Abschlußbankett im Budapester Hotel „Stadion" mußte Gaby Bußmann ihren Trainer Jochen Spielker erst einmal bremsen. *„In Berlin", so hatte der im Freuden*rausch spekuliert, „gibt's am Freitag einen Rekordversuch." Die 26jährige Läuferin aus Hamm war da vorsichtiger: „Mal langsam. Erst einmal muß ich diese Zeit stabilisieren."

Worte einer Athletin, die nach dem halb verlorenen Olympiajahr 1984 und der Verletzungspause 1985 gelernt hat, sich in Geduld zu fassen. Doch mit ihrer Sieger-Zeit im 800-Meter-Lauf beim Leichtathletik-Meeting im Budapester Nep-Stadion, der persönlichen Bestleistung von 1:58,42 Minuten, ist Gaby Bußmann schon auf Rang zwei der DLV-Rangliste angekommen, nur 1,20 Sekunden hinter Rekordhalterin Margit Klinger. Und sie gehört durchaus zu den Kanditatinnen für den Endlauf *bei der EM Wochen in Stuttgart.*

Eigentlich hatte Gaby Bußmann, die mit 49,75 Sekunden den deutschen 400-Meter-Rekord hält, schon 1985 auf die 800-Meter-Strecke umsteigen wollen. Mit einem Jahr Verspätung ist sie nun in der Spitzenklasse dieser Disziplin angekommen. Um gegen starke Läuferinnen endlich eine Saisonzeit unter zwei Minuten zu erzielen, war sie nach Budapest gefahren. Doch die Ostblock-Läuferinnen ließen ausgerechnet dieses Sportfest aus. So mußte Gaby Bußmann ihre gute Zeit allein im Kampf gegen die Uhr laufen.

Ihr stets optimistischer Trainer hatte schon beim Einlaufen zu spüren gemeint, „daß heute etwas drin ist". Und darüberhinaus eben noch *einiges für die Zukunft. Denn „59,66* Sekunden für die ersten 400 Meter und dann eine mehr als eine Sekunde schnellere Runde hintendrauf, das ist noch keine ideale Renngestaltung". Für Spielker jedenfalls Grund genug, mit einem kühlen Bier zu feiern und vom Rekord zu träumen.

Überragender Teilnehmer des Budapester Sportfests war der bulgarische Dreispringer Christo Markov. Er verbesserte den Europarekord des Sowjetrussen Mykola Mussienko um zwei Zentimeter auf 17,80 Meter.

bro

SPORT-NACHRICHTEN

Norman knapp besiegt

Toledo (GAB) – Greg Norman (Australien), der die Offenen Britischen Golf-Meisterschaften gewonnen hatte, verpaßte den Sieg der amerikanischen PGA-Meisterschaften in Toledo (Ohio) erst in der wegen Regens um einen Tag verschobenen letzten Runde mit 65+68+69+76=278 Schlägen bei par 71. Den größten Scheck über 125 000 Dollar kassiert Bob Tway (USA), der mit 72+70+64+70=276 Schlägen vor dem drei Runden lang führenden Australier gewann. Bernhard Langer war schon nach 36 Löchern mit 73+74=147 Schlägen ausgeschieden.

Nur eine Abfahrt

Las Lenas (sid) – Der Start in den Alpinen Ski-Weltcup im argentinischen Las Lenas wurde auf eine Abfahrt der Männer (Freitag) reduziert. Am Montag war der erste Lauf wegen starker Windböen zum dritten Mal abgesagt und gestern ersatzlos gestrichen worden.

Länderspiel ausverkauft

Kopenhagen (dpa) – Das Fußball-Länderspiel zwischen Dänemark und Deutschland (24. September in Kopenhagen) ist bereits ausverkauft. Das Idrotts-Stadion faßt 46 000 Zuschauer.

Schuster will bleiben

Madrid (dpa) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster hat einen vermuteten Wechsel vom FC Barcelona zu Benfica Lissabon dementiert. Schuster, der mit seinem Verein nur noch über Anwälte verkehrt, besteht auf Erfüllung seines Vertrages, der bis Juni 1988 läuft.

Ulrike Denks Absage

Zürich (sid) – Hürdensprinterin Ulrike Denk (Bestzeit 12,84) verzichtete auf einen Start bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Stuttgart. Nach einigen Verletzungen hat sie einen Trainingsrückstand von sechs bis acht Wochen. Ulrike Denk sollte einzige Starterin des DLV über 100 m Hürden sein.

Fußballer des Jahres

Berlin (sid) – Rene Müller, Torwart des 1. FC Lok Leipzig, wurde in der „DDR" zum „Fußballer des Jahres" gewählt. Er lag mit 421 Stimmen vor Andreas Thom vom Meister BFC Dynamo Berlin.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Grand-Prix-Sportfest in Budapest, **Männer,** die Sieger: 100 m: Williams (Kanada) 10,21. – 200 m: Baptiste (USA) 20,25. – 800 m: Wuyke (Venezuela) 1:44,74, 4. Ferner (Deutschland) 1:45,74. – 110 m Hürden: Stewart (USA) 13,40. – 400 m Hürden: Moses (USA) 47,76. – 3000 m Hindernis: Marsh (USA) 8:23,86. – Weit: Myricks (USA) 8,27. – Hammer: Sedych (UdSSR) 85,68. – **Frauen,** die Siegerinnen: 400 m: Blaszak (Polen) 51,06. – 1500 m: Walterowa (CSSR) 4:01,84. – 5000 m: Knisley (USA) 15:34,76. – 100 m Hürden: Donkova (Bulgarien) 12,38 (Jahresweltbestzeit). – Weit: Lewis (USA) 6,84. – Hoch: Issajewa (Bulgarien) 1,96. – Diskus: Hristova (Bulgarien) 68,90. – Speer: Whitbread (Großbritannien) 71,58.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Toronto, Herren, 1. Runde: Freeman – Anger 6:7, 6:4, 6:2, Nelson – Patrick McEnroe (alle USA) 6:4, 7:5, Ozidor (Nigeria) Wostenholme (Kanada) 7:6, 6:4. – **Damenturnier** in Manhattan Beach, 1. Runde: Bunge (Deutschland) – Thompson (Australien) 4:6, 6:3, 6:0, Kim (USA) – Pfaff (Deutschland) 6:3, 7:5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 273 764,50, 2: 62 289,80, 3: 6065,90, 4: 124,00, 5: 10,00. – **Toto,** Elferwette: 1: 20 915,80, 2: 572,30, 3: 40,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 1 378 966,90, 2: 26 033,30, 3: 8367,80, 4: 131,00, 5: 10,90. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 461,00, 2: 73,50. – Rennen B: 1: 68,40, 2: 49,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 50 778,00. (ohne Gewähr)

Die Rolle des Verlierers – und des Unbelehrbaren?

Von H. F. OERTEL

Am Samstag beginnt in der „DDR" die neue Meisterschafts-Saison im Fußball, der auch zwischen Rostock und Erzgebirge Volkssport Nummer eins ist. Trotz aller Erfolge in anderen Sportarten. Seit Jahren aber steckt der Fußball in der „DDR" in einer Misere, international gesehen ist er eher drittklassig. Ein Ärgernis für Fans und Funktionäre. Am Montag veröffentlichte das „DDR"-Blatt „Berliner Zeitung" einen ungewöhnlich scharfen Kommentar zur Situation. Autor Heinz Florian Oertel ist der Star unter den Funk- und Fernsehjournalisten der „DDR". Die WELT veröffentlicht den Kommentar (Originaltitel „Neues Spiel, neues Glück?") ungekürzt.

Das wäre zu simpel, ließe sich ein Spiel wie Fußball nach den Regeln und Erfahrungen von Skat und Schafskopf, Halma und Mensch-ärgere-dich-nicht bemessen. Das ginge so: Verflucht, diesmal habe ich Pech gehabt, miese Karten gekriegt, bin nicht mal aus dem Schneider gelangt, nun wird neu gemischt, und siehe da, vier Jungs, drei Asse, Grand, jetzt läuft das Spiel, der Sack wird zugemacht. Sieg, Sieg! Nein und beim besten Willen, wer nur an das Glück glaubt, an die jahrtausendealte Spieler-Philosophie, wonach das Glück mal jedem begegnen muß, der kann sich beim Fußball gleich begraben lassen. Somit ist klar, und es sollte zum Start der neuen Meisterschaft nochmals ausgesprochen werden: Wer auf das neue Mischen, das neue Spiel hofft und sich endlich Glück verspricht, kickt auf dem Holzweg.

Schweiß und Fleiß, auch das wurde tausendfach beschrieben, und anderes dazu bedingen das Glück zwischen den beiden Toren. Das Sammelwort für alles heißt Training. Hinter dem Vorhang wird die Vorstellung geboren. 90 Spielminuten werden zum Ausweis von zig Stunden Training. Aber an diesem Punkt scheiden sich schon wieder die Geister. Hier schwören die meisten auf Menge. Je mehr Training, desto besser. Dabei dürfte längst bewiesen sein, auch hier geht es nicht um Quantitäten, sondern um Qualität. Es wird sich zeigen, wer auf der richtigen Straße ist.

Und dann muß vor dem Anpfiff noch ein (erneuter) Satz über die sogenannte Grundhaltung verloren werden. Kommen sich die Fußballanhänger nicht veräppelt vor, wenn ihnen alte Hüte wortreich wieder als neueste Erkenntnisse und Kreationen aufgestülpt werden? Wer zwischen Alaska und Aukland-Inseln hat je daran gezweifelt, daß Fußball aus der Abwehr beginnt und im Angriff endet? Ist es nicht lächerlich, jetzt wieder vom Katheder zu dozieren, jeder kann nur das spielen, was er wirklich kann?

Wir sollten uns hüten, neben der Rolle des Verlierers bei wichtigen Konkurrenzen noch die des Unbelehrbaren zu übernehmen. Es geht um nicht weniger und nicht mehr, als längst Erkanntes und Bekanntes statt mit weiteren Wortdekorationen nun endlich mit engagierten, selbstbewußten und selbstdisziplinierten Handlungen zu beweisen. Im täglichen Training und im Wettkampf.

Wir erwarten, wir fordern mehr Qualität, national und international, wobei die Erfolgswertung haargenau umgekehrt sein muß. Das Abschneiden unserer Auswahlmannschaften in der EM-Qualifikation, bei der Olympiaausscheidung und das der Klubs im Europapokal rangiert vor allen Oberliga-Tabellenplätzen. Dazu bleibt weiteres zu erhoffen. Beispielsweise das öffentliche Trainerwort „Ich habe einen Fehler gemacht", das bei uns noch immer große Seltenheit besitzt.

Schließlich das Drumherum. Hier beschreibt ein Wort nur dürftig alle Wichtigkeiten, die wir hartnäckig vernachlässigen. Was geschieht in den Stadien vor dem Anpfiff? Wie wird für umfassende Stimmung gesorgt? Wann nähern wir uns hierbei endlich internationalem Niveau? Das sollte auch in eine Rangliste gefaßt werden: Wer bietet den zuschauerfreundlichsten Rahmen, und wo unterstützt das offenste, fairste Publikum die Gesamtqualität?

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ist der Mensch verfügbar?

„Ist der ‚neue Mensch' überhaupt zu stoppen?"; WELT vom 19. Juli

Der Artikel ist durchzogen vom Vergleich zwischen der Diskussion um die neuen Medien, den Rationalisierungspotentialen in der Finanzwirtschaft.

In diesem Fall heißt das, daß die Anwendung des Modells „Informationstechnik" auf den Menschen diesen auf das Modell eines komplexen Informationssystems reduziert. Damit wird aber Nicht-Vergleichbares in Parallele gestellt. Geht es in der Informationstechnik um die vom Menschen gestaltete Umwelt des Menschen, so geht es in der Gentechnik um den Menschen selbst. Wer hat letztendlich das Sagen und damit die Macht über die Zukunft der Menschheit und die Persönlichkeit des Einzelnen? Wer legitimiert die Macht des einen über den anderen? Hier scheinen alte Negativ-Visionen (Huxley usw.) Realität zu werden.

Damit gerät zugleich das traditionelle Theodizee-Problem (Rechtfertigung Gottes angesichts der Übel in der Welt) zum Anthropodizee-Problem. Gewiß könnte der Verweis auf den Willen Gottes („genetische Lotterie") zu dem Zweck mißbraucht werden, Menschen sich mit einem Schicksal abfinden zu lassen, das sie doch besser verändern sollten. Auf dem Weg der totalen Machbarkeit wird aber nun der Mutter, die sich für Klonierung entscheidet, im gesellschaftlichen Rahmen demjenigen, der für das Programm zuständig ist, eine Verantwortung auferlegt, die in ihren Konsequenzen überfordern muß. Der von Menschen geplante und konstruierte Mensch ist in der Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit, seiner Individualität in Frage gestellt. In beiden Fällen bedeutet das eine Enthumanisierung des Menschen.

Weiter erschreckt mich der Gedanke, der Normativität des Faktischen unabänderlich unterworfen zu sein. Kann das als Argument gelten, daß wir nicht zurückstehen dürfen, wenn der Ostblock mit der Menschenzüchtung beginnt? Muß man vor dem scheinbar zwangsläufigen Trend der Zeit (irgend jemand werde eines Tages ja doch im umstrittenen Sinn handeln) von vornherein kapitulieren?

Der ethische Standard einer Gesellschaft könnte sich vielleicht gerade im Willen zum Verzicht erweisen, zum nun nicht mehr schicksalhaft verhängten, sondern bewußt gewählten Offenhalten der Unverfügbarkeit des Menschen. Wer bürgt denn dafür, daß höhergezüchtete Intelligenz sich zugunsten positiver Werte auswirkt, wenn doch der Grundwert des Humanum solcher Art funktionalisiert ist und jegliche letztinstanzliche Bindung des Menschen, wie sie etwa der Glaube an Gott, den Schöpfer, zum Ausdruck bringt, relativiert sind? Aber das ist eben die Frage einer bestimmten Bewußtseinsbildung, der die Diktion dieses Artikels eher zuwider läuft.

Professor Dr. Hans-Jürgen Fraas,
Evangelisch-Theologische Fakultät
Universität München

Immer kassiert

„Das Land der Berge auf touristischer Talfahrt"; WELT vom 5. August

Gerade aus dem Salzkammergut zurück, kann ich die Ausführungen des Herrn Ströhm bestätigen. Ob man am Wolfgangsee eine Decke ausbreitete und sich darauf setzte, ob man durch den Wald fuhr, an der nächsten Straßenverbreiterung anhielt, um zu wandern, ob man eine für die moderne Almwirtschaft zugunsten der Besitzer gebaute Straße in ein Seitental befuhr – immer tauchte ein Einheimischer auf, der eine Karte abriß und Geld verlangte. Als noch die Hausverwalterin eine „Gemeindetaxe" kassieren wollte, habe ich rebelliert.

Mit freundlichen Grüßen
O. Bengert,
Hamburg 13

Alte Feuerwehr

„Die älteste Bürgerinitiative feiert Geburtstag"; WELT vom 9. Juni

Die Auseinandersetzung der Feuerwehr-Historiker wo und wann die erste freiwillige Feuerwehr gegründet wurde, ist seit einigen Jahren aktuell.

Allgemein ist bisher nur die Gründung mit Dorlach 1846, Meißen 1841 und Aachen 1836 bekannt, obwohl schon C. D. Magirus in seinem Buch von 1877 die Gründung einer freiwilligen Feuerwehr in Barmen (Wuppertal) mit 1745 angab.

Nunmehr ist die Geschichte der Feuerwehr Wuppertal-Barmen erforscht worden. Dabei stellte sich heraus, daß bereits 1745 in Barmen eine freiwillige Feuerwehr gegründet und bereits 1895 in Verbindung mit einem Feuerwehrtag eines Feuerwehrverbandes das 150jährige Jubiläum gefeiert wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd-Dietrich Rassek,
Wuppertal 21

Hohes Rechtsgut

„Kontakte mit Dissidenten"; WELT vom 1. August

Sehr geehrter Herr Conrad,

Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung der Opposition in demokratischen (oder scheindemokratisch organisierten) Staaten dürfen nicht unter dem Gesichtspunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten oder der Unantastbarkeit staatlicher Souveränität heruntergespielt oder gar totgeschwiegen werden – die Bewahrung oder Wiederanerkennung von Menschen- und demokratischen Rechten sind allemal das höher zu veranschlagende Rechtsgut.

Dr. Hans Georg Hess,
Wunstorf-Idensen

*

Werter Herr Conrad,

wenn die „Unbefangenheit Heiner Geißlers" positiv bewertet wird, ist doch zu bezweifeln, ob sie im vorliegenden Fall Respekt verdient. Wer in Seoul in Sachen Menschenrechte unterwegs ist, das benachbarte Pjöngjang aber ausläßt, wer in Santiago die Opposition ermutigt, aber in Havana aus gleichem Anlaß nicht zwischenlandet, wirkt unglaubwürdig.

Kurt Strupp,
Polch

„Demagogenlied"

Nationalhymnen sind historisch befrachtet. Hoffmann von Fallersleben schuf das Deutschlandlied als demokratischen Kampfgesang für die Jugend, die damals in heftigem *Kampf gegen* die Reaktion stand: das absolutistische Preußen, das Österreich Metternichs, die drei deutschen Könige und den „Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten" (Bismarck). Wer für Deutschland schwärmte, galt als strafwürdiger „Demagoge". Es war die Zeit der „Demagogenverfolgung". Das Lied wird nur richtig verstanden, wenn man es als innerdeutsches Revolutionslied begreift, fern jeder imperialistischen Tendenz.

Wilhelm Haegert,
Berlin

Wahl-Kenntnisse

„Köpfe gesucht"; WELT vom 30. Juli

Sehr geehrter Herr Schröder,

Sie müssen davon ausgehen, daß *mindestens* 70 Prozent der Leserschaft den Unterschied nicht kennt, was ein Listenplatz ist und wie er zustande kommt, was ein direktes Wahlrecht ist, was Primärwahlen sind.

Christoph A. Weidlich,
Berlin

Wort des Tages

„Viele junge Menschen ereifern sich über Anschauungen, die sie in zwanzig Jahren haben werden."

Jean-Paul Sartre, französischer Autor und Philosoph (1905–1980)

Kind und Rente

Der Anspruch auf Renten und Pensionen sollte davon abhängig sein, ob und wieviel eigene Kinder der Rentenempfänger gehabt und *aufgezogen* hat.

Mit besten Grüßen
Peter Petersen,
Lürschau

Personen

MILITÄR

An der Spitze des internationalen Verbandes der NATO-Reserveoffiziere (CIOR) steht seit dieser Woche als deren neuer Präsident der deutsche Oberst d. R. **Roland Ziegler.** Der Vereinigung, die jetzt in Athen tagte, gehören mehr als 800 000 Reservisten aus den Staaten der Nordatlantischen Allianz an. Neuer Generalsekretär *wurde* **Reinhard Bettzuege**, Vortragender Legationsrat und stellvertretender Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn.

GEBURTSTAG

Der Rechtswissenschaftler **Friedrich Wilhelm von Rauchhaupt** feiert heute in Heidelberg seinen 105. Geburtstag. Der Gelehrte ist der älteste Weltraumrechtler der Welt und dürfte auch der Senior aller Universitätsprofessoren, zumindest in Europa, sein. Im Personalverzeichnis der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg wird von Rauchhaupt noch als außerplanmäßiger Professor für ausländisches Recht und vergleichende Rechtswissenschaft geführt.



Friedrich W. von Rauchhaupt

„Nur die Augen und das Gehör dürften besser sein", meint der stets korrekt auftretende alte Herr im Habitus des Gelehrten alter Schule etwas wehmütig. „Da kann man nicht mehr arbeiten, wie man möchte." Noch als 80jähriger hatte sich der in Westpreußen geborene Völkerrechtler der Mathematik, Physik und Astronautik zugewandt und war mit zahlreichen Publikationen über Probleme des Weltraumrechts hervorgetreten. Eine nach seinen Worten „Zufallsbekanntschaft" mit dem Raketenexperten Wernher von Braun habe ihn damals angeregt, sich mit der Frage zu beschäftigen „wo die horizontale Trennungslinie zwischen Himmel und Erde zu suchen ist". Seine wissenschaftlichen Forschungen bezeichnete die *Juristische Fakultät* der *Heidelberger* Universität in einem Geburtstagsgruß als „in jeder Phase seines Lebens evident".

VERANSTALTUNG

Der Park von Schloß Kleßheim wird von tausend Fackeln beleuchtet sein, wenn morgen abend die Salzburger Festspiele ihren neuen gesellschaftlichen Höhepunkt feiern: Unter dem Motto „Carmen im Schloß Kleßheim" findet erstmals seit 56 Jahren wieder ein Festspielball statt. Österreichs Bundespräsident **Kurt Waldheim** wird ihn eröffnen, **José Carreras**, der Don José der diesjährigen Salzburger „Carmen"-Aufführung, sowie **José van Dam**, der Escamillo, singen unentgeltlich und **Beni Schmid**, 18jähriges Salzburger Violingenie und Sieger beim Concours **Yehudi Menuhin** in Paris 1985, spielt eine „Carmen"-Phantasie. Dem Motto des Balles entsprechend besteht das Büfett aus Köstlichkeiten der spanischen Küche, das Ballende ist nach einer Salzburger Jause im Schloßpavillon für fünf Uhr morgens vorgesehen. Der Reinerlös (Kartenpreis: bis zu 500 Mark) geht an die Salzburger Multiple-Sklerose-Gesellschaft zum Bau eines Wohnheimes für MS-Kranke. 1926 fand erstmals ein Festspielball statt, damals aber noch in den Sälen des Festspielhauses. Vier Jahre später, zum zehnjährigen Festspieljubiläum, wurde dann letztmals für mehr als ein halbes Jahrhundert zum Ball geladen.

EHRUNG

Der aus Rußland gebürtige Violinist **Nathan Milstein** erhält in diesem Jahr den venezianischen Preis „Ein Leben für die Musik". Der 82jährige, der unter anderem durch seine Interpretationen romantischer Violinmusik bekannt wurde und Duopartner des Pianisten **Vladimir Horowitz** war, soll die Auszeichnung im Rahmen eines Konzertes am 4. September in Venedig überreicht bekommen.



Nathan Milstein

Vor Milstein wurden mit dem 1979 geschaffenen Preis **Arthur Rubinstein, Andrés Segovia, Karl Böhm, Carlo Maria Giulini, Yehudi Menuhin** und **Mstislav Rostropowitsch** geehrt.

GESTORBEN

Einer der erfolgreichsten Brauer in Bayern, **Franz Inselkammer**, ist am Montag in Aying bei München im Alter von 83 Jahren gestorben. *Das in Aying gebraute Bier hat trotz* der übermächtigen Konkurrenz der bayerischen Großbrauereien stetig an Beliebtheit gewonnen. Neben mehreren Brauereien, die er in Oberbayern hatte, fabrizierte Inselkammer von 1965 an überdies Holz-Fertighäuser und kaufte *schließlich* die europaweit bekannte Firma „Isartaler Holzhaus". Für die Münchner gilt Franz Inselkammer seit den 50er Jahren als „Retter vom Platzl". Er hatte alle Anteile der damals maroden Volksbühne gegenüber dem Hofbräuhaus erworben und das inzwischen 80 Jahre alte Unternehmen zu neuer Blüte geführt.

Bundestag überprüft, ob NS-Opfer ausreichend entschädigt worden sind

Bonn hat bisher 74,2 Milliarden Mark gezahlt / Trotzdem weitere Forderungen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nach Zahlung von 74,2 Milliarden Mark für Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an Opfer des Nationalsozialismus wird im Spätherbst im Bundestag, auch im Hinblick auf die erreichten 91 Milliarden Mark Zahlungen im Jahr 2000, eine große Debatte zur Wiedergutmachung stattfinden.

Ausgelöst haben sie ein Antrag der Grünen zur Entschädigung für Zwangsarbeit während der NS-Zeit und ein anderer Antrag dieser Partei „zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung". Im Gegenzug zu den hier aufgestellten Forderungen haben alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. November einen Bericht über den Stand der 1956 begonnenen Wiedergutmachung zu geben, der erkennen lasse, wo es noch Härtefälle gibt und wo mögliche Gesetzeslükken Zahlungen an Berechtigte verhindern.

Kampf um Verbesserungen

Ursprünglich war die Bundesregierung nach Erlaß des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) im Jahre 1956 (zweite Fassung 1959) davon ausgegangen, daß die Entschädigungsgesetzgebung damit, abgesehen von Durchführungsvorschriften, ihren Abschluß gefunden hatte.

Die Verbände der NS-Opfer, so wird es in den Berichten des Bundesfinanzministeriums aus dieser Zeit festgehalten, vor allem die „Claims Conference", hätten zwar bis zum Schluß um eine Reihe von Verbesserungen gekämpft, hätten sich aber offensichtlich nach Ablehnung dieser weitgehenden Vorschläge mit dem Erreichten abgefunden. Wörtlich heißt es hier: „Das BEG wurde, so hatte es den Anschein, von allen Seiten als eine würdige und endgültige Gesamtregelung des Entschädigungskomplexes angesehen."

Nach jetziger Sicht wird die Wiedergutmachung, nicht zuletzt durch neuere Forderungen von Sinti und Roma, Zwangssterilisierten, Zwangsarbeitern und anderen Opfern des Nationalsozialismus etwa um die Jahrhundertwende abgeschlossen sein. Bereits im März dieses Jahres hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer darauf hingewiesen, daß nach dem Bundesentschädigungsgesetz gegenwärtig etwa 2700 ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die einer gegen die Menschenrechte verstoßenden Behandlung ausgesetzt waren, Entschädigungsrenten mit einem jährlichen Gesamtaufwand von rund 23 Millionen Mark erhalten. Damit beantwortete er die Forderung der Volksrepublik Polen, Opfern des NS-Gewaltregimes insgesamt Entschädigung zu zahlen, was laut der amtlichen Nachrichtenagentur PAP „Millionen von Polen" gewesen seien. Wie Sauer sagte, wären dies bereits Reparationsforderungen, die nach dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 bis zu einem Friedensvertrag zurückgestellt sind.

Aufgrund der Informationen, die er mit dem bestellten Bericht der Bundesregierung erhält, will der Bundestag dann über die Frage diskutieren, ob die an alle Berechtigten bisher gezahlten Leistungen noch durch weitere ergänzt werden müssen.

Härteregelung

Zu den Antragstellern gehören nach Angaben des geschäftsführenden Vorsitzenden des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, rund 2000 über 60jährige Angehörige der Stämme, die man in der NS-Zeit als Zigeuner und Landfahrer diffamiert habe und die nach ihrer erlittenen Verfolgung eine menschenwürdige Altersversorgung haben müßten.

Eine besonders große Gruppe, für die noch Entschädigungssummen gezahlt werden sollen, ist die der zwischen 1933 und 1945 Zwangssterilisierten, von denen angeblich 95 000 nicht offiziell als Wiedergutmachungsberechtigte anerkannt wurden. Auch über die Leistungen an Euthanasiegeschädigte und deren Nachkommen soll die Bundesregierung die Abgeordneten informieren. Die Bundesregierung wird außerdem gebeten mitzuteilen, welche Gruppen von Verfolgten von der Entschädigung oder von der Zahlung aus Härtefonds ausgeschlossen blieben, beispielsweise Homosexuelle.

Johannes Rau mahnt Partei zu Geschlossenheit

AP, Bonn

Knapp zwei Wochen vor dem SPD-Parteitag hat Kanzlerkandidat Johannes Rau die Sozialdemokraten zur Geschlossenheit aufgerufen. „Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, daß von Nürnberg ein Signal ausgeht", unterstrich Rau gestern in einem Brief an die 30 000 Mandats- und Funktionsträger seiner Partei. Es müsse klarwerden, daß die SPD bei der Bundestagswahl am 25. Januar antrete, „um die Mehrheit für die Mehrheit unseres Volkes zu erringen".

Nachdem Parteichef Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz überzogene Erwartungen gedämpft und 43 Prozent bereits als gutes Wahlergebnis bezeichnet hatten, gab sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende auch nicht mehr so optimistisch wie bei früheren Gelegenheiten. Wenn es die Partei schaffe, die „Block- und Lagerstrategie" der gegenwärtigen Bonner Koalition zu durchstoßen und „zu den wirklichen Themen vorzudringen", könne es ihr gelingen, „Bewegung in die politische Landschaft zu bringen".

Die „ganz große Mehrheit" der Menschen wolle „konkrete, glaubwürdige, nach vorn weisende Antworten" auf drängende Fragen wie die nach einer Energieversorgung ohne Atomstrom, der Gewährleistung einer lebenswerten Umwelt, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit, schrieb Rau.

Moskau spricht von „Reagan-Rummel"

Abrüstungsexperten schweigen / SDI sei „heilige Kuh"

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerassimow, zeigt sich auf der in Moskau anberaumten Pressekonferenz nicht geneigt, Einzelheiten über die derzeitig laufenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen, die in einem Vorort von Moskau stattfinden, preiszugeben.

Über diesen Punkt scheinen sich die internationalen Abrüstungsexperten von Ost und West zumindest einig: Konkretes dringt bisher nicht nach außen. Gerassimow stellte lediglich in Aussicht, daß vor dem geplanten Gipfeltreffen noch zwei weitere Expertengespräche stattfinden sollen: einmal über bilaterale Fragen und zwar in Washington, zum anderen sollen Fragen der regionalen Probleme wie Afghanistan, Stockholm und chemische Waffen diskutiert werden. Zum Thema „Vertraulichkeit" meinte Gerassimow im übrigen spitz: „Wir haben keine Probleme damit, doch in Washington scheint es einige 'Lecks' zu geben und die unterhöhlen das Vertrauen." Zur Frage der SDI-Pläne meinte der Sprecher, „SDI sei wohl eine heilige Kuh (sacred cow) für die USA". Und er setzte hinzu: „Kein Cowboy möchte gern eine Kuh verlieren." Gerassimow betonte jedoch, daß die UdSSR keinerlei SDI-Pläne habe. Zum Moratorium meinte der offizielle Sowjet-Sprecher: „Unsere Regierung denkt ernsthaft darüber nach." Er fügte jedoch hinzu, wenn wir jedoch den amerikanischen Stimmen lauschen, so laden diese uns geradezu wieder ein, unsere Versuche aufzunehmen."

Trotz aller Vertraulichkeit der beteiligten Fachleute, in den sowjetischen Medien reagiert man vehementer. Der „Prawda"-Kommentator sprach von einem „beispiellosen Reagan-Rummel", der die Schlüsselprobleme unberührt lasse, die mit einem Zustandekommen eines neuen Gipfeltreffens zusammenhängen." Nach den Informationen zu urteilen, die durchgesickert seien, könne man den Inhalt des Reagan-Briefes nicht als konstruktiven und entgegenkommenden Schritt werten", so die „Prawda".

Die amerikanische Seite sei nicht nur bemüht, jeglichen Einschränkungen auszuweichen, die die geplanten SDI-Arbeiten behindern würden, sondern sei auch weiterhin bestrebt, sich eine einseitige militärische Überlegenheit zu sichern. Den härtesten Ton schlug der Kommentator der „Iswetija" an: Er behauptete, der Reagan-Brief enthalte keinerlei Signal für irgendeine konstruktive politische Lösung.

State Department fürchtet nationale Sicherheitskrise

wth. Washington

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer „nationalen Sicherheitskrise", warnte gestern der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whithehead und machte dafür die radikalen Budgetkürzungen des Kongresses verantwortlich. „Die Wirkung dieser Kürzungen wird verheerende Folgen für unsere außenpolitischen Beziehungen haben. Eine pfennigfuchsende Budgetpolitik in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten wird lediglich dazu beitragen, unsere Freunde zu verwirren und unsere Gegner zu ermutigen", sagte Whitehead. Die Fähigkeit der USA, ihre Führungsrolle in der Welt beizubehalten, sei durch diese Budgetpolitik in Gefahr geraten.

Der Kongreß hat im Rahmen seines Sparprogramms Kürzungen des Etats des State Department in Höhe von 27 Prozent vorgeschlagen. Die Etatforderung des Außenministeriums beträgt 22,6 Milliarden Dollar, das sind etwa zwei Prozent des amerikanischen Gesamthaushalts.

Wenn die Etatkürzungen des Kongresses Wirklichkeit werden, müßte das Hilfsprogramm für Länder der Dritten Welt, besonders aber für die Philippinen, erheblich reduziert werden. Da der Kongreß ausdrücklich festlegte, daß die Wirtschafts- und Militärhilfen für Israel und Ägypten von diesen Einsparungen nicht betroffen sein sollen, würden die amerikanischen Hilfsleistungen für andere Länder bis zu 50 Prozent reduziert werden müssen.

Zugleich würden die amerikanischen Anti-Rauschgift-Kampagnen in Südamerika und die humanitäre Hilfe für hungerleidende Länder in Afrika von diesen Maßnahmen ernsthaft betroffen. Außerdem müßten die amerikanischen Rundfunkstationen wie „Stimme Amerikas" und „Radio Freies Europa" ihre Programme einschränken.

Whitehead kündigte ferner an, daß diese Sparmaßnahmen des Kongresses die Entlassung von mindestens 1000 hauptamtlichen Angestellten und Diplomaten des State Departments und die Schließung von zwölf amerikanischen Botschaften und Konsulaten zur Folge haben würde. Außerdem sei das Anti-Terrorismus-Programm des State Department in Gefahr, das vorsieht, amerikanische Botschaften und Konsulate gegen Terrorangriffe sicherzumachen.

Fischer lobt Hauff-Plan

Industrie: Kerntechnik weiterentwickeln, nicht aussteigen

DW. Hannover

Der SPD-Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie ist für die Grünen offenbar konsensfähig. Wenn es auch nach dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokraten bei den Vorschlägen, die SPD-Vorstandsmitglied Volker Hauff vorgestellt hatte, bleibe, „dann kann man damit arbeiten", sagte Hessens Umweltminister Joschka Fischer der „Hannoverschen Neuen Presse". Das Papier, wonach der vollständige Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft in weniger als zehn Jahren erreicht werden soll, biete „für Hessen eine gute Perspektive".

Vertreter der Koalitionsparteien sowie die Industrie nannten die SPD-Vorschläge „unseriös". Die Oppositionspartei verschweige die tatsächlichen Folgen eines raschen Ausstiegs aus der Atomtechnologie, rügte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Das Papier diene offenbar allein der Wahlkampfpropaganda.

„Wer den Ausstieg aus der Kernenergie proklamiert und gleichzeitig die Umwelt entlasten, fossile Energievorräte auf Dauer schonen und Beschäftigungsbrüche vermeiden will, verläßt den Boden der wirtschaftlichen Realität", hieß es in einer Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die SPD erweise ihrem Hauptanliegen, der Verringerung des Risikos aus der Kernenergienutzung, einen „Bärendienst". Mehr Sicherheit sei nur bei einer Weiterentwicklung dieser Technik, nicht aber bei ihrem Auslaufen zu erreichen.

Miltner gegen Gummigeschosse

AP, Saarbrücken

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Miltner, hat sich erneut gegen den Einsatz von Gummigeschossen und CS-Kampfgas in Bayern ausgesprochen. Miltner hat eine Einigung zwischen SPD- und unionsregierten Ländern beim Gebrauch von Distanzwaffen angemahnt. Der Forderung der saarländischen SPD, im Falle einer fortbestehenden Uneinigkeit die polizeiliche Amtshilfe, beispielsweise bei bundesweiten Großeinsätzen, aufzukündigen, steht er kritisch gegenüber.

Lübeck fordert Hilfe für Werften

dpa, Lübeck

Die Lübecker Bürgerschaft hat das Land Schleswig-Holstein und den Bund aufgefordert, Sofortmaßnahmen zur Sicherung der drei Seewerften der Hansestadt und der damit verbundenen Arbeitsplätze zu ergreifen. Der Plan des Werften-Koordinators Lausen, die produktiven Teile der Werften zu fusionieren, würde mehr als 1000 Arbeitsplätze vernichten und müsse deshalb verworfen werden. Es gelte, ein Programm zur Sicherung einer leistungsfähigen Werftenkapazität in Verbindung mit der Fachhochschule zu entwickeln.

SPD: Umweltrecht verschärfen

AP, Bonn

Die SPD hat ihre Absicht bekräftigt, den Umweltschutz ins Grundgesetz aufzunehmen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alfred Emmerlich kritisierte gestern das passive Verhalten von Bundesjustizminister Hans Engelhard, der die Warnungen von Wissenschaftlern ignoriert habe.

Es gelte dieser Bagatellisierung entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, daß die Strafverfolgung so intensiviert werde, daß die erforderliche Vorbeugung erreicht und das allgemeine Bewußtsein für umweltzerstörende Handlungen geschärft werde.

UN-Soldaten in Libanon verletzt

AP/dpa, Beirut

Bei einem Feuergefecht zwischen französischen UNO-Soldaten und Mitgliedern der schiitischen Amal-Miliz sind gestern zwei libanesische Freischärler, darunter der Amal-Chef der Region Maarakeh, getötet und mindestens neun Soldaten zum Teil schwer verletzt worden. Die Auseinandersetzungen waren, so ein UNO-Sprecher, die härtesten seit dem Rückzug der Israelis im Juni 1985. Israelische Luftstreitkräfte haben erneut palästinensische Ziele in Libanon angegriffen. Dabei wurden drei Männer getötet und ein Kind verletzt.

„Haufen und Haufen wunderbaren Mistes"

Guru stadtmüder Träumer

Jedes Ding hat seine Zeit und jede Kunst ihre Klientel. Nehmen wir nur mal John Seymour, den Agrosophen mit dem goldenen Händchen und dem grünen Daumen: Als alle Welt zu entdecken begann, daß das resopalene Zeitalter, unseres also, mit seinen Plastik-Dekorationen allzu unbehaglich ausgestattet sei, da war er zur Stelle und entwarf dem unbehausten Publikum flugs eine Gartenlaube, staffiert mit Grundmustern aus Fauna und Flora, die dem ungestillten Verlangen der Zeitgenossen nach Naturnähe und bergender Höhle, nach dem Geruch von Erde und Gras, nach Muh und Kuh entsprachen.

Fern vom Garten Eden (1) – NORD III um 19.50 Uhr

Der Schriftsteller John Seymour, wen überraschte dies noch, wurde ein reicher Mann. Von den siebziger Jahren an verbreiteten sich seine Bücher in der westlichen Welt rascher als seinerzeit Wasserlinse oder Kartoffelkäfer. Seymour hatte das richtige Thema erwischt, und er verstand es auch, seine Sache richtig zu verkaufen: Süffig-suggestive Titel („Das große Buch vom Leben auf dem Lande" – Ein praktisches Handbuch für Realisten und Träumer oder „Selbstversorgung aus dem Garten" – Wie man sich seinen Garten natürlich bestellt und gesunde Nahrung erntet) und Illustrationen voll altväterlichem Behagen transportierten plakativ die Botschaft: Kauf Dir ein Stück Land und bebaue es! „Immer die Natur als Ganzes sehen", heißt es da, oder stets „ein Schwein im Stall und eins in der Speisekammer" haben. Seymour rät, „zu jeder Zeit das Gesetz der Wiederkehr" zu beachten und sich eine Kuh anzuschaffen, denn die liefere dem Selbstversorger „Haufen und Haufen wunderbaren Mistes".

Den meisten Mist hat wohl der Brite Seymour selber gebaut, dahin jedenfalls geht das Fachurteil. Sein Hornvieh, etwa, braucht dreimal soviel Grünland, wie Seymour vorgibt, und mit dem geschätzten Borstenvieh (Seymour: „Säubere den Boden mit deinen Schweinen!") lassen sich allenfalls morastige Tümpel erzeugen, aber keine bestellbaren Flächen. Die Kuh stünde gar, wenn man, seinem Rat folgend, nur einmal jährlich entmistete, am Ende dieser Zeit in eineinhalb Metern Höhe über dem Freizeit-Landwirt auf Tonnen und Abertonnen „wunderbaren Mistes".

Mäkelei, all dies, zugegeben; die Leute ficht derlei nicht an. Für jene, denen Seymours Hymne an den Humus und seine Ode an den Regenwurm so sehnsuchtsvoll klingen wie das Horn von Eichendorffs Postillion, ist er zum Guru stadtmüder Träumer geworden, der ihnen die Bilder einer fast schon versunkenen Welt kraft seiner Beschwörungskunst noch einmal herbeizurufen vermag: „Vergessene Künste – Bilder vom alten Handwerk", auch so ein Seymour-Titel,


John Seymour, Alternativ-Gärtner einer NDR-Serie FOTO: TEUTOPRESS

illustriert diesen Nostalgie-Bezug. Wem die Arbeit der Bauern so fremd ist und fern wie der Sirius, das Pflügen und Säen, das Rupfen und Zupfen, das Eggen und Ernten – der denkt bei solcher Lektüre zu allerletzt an Schwielen und Schweiß.

Seymour freilich, für seinen Teil, hat sich beizeiten aus dem Staub gemacht. Seine Farm in Pembrokeshire läßt er von Adepten der Selbstversorgung bewirtschaften, dieweil er auf den Pfaden seiner eigenen frühen Manneszeit wandelt.

Damals war er auf Farmen und in Kupferminen Afrikas und Asiens zugange, während des Krieges Offizier der „African Rifles" in Burma. Jetzt hat er für das Buch und die daraus abgeleitete zwölfteilige Fernsehreihe die letzten Paradiese besichtigt: „Fern vom Garten Eden".

HORST STEIN

Die leere Tasche und das Drama damals in Berlin

Er habe sich an die Mauer gewöhnt, sagt der Kreuzberger Hauswart Müller, aber er habe sich nicht mit ihr abgefunden. Er bringt damit die ARD-Dokumentation auf eine knappe Formel. Das Gestern und das Heute wollen die Autoren des Films **25 Jahre später** (ARD, 21.30 Uhr), Manfred Dziemballa und Frank Krink, gegenüberstellen.

In oft dramatischen Bildern werden Ereignisse aus dem Jahr des Mauerbaus gezeigt, Fluchtversuche oder der Handschlag zweier Frauen über den Stacheldraht hinweg. In die Dokumentarbilder hineingeschnitten wurden Interviews mit Fluchthelfern und Polizisten, mit einem ehemaligen Mitglied der „DDR"-Grenztruppen und mit Politikern. Brandt sagt rückblickend, er habe damals gehofft, daß alliierte Truppen eingreifen würden.

Mit seinen Kontrasten gelingt es dem Film trotz einiger Längen – etwa wenn noch auf die Geschichte der S-Bahn eingegangen wird –, in Spannung zu halten. Er zeigt auch die traurige Normalität, zu der die Mauer geworden ist.

Am 13. August 1961 waren die Regierungschefs der drei Westmächte nicht erreichbar. Der damalige US-Gesandte in Berlin, Allan Lightner, der wiederholt mitgeteilt hatte, daß sich in Berlin etwas zusammenbraue, wartete vergeblich auf Reaktionen aus Washington. Die Autoren des ZDF-Zweiteilers (gestern und heute) **Die Mauer** (ZDF, 22.10 Uhr), Harald Schott und Guido Knopp, rekonstruieren die Ereignisse des Sommers 1961 und versuchen durch aktuelle Interviews Hintergründe nachzuzeichnen. Im Mittelpunkt steht, warum eine Reaktion der alliierten Westmächte so lange auf sich warten ließ.

Die Interviews werden ergänzt durch authentisches Filmmaterial und Spielszenen, die Auswirkungen auf die Menschen darstellen. Daß das Weiße Haus damals keinerlei Planung für einen solchen Notfall hatte, schildert ein Mitglied des Sonderstabs für Berlin im State Department heute so: Auf die Frage nach einem Notstandsplan wurde auf eine Aktentasche verwiesen. „Also habe ich hineingeguckt – und nichts war drin."

Ex-Verteidigungsminister Strauß, der neben Bahr, Mende und Carstens im ZDF befragt wird, verdeutlicht: „Gefühlsmäßig hätte es nahegelegen, mit Panzern den Mauerbau niederzuwalzen, aber wenn einmal geschossen wird, hat man das Ende nicht mehr unter Kontrolle."

Beachtenswert sind auch die **Gedenkstunde** (ARD/ZDF, 11 Uhr) und die Gesprächsrunde **Frieden mit der Mauer?** (ZDF, 23.10 Uhr). dpa/da

STUDIO

Erneuerungen am Sender Büderich bei Wesel können bis Sommer 1987 zu schlechterem Empfang führen. Davon können die Gebiete bis **Düsseldorf, Essen, Recklinghausen, das westliche Münsterland** sowie fast der gesamte **linke Niederrhein** bis Mönchengladbach im Süden betroffen sein. (lnw)

*

Auf der Mittelwelle 612 kHz ist ein derart starker Störsender zu hören, daß der gesamte Kanal unbrauchbar ist. Messungen haben ergeben, daß es sich um **Störsender des Irak gegen Iran** handelt. H. J.

*

Im **chinesischen Fernsehen** soll 1988 ein **deutscher Sprachkurs** gesendet werden. Die deutsche Sprache steht in China an Beliebtheit an dritter Stelle, nach Englisch und Japanisch. (dpa)

KRITIK

Hinter den Bergen

Der westliche Trend der Landwirtschaft zur Agrarfabrik macht es interessant, einen Blick in eine sowjetische Kollektiv-Landwirtschaft zu werfen. Das taten ARD-Korrespondent Peter Bauer und Kameramann Manfred Romboy in Weißrußland, im Bezirk Nieswierz, der vor dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 zur Republik Polen gehört hatte: **Kolchose Neues Leben.** Es gab Bilder vom Leben, Wohnen und Arbeiten der Bauern zu sehen, und wenn als Ertrag der Sendung nicht mehr herauskommen sollte als die sympathisch aufbereitete Volksweisheit, daß „auch hinter den Bergen Menschen wohnen", so ist sie manch einem ihren Lohn wert.

Wer indes dahinterblicken wollte, dem blieb der Blick verwehrt, wegen des Mißtrauens der Sowjets vor fremden Linsen und durch den fast sentimentalen Hang der Filmer zum nostalgischen Bild. Schwerer wiegt indes die Unzulänglichkeit der historischen Einschübe. Die Zwangskollektivierung in Filmsequenzen aus der (oder über die?) Stalinzeit genügt nicht, es hätte zumindest der Zusammenhang zwischen Kollektivierung und Industrialisierung angedeutet werden müssen: wenn Historie, dann komplett. Im übrigen waren die Felder, auf denen jetzt die tüchtigen Kolchosniki ackern, damals noch außerhalb der Sowjetunion und damit auch außerhalb der sowjetischen Kollektiv-Experimente.

Daß der Blick sich dennoch gelohnt hat, war wohl mehr ein Verdienst des Kolchosen-Chefs, der einem westlichen Manager mehr ähnelte als einem Parteifunktionär alten Stils. Die leise Hinwendung zu den kapitalistischen Leistung-Lohn-Relationen machen offenbar auch beim Menschenbild nicht halt.

VALENTIN POLCUCH

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber Kochbuch
10.00 heute
10.03 Monitor
10.50 Umschau
11.00 25 Jahre Berliner Mauer
Gedenkstunde im Reichstag
Es sprechen Bundeskanzler Helmut Kohl, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt
12.30 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
Der stumme Schrei
15.50 Tagesschau
16.00 Die pazifische Herausforderung
Chips auf die Zukunft
Von G. Pelletier und F. Pleitgen
Der pazifische Raum ist als neues wirtschaftspolitisches und technologisches Machtzentrum entstanden. Beherrschend: Japan und die USA. Zwischen beiden ist ein gigantischer Wettlauf entbrannt.
16.45 Denkste!?
Ein Herz aus Gold
In stillen, einfühlsamen Bildern zeichnet der Film die Gefühle eines zehnjährigen Mädchens
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Bombenstory
Mit Hauptkommissar Trimmel
Reporter Leitner ist einem Pharma-Multi auf der Spur. Dann fliegt sein Wagen in die Luft.
21.30 25 Jahre später
Der 13. August 1961 und die Berliner Mauer
Dokumentation von Manfred Dziemballa und Frank Krink
22.30 Tagesthemen
23.00 Leichtathletik-Sportfest
Ausschnitte aus Zürich
0.00 Einsatz in Manhattan
Ein Feuer auf Bestellung
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.03 Grisu, der kleine Drache
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Robin Hood (1)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch (A)
18.20 Robin Hood (2)
18.55 Lotto am Mittwoch (B)
19.00 heute
19.30 Rund um die Arbeit
Neue Chancen durch neue Technologien
20.15 Kennzeichen D
Themen: Umfragen zur Wiedervereinigung. Mangelhafte Kenntnisse über die „DDR". Interview mit Heinrich Albertz
21.00 Die Profis
Das Ende einer Flucht
21.45 heute-journal
22.10 Die Mauer
Zweiteilige Dokumentation
2. Entscheidung im August
Von G. Knopp und H. Schott
23.10 Frieden mit der Mauer?
Diskussion mit Valentin Falin („Novosti"), Hermann von Berg (damals Mitarbeiter von „DDR"-Ministerpräsident Stoph), Eberhard Diepgen (Berliner Bürgermeister), John Kornblum (US-Missionschef in Berlin), Egon Bahr (SPD)
Leitung: Guido Knopp
0.10 heute

III.

WEST

18.30 Familie mit Bommel
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mauer-Philosophie
Stefan Heym und Siegfried Lenz über die deutsche Teilung
20.45 Stunde der Fenster
21.45 effeff
Freizeit und Fitness
22.30 Thomas, der Schwindler
Französischer Spielfilm (1964)
Nach Jean Cocteau
Mit Emmanuelle Riva, Jean Servais
Regie: Georges Franju
Original mit Untertiteln
0.00 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Berufsallergien
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Fern vom Garten Eden (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Behinderten-Reisen
Auf Mallorca gemeinsam mit gesunden Feriengästen
21.15 Offerte
21.30 Die Schrecken des Krieges (1)
Sechsteiliger Fernsehfilm
22.25 Lucifer Rising
22.50 Scorpio Rising
Amerikanischer Spielfilm (1964)
23.20 Eaux d'Artifice
23.30 Mauer-Philosophie
Stefan Heym und Siegfried Lenz diskutieren
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

16.00 Zirkuskinder
Deutscher Spielfilm (1985)
17.30 Five by Five
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.10 Detektei Blunt
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
22.15 James Bond: Goldfinger
Englischer Spielfilm (1967)
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Hollywood
22.40 Bau der Berliner Mauer
23.00 Lese-Zeichen
23.30 Der Spanische Bürgerkrieg

SAT 1

15.00 Captain Future
Ein gefährliches Geheimnis: Die Höhle des Lebens
15.30 Lassie
16.00 Musikbox
17.00 Tarzan
Anschließend: Rund um die Welt
18.00 Es darf gelacht werden
Herkules im Teppich
Mit Jack Duffy
Anschließend: Klein Lulu
18.30 APF blick
18.45 Sport
19.45 Tati im Stoßverkehr
Franz. Filmkomödie (1971)
Mit Jacques Tati, Maria Kimberley
Regie: Jacques Tati
Mit Regenschirm, Pfeife und Hochwasserhosen stapft er durch das Inferno des technisierten Zeitalters: Monsieur Hulot.
21.30 APF blick
22.00 25 Jahre Mauer
22.30 Wunder, Mystik, Phänomene
Trance und Ekstase
In dieser Folge geht es um mystische und okkulte Verhaltensweisen der Menschen, die Bewußtseinsveränderungen hervorrufen.
23.00 Mit Tennisschläger und Kanonen
Der schlaue Herr Huan
Anschließend: APF-blick



19.00 Reisewege zur Kunst
Bodrum und das Land der Lykier
19.45 Follow me (19)
20.00 Tagesschau
20.15 Partner gesucht
21.05 Leichtathletik-Sportfest
23.00 Der große Caruso
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Mario Lanza. Regie: R. Thorpe
Enrico Caruso, in einem Armenviertel von Neapel aufgewachsen, hat eine herrliche Stimme. Beinahe jedoch verpaßt er seine große Karriere, als er sich in eine Müllerstochter verliebt.
0.45 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Mauerfahrt
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Leichtathletik-Meeting
Live aus Zürich
23.05 Berlin: Bernauer Straße 1–50
- Zugenagelte Haustüren
0.20 Nachrichten



18.15 Da-da-damals
18.35 Auto-Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
Der geheimnisvolle Ohrclip
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Sando Kid spricht Halleluja
Span.-ital. Western (1972)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Wer bin ich?
22.40 Die großen Katastrophen
23.05 Geheimauftrag für John Drake
23.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl



Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde baut im Kampf gegen illegale Insidergeschäfte ein umfassendes System internationaler Zusammenarbeit auf. Besonders wertvolle Schützenhilfe erhält sie dabei von der Schweiz. So wurde jüngst ein Fall mit Hilfe der Eidgenossen abgeschlossen. Aber auch in Frankreich und der Bundesrepublik wird Insiderwissen ausgenutzt. So wurde beim Kauf des AEG-Pakets durch Daimler-Benz ein leichter Verstoß gegen die Regeln festgestellt. (S. 11) FOTO: MANFRED VOLLMER

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Die Autoproduzenten haben sich nach Angaben aus der Industrie dazu bereit erklärt, 1986 höchstens zehn Prozent mehr Autos an die EG zu liefern.

China: Die ausländischen Vertragsnehmer des geplanten Wärmekraftwerkes in Shanghai sollen mit Inlandsprodukten bezahlt werden. Grund ist die Devisenknappheit.

Argentinien: Die erst ein Jahr alte Währung Austral wurde zum zwölften Male abgewertet. Weitere Abwertungen stehen bevor.

USA: Der einflußreiche Senator William Proxmire sagt eine galoppierende Inflation voraus. Die Notenbank werde bald „das Handtuch werfen".

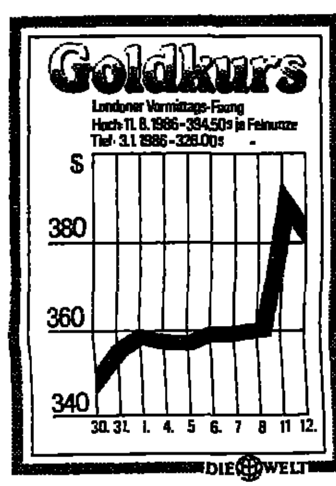
Japan: Die von dem deutlichen Kursanstieg des Yen gegenüber dem Dollar ausgelösten Insolvenzen haben mit 72 im Juli einen Höchststand erreicht.

China: Ende dieses Jahres soll ein Gesetz verabschiedet werden, das den Staatsunternehmen ermöglicht, Arbeiter zu entlassen, die gegen Vorschriften verstoßen.

FÜR DEN ANLEGER

Puma: Die Aktie des Sportartikelherstellers war gestern an der Börse der Star des Tages. Der Kurs *sprang um 105 DM auf 1040 DM.*

Weltbank: 5,5 Prozent Rendite sind für eine Anleihe über 250 Mill. sfr mit 15 Jahren Laufzeit vorgesehen.



Dollar: Durch Spekulationen über eine deutsche Diskontsatzsenkung konnte sich die US-Währung in Frankfurt auf 2,0719 (2,0564) stabilisieren. Stabilisiert zeigte sich mit 3,075 (3,037) auch das Pfund Sterling.

Börse: Die Europäische Optionsbörse plant die Eröffnung eines Finanzterminmarktes in Amsterdam im vierten Quartal 1986.

Paris: Die Börse plant, weitere acht Aktien bis Ende des Monats in den variablen Handel aufzunehmen: Crouzet, Docks de France, Gascogne, Ecco, Schneider, Hachette, Prouvost, und Europe. Bis Jahresende soll sich die Zahl dieser Aktien von heute sieben auf 50 erhöht haben.

Devisenkonten: 16 japanische Trustbanken können Devisen-Treuhandkonten für Devisen für In- und Ausländer eröffnen.

Bundesbank: Den Kreditinstituten wurden bei der neuen Ausschreibung von Wertpapierpensionsgeschäften zum Festzins von 4,35 Prozent 10,1 Mrd. DM für die Laufzeit von 28 Tagen zugeteilt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 275,05 (274,57); Chemie: 157,68 (159,03); Elektro: 321,63 (320,64); Auto: 716,07 (712,90); Maschinenbau: 155,06 (155,05); Versorgung: 165,49 (163,20); Banken: 417,49 (421,20); Warenhäuser: 167,01 (167,40); Bauwirtschaft: 501,63 (504,71); Konsumgüter: 184,12 (184,35); Versicherung: 1470,16 (1447,95); Stahl: 160,79 (157,59).

Nachbörse: Uneinheitlich.

MÄRKTE & POLITIK

Eigenheime: Im ersten Halbjahr wurden 70 309 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt. Die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen insgesamt verminderte sich dagegen von 130 000 auf 114 000.

Messe: Zum ersten Mal findet in Frankfurt eine Internationale Aktionärsmesse statt, an der vom 14. bis 16. August 24 in- und ausländische Aussteller beteiligen.

Agrar: Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände kritisiert, daß die EG-Agrarpolitik sich immer mehr gegen die Dritte Welt richte. Milliarden an Entwicklungshilfe nützen nichts, wenn die reichen Staaten ihre Landwirtschaft subventionierten und so den Entwicklungsländern die Chance nähmen, sich am Welthandel zu beteiligen.

Flugzeuge: Das Pentagon hält Teile von Zahlungen an den Flugzeugbauer Lockheed zurück. Damit soll das Unternehmen gezwungen werden, seine Sicherheitseinrichtungen zu verbessern.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	11. 8. 86	8. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	–	181,50	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	–	–	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	120,00	122,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	–	–	62,00	142,00	37,00
3,5 % S	61,00	61,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Subventionen: Im Zusammenhang mit der Unterstützung des Landes Baden-Württemberg für die Ansiedlung eines neuen Daimler-Benz-Werkes in Rastatt hat die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gefordert, entschiedene Schritte gegen „den Krebsschaden des regionalen Subventionswettlaufes" zu unternehmen.

Veba: Über eine zufriedenstellende Ertragslage berichtete der Vorstand für die erste Jahreshälfte. Der Konzernüberschuß lag mit 303 Mill. DM über dem Vorjahresergebnis von 295 Mill. DM. (S. 13)

Kölnische Versicherung: Lebensversicherungen, bei denen die Sparanteile der Beiträge in Investmentfonds angelegt werden, verzeichnen einen enormen Zuwachs. (S. 13)

JAL: Eine Gruppe von Hinterbliebenen der Opfer des Jumbo-Absturzes im August 1985 hat Klage gegen die Japan Airlines erhoben.

Maschinen: Der größte japanische Werkzeugmaschinenproduzent Mori Seiki will Zweigwerke in Paris und Stuttgart errichten. Er hat bereits eine Filiale in Düsseldorf und Werke in England und USA.

WER SAGT'S DENN?

Deutlich gestiegen ist dagegen der Goldpreis an allen Markentankstellen
Versprecher in der ZDF-Nachrichtensendung „heute"

Lenzer widerspricht Riesenhuber: Keine weiteren Mittel für Kalkar

„Der Brüter soll schnell ans Netz" / Massive Kritik der Industrie an SPD-Energiepolitik

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Gegen eine Bereitstellung weiterer Forschungsmittel für den Schnellbrutreaktor SNR 300 hat sich gestern der forschungspolitische Sprecher der CDU, Christian Lenzer, vor der Presse in Bonn ausgesprochen. Bei Vorstellung der neuen „Leitlinien der CDU zur Forschungs- und Technologiepolitik" sagte Lenzer zu Überlegungen von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU), gegebenenfalls 100 Millionen Mark zur Überbrückung von Zeitverzögerungen beim SNR 300 bereitzustellen, daß ihm solche Erwägungen gar nicht schmeckten, weil sie nur Begehrlichkeiten weckten.

Der Brüter solle schnell ans Netz gehen, weil jeder Monat Betriebsaufschub mindestens 30 Millionen Mark koste. Heftige Kritik übte Lenzer an dem vom SPD-Politiker Volker Hauff vorgelegten Szenario über einen baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Vorschlag sei verantwortungslos, denn er bedeute einen Einstieg in mehr Umweltverschmutzung, in mehr Abhängigkeit vom Öl und in eine rot-grüne Koalition. Er bedeute nicht zuletzt wegen des Verzichts auf einen wichtigen Bereich der Hochtechnologie eine Gefährdung von Arbeitsplätzen. Und im übrigen seien die vorgelegten Zahlen über die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Kernkraftausstiegs „völlig willkürlich".

In diesem Sinne äußerte sich gestern auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der die Energiepolitik der SPD als „unverantwortliches Wunschdenken" bezeichnete. Exemplarisch für die Vernebelung von Tatsachen sei die Forderung nach Abschaffung der elektrischen Nachtspeicherheizung. Denn *durch diese Maßnahme würde kein* einziges Kraftwerk überflüssig, allerdings stiegen die Preise für die übrigen Stromverbraucher. Im übrigen würden durchschnittliche Strompreiserhöhungen von rund 30 Prozent unvermeidbar, zum Teil sogar von bis zu 70 Prozent.

Nach den forschungspolitischen Leitlinien der CDU kann Forschungsförderung nur dazu dienen, die Eigeninitiative der Wirtschaft, besonders der kleinen und mittleren Unternehmen, zu stärken. Ansatzpunkte für staatliche Maßnahmen seien deshalb Stärkung des Forschungspersonals, rasche Nutzung neuer Technologien, verstärkte Forschungskooperation und Technologietransfer sowie Bereitstellung von mehr Risikokapital. In den kommenden Jahren müsse gelten: Bejahung des technischen Fortschritts, mehr Akzeptanz von Zukunftstechnologien, verstärkte Abschätzung der Technikfolgen und Verbesserung der technischen Allgemeinbildung.

Nach den Leitlinien darf bei der Erforschung neuer Energietechnologien nicht nachgelassen werden. Dabei geht es insbesondere um den umweltfreundlichen Einsatz der Kohle in Kraftwerken und die Kohleveredelung.

Die Erforschung regenerativer Energiequellen sollte wieder „realistischer" eingeschätzt werden. Staatliche Forschungsaktivität im Kernenergiebereich sei aufgrund der erzielten Erfolge nur noch in begrenztem Umfang (Sicherheitsforschung) gerechtfertigt.

Nach dem Zickzackkurs nun stetiger Aufwärtstrend

Neuer konjunktureller Schwung durch privaten Konsum

A. G. **Bonn**

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik ist weiter nach oben gerichtet. Wechselkursbedingte Einbußen im Exportgeschäft werden durch die kräftige Binnenkonjunktur mit steigender Beschäftigung und verstärktem privaten Verbrauch mehr als ausgeglichen. In diesem Sinne äußerten sich gestern übereinstimmend der Bundesverband deutscher Banken und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in ihren neuesten Konjunkturberichten.

Wie die Sparkassenorganisation meint, werde die Konjunktur im dritten Quartal wieder an Fahrt gewinnen. Damit würde gleichzeitig der Zickzackkurs des ersten Halbjahres überwunden sein und einer stetigen Aufwärtsentwicklung weichen. Der Einzelhandel spüre schon zunehmend die stärkere Konsumbereitschaft der privaten Haushalte, die aus einer besseren Beschäftigung, einer positiven Berurteilung der eigenen finanziellen Lage und einer optimistischen Erwartung zur allgemeinen konjunkturellen Entwicklung gespeist werde.

Maßgeblichen Anteil daran habe die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Auch der Bankenverband verweist auf die anziehende Inlandsnachfrage, den anhaltenden Beschäftigungsanstieg und „den Schwung durch Investitionen und Konsum". Die Inlandsnachfrage sei inzwischen kräftig genug, die Lücke zu schließen, die durch das Nachlassen des Exports entstanden war.

Die weiteren Aussichten im „gedrückten" Auslandsgeschäft sind nach Meinung beider Verbände dagegen eher gedämpft. Die D-Mark habe sich nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber den Währungen bedeutender Handelspartner kräftig verteuert. Der Sparkassenverband befürchtet eine weitere Abschwächung des Dollar, die auch den Geldwert in Europa beeinträchtige. Der Bankenverband sieht eine zusätzliche Verunsicherung der Exportwirtschaft durch die anhaltende deutsch-amerikanische Debatte über Zinsen, Wechelkurse und die „richtige" Geld- und Finanzpolitik. Die Bundesrepublik sollte in diesem Falle hart bleiben.

Bangemann gegen Länderausstieg bei Kernenergie

A. G. **Bonn**

Gegen einen Ausstieg auch einzelner Bundesländer aus der Kernenergienutzung hat sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in einem gestern bekanntgewordenen Schreiben an den Hamburger Energiesenator Jörg Kuhbier ausgesprochen. Wie Bangemann in seiner Antwort auf einen entsprechenden Vorschlag der Hansestadt Hamburg erklärte, beobachte er seit einiger Zeit „mit großer Sorge", daß sich der energiepolitische Konsens von Bund und Ländern aufzulösen beginne.

Es liege nicht im deutschen Interesse, daß der bedeutende Beitrag der Kernkraft zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik länderweise politisch bejaht oder verneint werde. Vor allem störe, daß Kuhbier nicht die Vor- und Nachteile eines Ausstiegs untersuchen wolle, sondern von dem *Ausstieg als politisch gewollt* ausgehe. Bangemann will seinen Energiebericht im September dazu nutzen, wieder zu gemeinsamer Haltung mit den Ländern zu kommen.

Norwegen will die Ölförderung erhöhen

dpa/VWD, **Oslo**

Norwegen wird seine Ölproduktion im September erhöhen. Wie aus dem Ölministerium in Oslo verlautete, wird ab Mitte September eine zusätzliche Menge von täglich 30 000 Barrel (je 159 Liter) aus dem neu erschlossenen Ula-Feld gefördert. Insgesamt produziert Norwegen derzeit 900 000 Barrel täglich. Nach Angaben der im Ula-Feld tätigen Gesellschaft BP soll die Fördermenge zum Jahresende auf 70 000 Barrel pro Tag erhöht werden.

Die norwegische Regierung hatte unmittelbar nach den Opec-Beschlüssen von Genf, die eine Verminderung der Ölproduktion für zwei Monate vorsehen, eine Reduzierung der eigenen Ölförderung abgelehnt. Sie will lediglich im Falle langfristiger Opec-Beschlüsse eine Verlangsamung des geplanten Wachstumtempos in Erwägung ziehen. *Dagegen hat Abu Dhabi angekündigt, daß* es im September die Produktion um rund 40 Prozent auf 1,1 Millionen Barrel pro Tag verringern werde.

Die Maler haben noch freie Ausbildungsplätze

A. G. **Bonn**

Im Maler- und Lackiererhandwerk sind noch Lehrstellen frei. Hierauf wies Handwerkspräsident Paul Schnitker gestern in Bonn hin. Die 33 000 Betriebe konnten auch 1985 wieder nahezu 42 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Der Lehrlingsanteil von derzeit 23 Prozent werde allerdings bald auf 15 Prozent zurückgehen. Schnitker forderte erhöhte Anstrengungen bei der Nachwuchswerbung und mehr Förderung der überbetrieblichen Ausbildung.

Trotz der Probleme am Bau stiegen die Malerumsätze 1985 nominal um 2,5 und real um 1,2 Prozent auf 12,25 Mrd. Mark. Für 1986 wird eine geringe Zunahme bei leicht sinkender Beschäftigtenzahl erwartet. Sorgen bereiten die Schwarzarbeit (aufgrund der hohen Lohnnebenkosten) und die unauskömmlichen Preise. Der Wettbewerb *sei regional* „existenzgefährdend". Der Gesetzgeber sollte die legale Arbeit nicht noch weiter durch Steuern und Sozialleistungen verteuern, forderte Schnitker.

AUF EIN WORT



„Den gemeinsamen Markt bis Ende 1992 zu einem Raum ohne Grenzen zu machen ist das erklärte Ziel der Europäischen Gemeinschaft. 320 Millionen Bürger – Verbraucher und Steuerzahler – würden dann Jahr für Jahr viele Milliarden einsparen können, die sie das unvollendete Europa heute noch kostet. Dieser große EG-Binnenmarkt ist aber nur mit einem hohen Maß an Solidarität zwischen den 12 Mitgliedsstaaten zu erreichen."

Dr. H. W. Staratzke, Vorsitzender der Arbeitgeberfraktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG.
FOTO: RICHTER

Sind die „Blauen Engel" umweltfeindlich?

A. G. **Bonn**

Der „Blaue Engel", das Gütezeichen des Bundesumweltamtes, das auf umweltfreundliche Produkte aufmerksam machen soll, ist in die Schußlinie von Handwerk und Industrie geraten. Wie Handwerkspräsident Paul Schnitker in Bonn erklärte, dürfen diesen „Blauen Engel" zum Beispiel Lacke führen, die (wenn sie nicht wie andere 40 sondern) nur bis zu 15 Prozent Lösemittel enthalten. Was aber irreführend sei: Farben oder Lacke mit nur ein bis zwei Prozent Lösemitteln dürfen den Engel nicht führen, weil diese Werkstoffgattung ohnehin als umweltfreundlich gelte. Das sei eine Irreführung des unkundigen Verbrauchers.

In diesem Sinne äußert sich auch der Geschäftsführer der Böhler Lackfabrik, Thilo Heinz Kaffenberger, in *einem Schreiben an Bundesumwelt*minister Walter Wallmann. Die umweltpolitische Zielsetzung des Umweltengels drohe ins Gegenteil verkehrt zu werden. Das Vergabeverfahren sei dringend zu überarbeiten.

Textilindustrie auf ungewissem Weg

Optimismus wegen des günstigen Grundmusters der deutschen Konjunktur

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Nach drei Jahren bescheidener, aber stetiger Aufwärtsentwicklung für die deutsche Textilindustrie hat sich in diesem Jahr bisher noch nicht deutlich gezeigt, wohin die Reise für die größte deutsche Konsumgüterbranche geht. Denn bisher, so der Spitzenverband Gesamttextil in seinem Jahresbericht, glich 1986 einem „Wechselbad" mit guten und schlechten Monaten. Per Saldo bleibt nach dem ersten Halbjahr beim Auftragseingang ein Minus von zweieinhalb Prozent verglichen mit der Vorjahreszeit. Die Produktion ist dagegen um zwei Prozent gestiegen und der Umsatz legte bisher rund ein halbes Prozent zu.

Pessimismus wird in der Branche mit rund 232 000 Beschäftigten (Jahresdurchschnitt 1985) freilich nicht zur Schau getragen: Sie stellt das „günstige Grundmuster der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik" nicht in Frage. Die Erwartungen für das ganze Jahr pendeln zwischen einem Erreichen des Vorjahresergebnisses und einer *erneuten bescheidenen Produktions*ausweitung. Untermauert wird das Vertrauen in die positive Weiterentwicklung durch die Investitionsanstrengungen der 1370 Unternehmen mit 1780 Betrieben (1985). Sie haben nämlich ihre Investitionen im vergangenen Jahr auf 1,5 nach 1,3 Milliarden Mark weiter aufgestockt. Umgerechnet auf die Beschäftigten bedeutet das 6570 Mark je Arbeitsplatz; in der Schwächephase 1980 war es ein Drittel weniger je Beschäftigten.

Auch diese Zahlen zeigen den Strukturwandel in der Branche deutlich, die sich von einer beschäftigungs- in eine kapitalintensive Industrie gewandelt hat, eine Entwicklung, die unter dem Schutz des zur Befriedigung der Industrie verlängerten Welttextilabkommens noch weitergehen wird. Denn nur damit können die deutschen Textilproduzenten im Wettbewerb mit Textilien aus Ländern mit sehr viel niedrigeren Löhnen (und oft auch Steuern) mithalten.

Die derzeitige Höherbewertung der D-Mark verändert zur Zeit die Wettbewerbslage zugunsten ausländischer *Anbieter*, erinnert der Jahresbericht. Im vergangenen Jahr war der Zuwachs wie im Vorjahr von Erfolgen auf den Auslandsmärkten getragen worden (Exportaufträge plus 8 nach 14 Prozent). Sie vor allem sorgten auch für das Umsatzplus von 5 Prozent auf 36,8 Milliarden DM. Davon wurden 25,4 Milliarden DM (plus 12 Prozent) im Ausland erzielt, das seine Textillieferungen nach Deutschland um 6 Prozent auf 33,2 Milliarden DM steigerte. Die deutsche Produktion wuchs um drei Prozent. *Das hat übrigens dafür gesorgt,* daß der Beschäftigtenabbau in der Branche mit 1,7 Prozent die niedrigste Rate seit 15 Jahren erreichte.

Vor diesem Hintergrund setzt Gesamttextil auf eine weiterhin bescheiden positive Entwicklung. Ganz energisch pocht der Verband freilich auf zügigen Subventionsabbau in der Bundesrepublik und mahnt eine Reform der Unternehmensbesteuerung an: Gewerbesteuer und die Vermögensteuer auf das Betriebsvermögen müssen fallen, fordert Gesamttextil und erinnert an die „alarmierend niedrige" Eigenkapitalausstattung in der mittelständischen Industrie.

Wenn Grüne loben ...

Bm. – Der Deckel, den die CDU auf den Topf des SPD-Energieprogramms stülpt, wird die Genossen kaum davon abbringen, auch bis zur Wahl 1987 heftig Dampf abzulassen gegen die Kernkraft und damit gegen alle Technologien, die auf *diesem Weg im Interesse künftiger* Generationen entwickelt werden sollen. Ob Kohlevergasung, Wasserstoffenergie, Natriumkreisläufe oder Siliziumchemie – die Energietechnik von morgen wird eine Hochtemperaturtechnik sein.

Nach SPD aber ohne Kernkraft. *Nach deren Vorstellung soll Kohle* auch künftig verbrannt werden, um Kohle verflüssigen zu können; werden die Ölscheichs zum Griff in unsere Taschen animiert: werden Energiereserven verplempert, von denen jedermann weiß, daß sie sehr endlich sind, und werden Energiequellen angepriesen, die die Probleme von morgen nicht lösen können.

Von welcher sachlichen Qualität das Energie-„Programm" der SPD ist, wird dem Bürger mit der Ankündigung sofort begreiflich, daß man Nachtspeicheröfen und Elektroheizungen abschaffen will. Da bleibt nur zu registrieren, daß die Energieversorgung überhaupt nicht im Vordergrund des SPD-Papieres steht, sondern der politische Wille, sich mit einem fadenscheinigen Nein zur Energietechnik von morgen Wohlwollen beim Bürger zu erkaufen.

Das Lob der Grünen zum Papier der Roten wird auch die Nachdenklichen in der SPD noch nachdenklicher machen.

Sieg der Vernunft

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht nur fröhliche Gesichter gab es am Montagabend, als EG-Kommissar Willy de Clercq in Brüssel die Mitgliedsregierungen über seine Verhandlungen zur Beilegung des „Spaghetti-Kriegs" unterrichtete. Spanien und Portugal bekommen Grund, die amerikanische Konkurrenz bei Zitrusfrüchten zu fürchten. Italien hätte es lieber gesehen, wenn das Problem der europäischen Export-Subventionen für Teigwaren ein für allemal vom Tisch gekommen wäre.

Insgesamt überwiegt jedoch auch in den südlichen EG-Ländern Erleichterung über den mühsam erzielten Agrarkompromiß. Eine weitere Eskalation des Handelsstreits hätte nicht zuletzt den Exportinteressen dieser Länder geschadet und die Dispositionen von Landwirten und Handel verunsichert.

> **Die europäische Identität ist durch den Kompromiß im „Spaghetti-Konflikt" gestärkt worden. Selbst bei den südlichen EG-Ländern herrscht Erleichterung. Denn die Vorteile für die Gemeinschaft überwiegen.**

Kein Mitgliedsstaat hätte auf sich allein gestellt ein vergleichbares Verhand*lungsergebnis* erzielen können. Die europäische Identität ist durch den Konflikt deutlich gestärkt worden.

Von geradezu vitaler Bedeutung für die Gemeinschaft ist die Zusage Washingtons, nicht länger Einwände gegen die Präferenzabkommen der EG mit den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres zu erheben. Der Grundsatzstreit über die Zulässigkeit regionaler Präferenzzonen innerhalb des Welthandelssystems hat fast 16 Jahre lang die transatlantischen Beziehungen belastet.

Während Washington die Vorzugsbehandlung für Zitrusfrüchte aus Israel oder Marokko als diskriminierend betrachtete, machte die EG geltend, diese Handelserleichterungen hätten weniger einen wirtschaftlichen als einen politischen Hintergrund. Tatsächlich versucht *die Gemeinschaft seit langem,* durch eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (einschließlich einer nicht unbeträchtlichen Finanzhilfe) auf die Region stabilsierend einzuwirken.

Für die EG steht außer Frage, daß Europa eine besondere Verantwor*tung für den Mittelmeerraum hat,* nicht nur wegen der historischen Bindungen und der geographischen Nähe, sondern auch wegen der traditionellen wirtschaftlichen Verflechtungen. Der Mittelmeer ist die geographische Zone, der gegenüber die EG den größten Handelsüberschuß aufweist. Diese Tatsache allein verpflichtet.

Erst recht ist die EG der natürliche Absatzmarkt für Erzeugnisse aus dem Mittelmeerraum, wem sonst sollen die Tunesier ihr Olivenöl oder ihre Textilien, die Zyprioten ihre Frühkartoffeln oder die Israelis ihre Obstsäfte verkaufen? Die Abschottung des europäischen Marktes für diese Einfuhren würde kaum abzusehende Folgen für die soziale und politische Ordnung in manchen dieser Länder haben.

Gerade die Aussicht auf bessere Exportbedingungen hat Spanien und Griechenland schließlich in die EG gelockt. Die neuen Mitglieder stemmen sich daher verständlicherweise gegen allzu weit gehende Konzessionen an Nichtmitgliedsländer. Schon gar nicht will ihnen einleuchten, daß die Gemeinschaft nun auch den Amerikanern zu gleichartigen Exportbedingungen verhelfen soll.

Die USA haben *der EG jetzt nicht* nur schwarz auf weiß bescheinigt, daß sie die Präferenzabkommen tolerieren wollen, sondern diese Vereinbarungen als „bedeutende Möglichkeiten" zur Förderung der ökonomischen Entwickung und der politischen Stabi*lität in der Region* begrüßt. *Die* Reagan-Administration unterstützt auch die Zugeständnisse, die die EG den Mittelmeerländern als Ausgleich für die durch die Erweiterung entstandenen Handelsnachteile gewähren will. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Die EG mußte dafür Konzessionen machen, die sich vergleichsweise harmlos ausnehmen. So erklärte sie sich bereit, aus den USA künftig jährlich etwa 100 000 Tonnen Zitrusfrüchte zu ermäßigtem Zollsatz zu beziehen. Allein aus Marokko kommen jährlich 400 000 bis *500 000 Tonnen in die EG.*

Nach dem feierlichen Gelöbnis, die gegenseitigen Retorsionsmaßnahmen zurückzunehmen, besteht Anlaß zur Hoffnung, daß es gelingt, auch die noch schwelenden Streitigkeiten auf friedliche Weise beizulegen. Gemessen am gesamten *Handelsvolumen sind diese Kon*flikte nämlich meist bedeutend. Im „Spaghetti-Krieg" ging es auf beiden um einen Handelswert von rund 30 Millionen Dollar. Der gesamte Warenaustausch mit den USA umfaßte 1985 rund 110 Milliarden Dollar.

Mit großer Freude zeigen wir die Geburt unserer Tochter und Schwester

Victoria Theresa Marie

Beaune, 7. August 1986

an.

Jeanne Marie Newman
geb. de Champs du Creuzet

Henry H. Newman

Marie Amelia

Domaine Thevenot
Aloxe Corton
21420 Savigny les Beaune

Nur ein Jahr nach dem Tode unseres lieben Vaters hat uns jetzt auch unsere liebe Mutter und Omi für immer verlassen.

Hildegard Reiff

geb. Hoffmann

* 4. Juni 1913 † 4. August 1986

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen

Hans-Peter Winter und Frau Helga geb. Reiff
Ulf Peter und Christian
Heinz Koebe und Frau Lieselotte geb. Reiff
Ullrich und Sebastian

2000 Hamburg 76, Hagenau 71

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Beisetzung im Familienkreis stattgefunden.

Rolf-Dieter Mehr

Generalkonsul der Republik Malawi

* 28. 8. 1921 † 8. 8. 1986

Der Tod erlöste ihn von langer, schwerer Krankheit und von Kummer und Sorgen, die seine letzten Lebensjahre überschatteten.

Wir gedenken seiner in Liebe und Dankbarkeit

Ingrid Mehr geb. Evers
Manfred Mehr
Gabriele Mehr
Edeltraut Evers
Hans-Georg Mehr und Familie
Liselotte Brand geb. Mehr
und Familie

Hamburg 52, Elbchaussee 211

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 19. August 1986, 11 Uhr, in der Kirche zu Nienstedten, Elbchaussee, statt. Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreise.

Anstelle zugedachter Blumen bitten wir, die Niederländische Armen-Casse, Kto.-Nr. 0508 259, Deutsche Bank Hamburg (BLZ 200 700 00), zu bedenken.

Am 8. August 1986 verstarb nach schwerer Krankheit im 65. Lebensjahr unser Mitinhaber

Honorargeneralkonsul

Rolf-Dieter Mehr

Textilingenieur

Seine Rechtschaffenheit und Menschlichkeit waren uns viele Jahre Vorbild.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Inhaber und Mitarbeiter der Firma
HANS MEHR
und der überseeischen Tochtergesellschaften

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 19. August 1986, um 11.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee.

Statt Kränzen erbitten wir eine Spende an die Niederländische Armen-Casse, Deutsche Bank, Kto.-Nr. 0508 259, BLZ 200 700 00.

STELLENGESUCHE

Creativ Co-Ordinator/Creativ Director

mit 17 Jahren Auslandserfahrung in Südostasien, Mittlerer Osten, Australien, Afrika will wieder „vor Ort" Zeichen setzen als

Werbeleiter im Ausland

Souverän in Kreation, Koordination, Etat-Überwachung. Sehr gute Erfahrungen und Erfolge in Verkaufsförderung, Print-Kampagnen und TV.

Konzeptionsstark im gesamten Instrumentarium der Werbung.

Angebote erbeten unter D 4282 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

1932

Arbeits- und Betriebspsychologe

39, Diplom 2/86 „sehr gut", Studienschwerpunkte: Planung, Durchführung und Evaluation von Personalentwicklungsmaßnahmen, Organisation und Management; handwerkl. und technische Fähigkeiten (Weitverkehrsmeister Bw), Berufserfahrungen: allgemeine und fachliche Aus- und Weiterbildung Erwachsener, Trainingspraktika;

sucht Tätigkeit im Bereich Personalwesen, Personalentwicklung, Schulung/Training oder Organisationsentwicklung.

Auskünfte gibt: Herr Wohlmann
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15, 2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-364

Bundesanstalt für Arbeit

Einstieg in Führungsteam gesucht von einsatzbereitem

Diplom-Kaufmann

32 J., unabhängig, solide umfassende Ausbildung, Prad.-Ex., Sprachen, Auslandsaufenthalte, hanseatisch weltoffen, beste Referenzen.

Ang. unt. C 4391 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Examinierte Krankenschwester

25 Jahre, sucht neues Betätigungsfeld. Selbst. Arbeiten erwünscht. Zuschr. erb. u. 4378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Freie Außendienstmitarbeiterin

f. Großküchenzubehör, Maschinen- u. Edelstahlgeschirr, sucht neuen Wirkungskreis, 45 J., langj. Berufserf., Raum Niedersachsen.

Angeb. u. V 4384 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgr. Unternehmer

33 J., Kfm., led., sucht neues Aufgabengeb. wegen mangelndem Markt in Schlesw.-Holst. Kooperation, Repräsentanz, Vertretung, Betriebsnachfolger o. ä. m. Zukunft. Biete gute div. Zeugn., ges. wirtschaftl. Verhältnisse, mitzunutzende Betriebsorga., erfolgsorient. Einsatzwille usw.

Solide Angeb. u. U 4383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Maschinenbau

39 Jahre, led., einsatzfreudig, in ungek. Stellung, jetzt über 6 Jahre als Beratungsingenieur in der Baumaschinenbranche (Erdbewegung) tätig, Technik-Verkauf, sucht neuen adäquaten Tätigkeitsbereich, bevorzugt Rhld.-*Pfalz, Hessen, NRW.*

Angeb. u. C 4281 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin

Ende 30, Französisch/Englisch, selbständiges Arbeiten gewöhnt, flexibel, belastbar, ungebunden, wünscht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. M 9798 an Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1

Kfz-Meister

28 J., ledig, DB-Erfahrung, sucht *Arbeit im englischsprachigen* Ausland od. Asien. Zuschr. erb. u. L 4288 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer

30 J., Hartwaren, engagiert, vielseitig, sucht neue Position im Raum Norddeutschland.

Ang. unt. A 4389 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64*, 4300 Essen

---

Wegen Aufgabe der eigenen Firma sucht Ingenieur, 38 J. (Fachrichtung Agrartechnik), neue

verantwortungsvolle Position in Verkaufsleitung oder Geschäftsführung

eines Mittelbetriebes.

Der erfolgreiche Aufbau einer Vertriebsorganisation in der BRD sowie die erfolgreiche Führung eines Mittelbetriebes kann nachgewiesen werden. Sicheres und gewandtes Auftreten mit Auslandserfahrungen und Flexibilität sind selbstverständlich.

Einkommenserwartung ca. DM 120 000,- p. a.

Kontaktaufnahme erb. u. R 4380 an WELT-Verl. Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

41 J., Präd.-Ex., z. Z. als Reg.-Dir. in der Finanzverw., umfangreiche Betriebsprüfungserfolge, insbesondere bei der Prüfung großer Konzerne, Vor. für Zul. als Stb. und Fachanwalt für Steuerrecht erfüllt, su. neuen Wirkungskreis, Kapital vorh., **Raum Hamburg** bevorzugt.

Zuschr. erb. unt. D 4392 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Hauswirtschafterin

Solid. Eifelmädchen, 23 J., Wirtschaftsschul-Abschluß, perfekt in Haushaltsführung, sucht neue Dauerstellung in Privathaushalt.

Zuschrift. u. Y 4233 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt, Groß- u. Außenhandelskaufmann

34 J., led., umfangr. kaufm. Kenntnisse u. Erfahrungen u. Tätigkeiten im Handel, Hoch- u. Tiefbau, Anlagenbau, auslandserfahren (Irak, Saudi-Arabien, Südamerika, Westafrika), sucht neue, langfristige Auslandstätigkeit.

Zuschr. erb. u. G 4285 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VK-Profi

35, z. Z. im Druckluft-Anlagengeschäft inkl. Export, versiert u. a. i. d. Mitarb.- u. Wiederverk.-Motivation, möchte sich in Festanstellung im Geb. HB, H, OS/MS, DO verändern. Fund. Kenntn. auch im Land- u. Seetransp.-Wesen vorhanden.

Angeb. u. Y 4387 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lediger, ungebundener

promovierter Arzt

38 Jahre, sucht neuen, interessanten und lukrativen Wirkungsbereich.

Angeb. u. S 4381 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen.*

Langjähriger leitender Angestellter

eines Unternehmens der medizin- und rehabilitationstechnischen Industrie, in ungekündigter u. ungefährdeter Stellung, sucht aus persönlichen Gründen neuen Wirkungskreis. Raum *mittl. Niedersachsen. Erfahrung* im Außendienst, Führung v. Mitarbeitern, beste Kenntnisse im Sanitäts- u. Orthopädie-Fachhandel. Alter: Mitte 40.

Zuschr. u. L 4244 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Stabsoffizier

46 Jahre, sucht ab 1. 10. 87 neue Aufgabe. Sehr gut beurteilt, Erfahrungen u. a. in Menschenführung, Personalwesen, Logistik, internation. Rüstungsmanagement. Gesucht wird interessante Tätigkeit – auch Repräsentanz o. ausgesprochene Vertrauensaufgabe – im In- oder Ausland.

Zuschr. u. L 9797 an Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Kriminalobermeister

32 J., verh., *Staatsschutzerf.*, flexibel, sucht verantwortungsvolle, fordernde Aufgabe im Sicherheits- bzw. Pers.-Objektschutzbereich. Angebote unter PLK 044767C, 3050 Wunstorf 1

Direktionssekretärin

39 J., deutsch/engl., su. nach mehrj. Auslandsaufenthalt interessante Stellung ab 1. 10. od. 1. 1. 87. Zuschr. erb. unter M 4289 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sachbearbeiterin

zuverl., flex., belastb., gel. Sped.-Kauffrau, 26 J. Berufserf. Imp./Span., su. n. Wirkungskreis – mögl. Raum Norddeutschland.

Ang. unt. B 4390 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl-Ing FH, E.-Tech.

Erf. als E.-Konstrukteur im Maschinenbau, möchte sich weiter entwickeln.

Zuschr. erb. u. F 4284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann

25 J., selbstbew. u. aufgeschl. su. mögl. selbst. Aufgabengebiet im Ausl. Gute Kenntn. in Engl., Span. sowie im Auslandsgeschäft.

Zuschr. erb. u. K 4287 an WELT-*Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

CAD – EDV – BIOLOGIE

eine ungewöhnliche Kombination?

Mein Wissen als Dipl.-Biologe (M, 31 J., Angew. Botanik, Note: sehr gut) und/oder EDV-Fachmann (CAD, SICAD, Basic, C, Fortran, CPM, Unix, BS 2000) könnte auch für Sie interessant sein.

Rufen Sie mich an:
Telefon 0 41 62 / 72 88
oder schreiben Sie unter T 4382 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Mann, 24 Jahre, sucht Stellung im Bereich

Werkschutz

Habe Zimmerer gelernt, FS Klasse 2, zeitweise im Außendienst gearbeitet. Zur Zeit Ausbilder im Bereich Objektschutz, Handwaffen, Brandschutz, Sport.

Angeb. u. X 4386 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm., Auslandskarriere

29 J., mobil, einsatz- u. kontaktfreudig, Bankausbildung, mehrjährige USA-Tätigkeit im Direktvertrieb hochwertiger Konsumgüter, sucht Auslandseinsatz (vorzugsweise USA, Fernost, Südamerika) und längerfristige Zusammenarbeit mit internationaler Firma.

Angebote unter H 4286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Der Weg zum Selbständigwerden!

Mit einer sensationellen Neuheit auf dem europäischen Markt (handwerksähnlich) bieten wir dem jungen Unternehmer eine Chance mit großen Verdienstmöglichkeiten.

Bewerbung unter F 4218 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
Für Erstinformation Tel. 0 63 01 / 3 08 96

Zur Gründung eines

Touristik-Ferien-Clubs

werden **Gründungsmitglieder** gesucht.

Erforderliches Kapital DM 5000,–.

Anfragen unter B 4280 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind eine Leasinggesellschaft mit Konditionen, die das Akquirieren von Adressen erster Wahl erlaubt.

Für den Ausbau unseres Vertriebes suchen wir noch einige

Repräsentanten mit Vertriebserfahrung

auf Provisionsbasis.

Nach 6 Monaten ist Festanstellung möglich. Bei Eignung ist an die Eröffnung einer Zweigstelle an Ihrem Wohnort gedacht.

Aussagefähige Unterlagen über Ihre bisherige Vertriebstätigkeit erbitten wir an

Mobilien Leasing GmbH · Postfach 52 02 · 4000 Düsseldorf 1

Versandhandelsgeschäft sucht

NEUE PRODUKTE

zum Vertrieb.

Angeb. u. Z 4388 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

„Ihr BONNer Büro"

Büro-Service international

Tel. 02 28 / 23 30 51, Tx. 2 283 718

Versandhandel sucht weitere Produkte

Bisher im Angebot:
Überholte Spielautomaten für Privatbedarf, Flipper, Musikboxen, Billardtische und Neuheiten.

Gesucht wird:

1. Aktuelles aller Art.
2. Sämtliche Artikel, die direkt oder indirekt in unser Vertriebsprogramm passen.
3. Ausstattungs- und Zubehörartikel für Hausbars, Hobby- und Freizeiträume

Automaten Hoffmann GmbH
Im Teelbruch 415
Gewerbegebiet, 4300 Essen-Kettwig

Achtung: Kanarische Inseln

Deutscher Unternehmer, seit Jahren auf Teneriffa lebend, sucht gut eingeführten Artikel oder auch Marktneuheit als Alleinvertreibender auf den Kanarischen Inseln. Angebote bitte an die Firma Willi Höhne, Ansbacher Str. 29, 1000 Berlin 30.

Junge Berliner Modefirma

sucht zur Produktion von Damen*blusen* u. Herrenoberhemden Schneidereibetrieb.

Bitte Ang. unt. U 4427 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Auslieferungslager bei Stuttgart frei

mit Lkw, 7 t NL, Ladebordw., Stapler, Warenannahme u. -auslieferung für Württ. Preiswert, pünktlich, schnell.

Anfrag. u. Tel. 0 71 81 / 8 29 19 erbeten.

Gutgehende Werbeagentur

in NRW sucht finanzstarken Partner. Sinn u. Zweck dieser Partnerschaft soll der Stabilisierung u. notwendigen Expansion dienen.

Kontaktaufnahme u. F 4262 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche solvente(n) Partner(in)

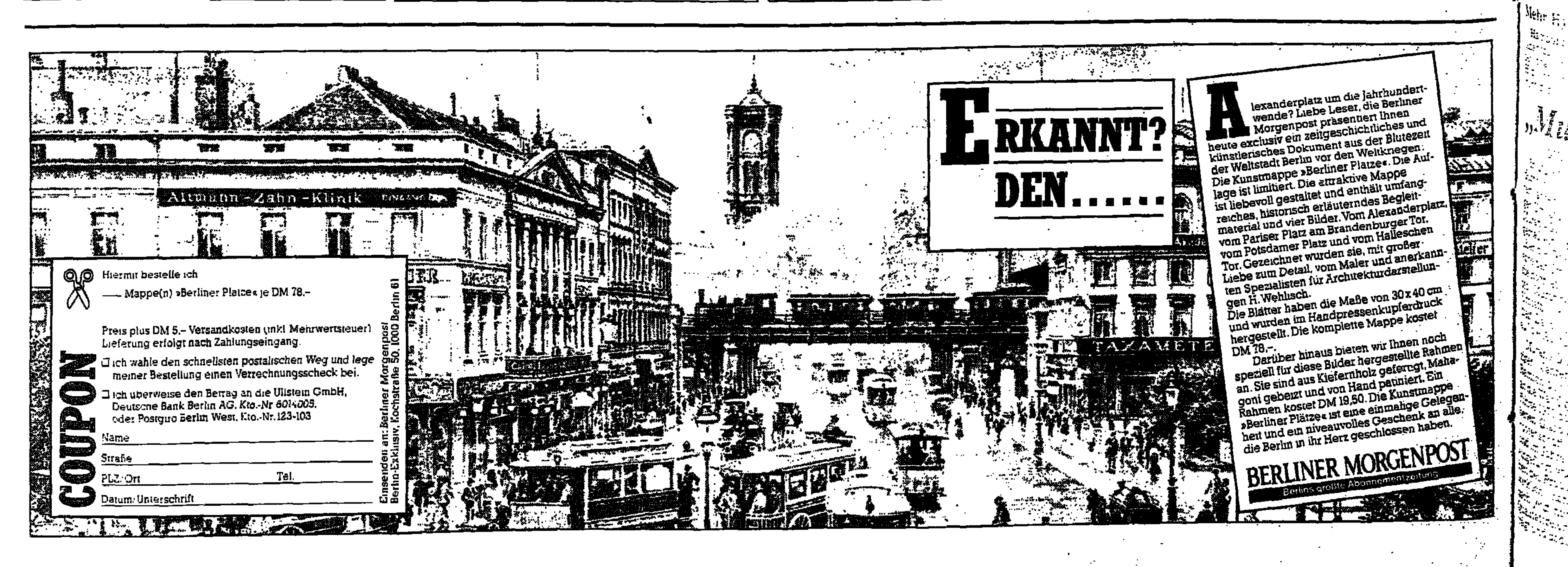
für seriöse und lukrative Geschäfte. Erforderl. Kapital ab DM 100 000,-. Verzinsung 20% p. a.

Zuschr. u. P 4379 an WELT-Verl., *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Panama-Gesellschaft

Wollen Sie eine GmbH-AG in Panama gründen?

Interessenten wenden sich unter W 4385 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Heiße Herbsttage

J. Sch. (Paris) – Die Frage, ob es in Frankreich zu einem „heißen Herbst" kommt, stellt sich in diesem Jahr bereits im Sommer. Ist doch schon jetzt – mitten im geheiligten Ferienmonat August – die kommunistische CGT als größte Gewerkschaft des Landes mit einer spektakulären „Manifestation" in Erscheinung getreten. Mehrere Stunden lang hielten etwa 500 Eisenbahner den Austerlitz-Bahnhof besetzt – Austerlitz, wo schon Napoleon in der Dreikaiserschlacht von 1805 den Sieg davontrug. Auch darf die vergleichsweise bescheidene Beteiligung nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen.

Geht es doch der CGT um nicht weniger als die Verteidigung der bislang nie angetasteten Arbeiterprivilegien. Sie sind kürzlich erstmals von der Regierung in Frage gestellt worden, und zwar zunächst einmal bei den Staatsbahnen. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die „cheminots", die streiken, aber nicht entlassen werden dürfen, besonders viele Vorteile erkämpft, welche heute keineswegs mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Aber nicht nur die CGT will eine „Demontage" der wohl erworbenen Arbeiterrechte mit allen Mitteln verhindern. Auch bei den staatlichen Automobilwerken Renault, dem anderen Symbol des sozialen Fortschritts und der Vaterlandsliebe, wo ebenfalls die Sonderstatuten revidiert werden sollen, drohen Unruhen. Deshalb könnte es in Frankreich nach den großen Ferien durchaus zu einem großen Verkehrsstreik kommen.

Gewiß, in den letzten Jahren haben die französischen Gewerkschaften – unter dem Druck der Arbeitslosigkeit – erheblich Federn lassen müssen. Sie könnten jetzt die große Chance für eine Revanche wittern.

Chinas „Politik der Öffnung"

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind geschaffen

H. Wl. Bonn

Die Volksrepublik China hat mit der Gründung mittlerer Unternehmen und dem Ausbau der Infrastruktur wichtige Schritte in Richtung auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen getan. Allein die deutschen Lieferungen in den ostasiatischen Wirtschaftsraum haben 1985 um 21,2 Prozent auf 31,6 Mrd. DM zugenommen. Dies geht aus einem Erfahrungsbericht der Bayerischen Vereinsbank hervor.

Danach ist für deutsche „China-Interessenten" die Kenntnis der ostasiatischen Mentalität genauso wichtig, wie die über administrativ-rechtliche Bedingungen und abgesicherte Finanzierungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind geschaffen: Mit dem Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) wurde bereits 1979 ein an westlichen Vorbildern orientiertes Rechtssystem aufgebaut.

Neuerungen wurden mit dem Außenwirtschaftsgesetz, dem Patentgesetz, den Regelungen für den Technologie-Transfer, dem Investitionsförderungsabkommen und nicht zuletzt den Besteuerungsvorschriften geschaffen. Danach beträgt der Körperschaftsteuersatz für Joint-venture-Unternehmen inklusive einer kommunalen Steuer 33 Prozent. Auf Antrag wird für die ersten beiden Gewinnjahre Steuerbefreiung gewährt. Technologieentgelte und Lizenzgebühren werden mit 20 Prozent besteuert. Wichtig für deutsche Unternehmen sind die erst kürzlich getroffenen bilateralen Abmachungen, hier besonders das Doppelbesteuerungsabkommen, das erst Mitte 1986 in Kraft getreten ist.

Insider-Geschäften den Kampf angesagt

USA wollen weltweit Kontrollmöglichkeiten verbessern – Schweiz leistet Schützenhilfe

ALFRED ZÄNKER, Genf

Im Kampf gegen illegale Insider-Geschäfte und Wertschriftenbetrug sucht die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde SEC ein umfassendes System internationaler Zusammenarbeit aufzubauen. Sie erhält dabei heute schon von der Schweiz wertvolle Schützenhilfe. Schweizer Banken haben in letzter Zeit ein – hier sakrosanktes – Bankgeheimnis wiederholt gelüftet, um die amerikanischen Behörden zu unterstützen.

Dieser Tage wurde ein weiterer Insiderfall mit Schweizer Hilfe erfolgreich abgeschlossen. Vier Amerikaner hatten bei der Übernahme der Elektronikfirma RCA durch General Electric im Dezember 1985 durch nichtöffentliche, vertrauliche Informationen über zwei Mill. Dollar Gewinn gemacht und auf einem Konto der „Schweizerischen Bankgesellschaft" in Genf eingezahlt. Die Gelder, die zu Beginn des Verfahrens blockiert wurden, müßten nun zurückgezahlt werden. Außerdem sind die Schuldigen zu einer Buße von weiteren zwei Mill. Dollar verurteilt worden.

Grundlage der amerikanisch-schweizerischen Zusammenarbeit war auch in diesem Fall ein seit September 1982 geltendes „Memorandum of Understanding". Nach dieser von der schweizerischen Bankiersvereinigung ausgearbeiteten Konvention können die Banken bei Insider-Mißbräuchen in USA Rechtshilfe leisten und das Bankgeheimnis aufheben – obwohl derartige Geschäfte in der Eidgenossenschaft bisher nur „verpönt", nicht aber strafbar sind und daher eigentlich durch das Bankgeheimnis gedeckt sein sollten.

Erst Mitte Mai hatte die Bank LEU in Zürich in der Affäre Dennis Levine, dem bisher größten Insider-Skandal Amerikas, den Namen des Kunden und die Unterlagen preisgegeben. Levine, Geschäftsführer eines namhaften New Yorker Brokerhauses hatte mit Hilfe einer Filiale der Bank LEU in Nassau, Bahama, bei illegalen Börsengeschäften 12,6 Mill. Dollar gewonnen.

Hier war die Zusammenarbeit aber nicht ganz freiwillig, sondern unter starkem Druck Washingtons und Androhung von Repressalien erfolgt. Auch der Generalstaatsanwalt von Bahama hatte der Aufhebung des Bankgeheimnisses auf amerikanisches Ersuchen zugestimmt. Inzwischen sind Geschäftsleitung und Verwaltungsrat der LEU-Tochter „vollständig erneuert" worden. In Nassau habe man ohne Wissen der Zürcher Zentrale gehandelt, heißt es. LEU hat allen Tochter-Gesellschaften „strikte Weisung" erteilt und strengere Inspektionen angekündigt, um neue Insider-Fälle und Reibungen mit Washington zu vermeiden.

> Wer durch sein Amt auf legalem Weg Zugang zu Informationen über das Börsengeschehen hat und dieses Wissen als Anbieter oder Käufer von Aktien nutzt, verstößt gegen die Insider-Regeln. Der Mißbrauch erstreckt sich sowohl auf mögliche eigene finanzielle Vorteile an der Börse als auch die Weitergabe von Insider-Informationen an Dritte. Solcher Mißbrauch hat vor allem im Zusammenhang mit der Klage gegen den Wall-Street-Manager Dennis Levine die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Der spektakuläre Fall hat private und gesetzliche Initiativen verstärkt, den Wertpapierhandel „sauber" zu halten.

Auch in früheren Insider-Skandalen waren die Schweizer durch massiven Druck aus USA zur Preisgabe von Informationen gezwungen worden. In einem Falle drohte ein Gericht in New York mit hohen Geldbußen, mit der Sperrung aller Vermögenswerte und einem Geschäftsverbot in USA. Die Schweizer Bank veranlaßte den Kunden daraufhin, „freiwillig" auf den Schutz des Bankgeheimnisses zu verzichten. Insgesamt haben die US-Behörden sich bisher fünfmal in Insider-Fällen an die Schweiz gewandt. In vier Fällen erhielten sie die gewünschte Auskunft.

Zürcher Bankiers schimpfen über den „amerikanischen Rechtsimperialismus". Washington maße sich „weltweite Polizeigewalt" an. Man glaubt dennoch gute Miene zum bösen Spiel machen zu müssen, denn es stehen große geschäftliche Interessen in Amerika auf dem Spiel. Im Herbst soll nun auch die provisorische Konvention durch eine Änderung im Schweizer Strafgesetzbuch abgelöst und besondere Insider-Artikel eingeführt werden. Insider-Geschäfte werden dann auch in der Schweiz strafbare Offizialdelikte. In Bankenkreisen wird diese Gesetzesnovelle oft als „Lex-Amerikana" bezeichnet.

Die Amerikaner betonen, daß Börsenmißbräuche immer mehr um sich greifen. Das Vertrauen des Anlegers in die „Ehrlichkeit" und „Fairneß" des Marktes stehe auf dem Spiele. Die New Yorker Börse wird deshalb mit modernsten Einrichtungen ausgerüstet, um alle Wertpapiergeschäfte im Lande automatisch zu überwachen. 1985 wurden in New York bereits 6000 Transaktionen untersucht und schließlich 65 Fälle an die Aufsichtsbehörde SEC weitergeleitet.

Bei zunehmender Internationalisierung der Finanzmärkte und elektronisch abgewickeltem Handel sei es notwendig, über die Grenzen hinaus zusammenzuarbeiten. SEC-Präsident John Shad hat kürzlich mitgeteilt, daß die USA Mitte September bilaterale Abkommen zur Kontrolle von Insider-Geschäften mit Japan, Großbritannien, Frankreich und anderen europäischen Ländern unterzeichnen wollen. Mit Japan ist schon ein Datenaustausch in Insider-Fällen vereinbart worden. Auch die Cayman-Islands und Bahama haben inzwischen entsprechende Rechtshilfeabkommen mit den USA abgeschlossen.

„Krankengeld" für Industrien

Britische Gewerkschaft fordert eine Investitionsbank

WILHELM FURLER, London

Der britische Gewerkschafts-Dachverband TUC (Trades Union Congress) hat kurz vor seinem Jahreskongreß am ersten September einen Plan der Labour-Partei aufgegriffen und die Einrichtung einer staatlichen Investitionsbank gefordert. Die Investitionsbank soll langfristige Finanzhilfen für kränkelnde Industriezweige bereitstellen. Dieses „Krankengeld" für die Industrie, so der TUC, soll die risikolose und kurzatmige Investitionsmethode ablösen, wie sie von den Instituten in der Londoner City traditionell gehandhabt werde. In einem entsprechenden Dokument führt der TUC aus, daß die geplante Britische Investitionsbank auf der einen Seite vom Staat und auf der anderen von Pensionsfonds und Lebensversicherungsunternehmen getragen werden soll. Die Pensionsfonds und Lebensversicherungsgruppen würden den TUC-Vorstellungen zufolge bis zu zehn Prozent ihrer jährlichen Zuflüsse aus Pensionsverträgen auf die Investitionsbank abführen. Ein gleicher Betrag würde dann von der Regierung beigesteuert.

Die Regierung würde den Pensionskassen und Lebensversicherungsunternehmen, die ihre Mittel heute in erster Linie in festverzinslichen Wertpapieren und in Aktien anlegen, eine Garantie geben, daß die Rendite ihrer Investititonsbank-Einschüsse nicht unter der für Regierungsanleihen liegt. Die Aktivitäten der neuen Investitionsbank sollen durch eine neu zu gründende Regierungsstelle, möglicherweise ein eigenes Ministerium für Wirtschafts- und Industrieplanung, koordiniert werden.

Die staatliche Investitionsbank würde nach Ansicht des Gewerkschafts-Dachverbandes die „schwerwiegenden Nachteile" ausgleichen, unter denen die britische Industrie gegenüber den meisten Wettbewerbsländern leidet, da die Banken in diesen Ländern grundsätzlich längere Fristen und großzügigere Rückzahlungskonditionen für ihre Kredite an die Industrie gewährten. Entsprechend soll die Investitionsbank britischen Unternehmen, die in notleidende Industriezweige investieren oder im Bereich neuer Technologien beginnen oder expandieren wollen, großzügige Investitionshilfen einräumen.

Darüber hinaus propagiert der Gewerkschafts-Dachverband in seinem Dokument eine neue Art von Regierungsaktien, mit deren Hilfe Staatsunternehmen die Kreditaufnahme erleichtert werden soll. Diese „Öffentlichen Unternehmens-Aktien" sollen in so kleinen Stückelungen herausgegeben werden, daß sie auch für normale Verbraucher erschwinglich wären. Vorzugspreise für Mitarbeiter von Staatsfirmen und möglicherweise auch für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sollen sie besonders attraktiv machen. Die Regierungsaktien würden allerdings keine Stimmrechte tragen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Eigenheimbau nimmt zu

Bonn (dpa/VWD) – Der Eigenheimbau entwickelt sich mehr und mehr zum Rückgrat des Wohnungsbaus. Nach Angaben von Bundesbauminister Oskar Schneider wurden im 1. Halbjahr dieses Jahres 70 309 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern neu zum Bau genehmigt. Das waren 3,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Unilever hat mehr verdient

Rotterdam/Hamburg *(dpa/VWD)* – Der britisch-niederländische Unilever-Konzern, London/Rotterdam, hat im 1. Halbjahr dieses Jahres bei rückläufigem Umsatz den Gewinn gesteigert. Wie das Unternehmen mitteilte, war der Umsatz (zu stabilen Wechselkursen von Ende 1985) mit 31,44 Mrd. Gulden (28 Mrd. DM) um 7,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Ursache waren niedrigere Verkaufspreise und die Veräußerung einer Anzahl von Unternehmen. Der Gewinn vor Steuern stieg im gleichen Zeitraum um 13,6 Prozent auf 2,02 Mrd. Gulden (1,8 Mrd. DM).

Westhyp dreht auf

Frankfurt (cd.) – Über eine knapp elfprozentige Verbesserung des erweiterten Zinssaldos auf 55,7 Mill. DM, die mit der Geschäftsausweitung in der ersten Jahreshälfte Schritt gehalten habe, berichtet die Westfälische Hypothekenbank, Dortmund. Im Hypothekengeschäft übertrafen die Neuabschlüsse von 454 Mill. DM das Vorjahresergebnis um 19 Prozent, im Kommunalgeschäft haben sich die Zusagen auf gut 1,7 Mrd. DM nahezu verdoppelt.

Mehr Hypotheken

Hamburg (tl.) – Die gesamten Darlehenszusagen der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank (DG Hyp) erhöhten sich laut Zwischenbericht gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 22 Prozent auf 2,9 Mrd. DM. Während bei den Kommunaldarlehen mit Zusagen von 1,3 Mrd. DM das umfangreiche Neugeschäft des Vergleichszeitraums nicht ganz erreicht wurde, stiegen die Hypothekendarlehenszusagen um 60 Prozent auf 1,6 Mrd. DM. Der Bruttoüberschuß der DG Hyp verminderte sich im ersten Halbjahr mit 93 Mill. DM gegenüber dem halbierten Ergebnis 1985 um 5,4 Prozent.

Hohner entläßt

Trossingen (VWD) – Die Matth. Hohner AG, Trossingen, die 1985 einen Umsatzrückgang um 15,5 Mill. auf 122,7 Mill. DM und einen kleinen Verlust hinnehmen mußte, hat Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet. Dazu zählt eine gestraffte Organisationsstruktur. 59 Mitarbeiter des Musikinstrumentenherstellers (von rund 1400) sollen entlassen werden. Vorstandsmitglied Wolfgang Dannemann (Produktion), der erst 1985 für eine befristete Zeit bestellt wurde, scheidet vorzeitig aus. Vorstandsmitglied Matthias Hohner (Forschungs und Entwicklung) habe den Wunsch geäußert, aus dem Vorstand auszuscheiden, hieß es in einer Mitteilung.

Expansive Pfalzhypo

Frankfurt (cd.) – Die zum Konzern der Dresdner Bank gehörende Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen, hat ihre Hypothekenzusagen im ersten Halbjahr um 40 Prozent auf 581 Mill. DM gesteigert. Dagegen war das Volumen der Neuabschlüsse im Kommunalgeschäft mit 468 Mill. DM um 20 Prozent niedriger, was die Bank mit unbefriedigenden Konditionen als Folge des scharfen Wettbewerbs erklärt. Der Zinsüberschuß erhöhte sich um 4,4 auf 50,1 Mill. DM, der erweiterte Zinsüberschuß verbesserte sich wegen eines niedrigeren Einmalergebnisses nur um 3,2 Mill. DM.

IWF: Geringe Löhne bringen mehr Arbeit

AP, Washington

Als ein Rezept zur Senkung der Arbeitslosigkeit hat der Internationale Währungsfond (IWF) den Ländern der Europäischen Gemeinschaft empfohlen, sich ein Beispiel an den USA zu nehmen, und die Löhne nur geringfügig steigen zu lassen. In einer Untersuchung zur Arbeitslosigkeit halten die Experten eine wirksame Bekämpfung des Problems bis zum Jahr 1990 für möglich, wenn Lohnkosten eingespart und die Mittel für die Einführung neuer Arbeitsplätze eingesetzt würden.

In Europa seien die Löhne in den letzten zehn bis 15 Jahren schneller gestiegen als die Inflation. Die Arbeitslosenquote kletterte von drei Prozent 1973 auf 11,2 Prozent im letzten Jahr. In den USA hingegen, wo die Reallöhne in den siebziger Jahren sanken und seit 1980 nur geringfügig anstiegen, ging die Quote auf 6,9 Prozent im letzten Monat zurück.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: INSTRAT Ingenieur-, Straßen- und Tiefbau GmbH; Nachl. d. Hans-Joachim Lamprecht; **Duisburg:** Interfashion Modevertrieb GmbH; **Freiburg:** Alternativ Bau Ges. m.b.H.; **Fürth:** Dieter Adam, Kaufmann, Rimbach; **Ingolstadt:** Nachl. d. Johann Brehm, Maurermeister; **Kleve:** „mekka" Heimtierbedarf GmbH & Co. KG, Emmerich; „Mekka" Heimtierbedarf Verwaltungsges. mbH, Emmerich; **Lörrach:** ESKA Sportartikel Vertriebs GmbH; **Meldorf:** Peter Mathiszyk Bedachungs GmbH; **Nürnberg:** Nachl. d. Otto Singer, Schwabach; **St. Wendel:** Carl Auer GmbH; **Vechta:** Nachl. d. Rolf Jäger, Viehkaufmann; Günter Link Bauunternehmen GmbH, Dinklage; **Wetzlar:** HBG Edelstahl-Handelsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamm: FRÖMAG, Fröndenberger Maschinen- u. Apparatebau GmbH, Fröndenberg; **Herford:** Ledermanufaktur das B. GmbH; Stüker GmbH.

Vergleich beantragt: Köln: Hans-Peter Fischenich, Kaufmann; Horst Janke.

„Murano", ein Glas aus vollem Mund

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien, wo das Kunsthandwerk durch modernes Design in den letzten Jahren auch im Export ein wichtiger Umsatzfaktor geworden ist, stellt Murano-Glas aus Venedig traditionsgemäß eine kleine aber dennoch weit über die Grenzen bekannte Marktnische dar. Im vergangenen Jahr haben die noch etwa 50 Glashütten, die echtes Murano-Glas herstellen, einen Umsatz von rund 100 Mrd. Lire erzielt. Davon entfielen etwa 55 Prozent auf die Ausfuhr.

Murano-Glas riskierte in den siebziger Jahren, von dem billigen Ramsch aus Taiwan und Hongkong an die Wand gedrückt zu werden. Das führte 1975 dazu, daß sich die verbliebenen Glasbläser zu einer Schutzgenossenschaft zusammenschlossen und im Jahre 1981 ein Markenzeichen eingeführt wurde, mit dem die Echtheit des Produkts garantiert wird. Als wirklich „handgemacht" kann demnach jetzt nur noch gelten, was das Qualitätszeichen „Vetri Murano" trägt und dadurch als Produkt ausgewiesen wird, das mit der menschlichen Lunge und nicht mit einem Luftkompressor geblasen ist.

In der Glasindustrie von Murano sind heute noch etwa 2000 Personen beschäftigt, die in diesem Jahr erstmals seit langem nicht mehr kurzarbeiten. Im Jahre 1979 waren es noch 3000 Beschäftigte gewesen, die sich von der leichteren Arbeit auf dem Festland angezogen fühlten. Auf dem Festland, in Sichtweite der Insel Murano, ist inzwischen das Gros der venezianischen Glasindustrie angesiedelt. Zum Teil handelt es sich dabei um Glasbläser, die auch jetzt noch nach den jahrhundertealten Herstellungsmethoden arbeiten. Die übrigen haben sich von der alten Tradition ausgehend in neue Bereiche hineindiversifiziert, in denen das Industrieglas vorherrscht.

Zu neuer Exportblüte reifte Murano-Glas in den siebziger und am Anfang der achtziger Jahre vor allem durch die starke Nachfrage aus den arabischen Ländern. Wie schon zu Zeiten der Hochblüte der Serenissima, während der Renaissance und des Barocks, als die Moscheen des Osmanenreichs mit Glaslüstern aus Venedig ausgestattet wurden, verhalf auch die Bauwut der Ölscheichs Murano-Glas zu neuem Erfolg im Orient. Inzwischen ist dort fast wieder die Normalität eingekehrt. Dafür haben die Amerikaner und Europäer das hauchdünne mundgeblasene Glas „entdeckt", das hier jetzt vor allem moderne Hotel- und Kongreßbauten ziert.

Die in der Glasbläsergenossenschaft zusammengeschlossenen Hersteller genießen heute die besondere Unterstützung aller Wirtschaftsverbände von Venedig, die die Bedeutung dieses Produktionszweigs für das Image der Lagunenstadt voll erkannt haben. Zu den Maßnahmen, die auf genossenschaftlicher Ebene zur Kostensenkung ergriffen wurden und werden, gehören dabei unter anderem der zentrale Rohstoffeinkauf und die kooperative Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen mit Blick auf den Export.

Puma über 1000

Standardaktien im Verlauf schwächer nach Glattstellungen

DW. – Die vorbörslich genannten weit über den Vortagsnotierungen liegenden Kurse vieler Standardaktien wurden im Verlaufe des Tages durch Gewinnmitnahmen der Kulisse etwas gedrückt. Das Volumen der aus dem Ausland kommenden Kaufaufträge reichte aus, um das Material reibungslos unterzubringen. In einzelnen Papieren gab es sogar noch weitere Kurssteigerungen. So überschritten Puma-Aktien erstmals die Marke von 1000 DM. Autoaktien blieben unter dem Eindruck der günstigen Produktionsziffern gut behauptet.

Gehäuft waren die Glattstellungen bei den Titeln der Großchemie, die in den letzten Tagen rund 10 Prozent gestiegen waren. Kursdrückende Verkäufe gab es ebenfalls bei den Bankaktien, die immer noch unter Tauschoperationen litten, die inländische Anleger zugunsten einiger als zurückgeblieben geltende Aktien vornehmen. Davon profitierten zeitweise erneut Feldmühle-Nobel. Siemens sackte während der Börsenzeit um 20 DM durch und *schloß damit* in der Nähe des Vortagsstandes. Belebt hat sich das Interesse für Stahlaktien, deren Kurse sich *ebenfalls in jüngster Zeit um rund* 10 Prozent gebessert hatten. Im Bereich der Maschinenbauwerte waren die Käufe nach wie vor *stark selektiv*.

Frankfurt: Zur Kasse und zum Schlußkurs notierte Puma 1040 DM und war damit Star des Tages. Gut behauptet auch Flachglas und Hutschenreuther mit jeweils plus 20 DM. Salamander legten um 14 DM zu.

Düsseldorf: Gewinner waren Balcke-Dürr und Keramag mit jeweils plus 10 DM. Hindrichs-Auffermann plus 8 DM, Hoffmann's Stärke und Sinn plus 5 DM. Rhenag mußten 5 DM abgeben.

Hamburg: HEW wurden um 2 DM höher gehandelt. Hapag Lloyd verbesserten sich um 1,70 DM. *Phoenix Gummi gaben um 0,60* DM und Reichelt um 2 DM nach. Im Brauerei-Sektor gingen Holsten mit 328 DM (plus 8 DM) und *Bavaria mit 198 DM (plus 2 DM)* aus dem Markt.

Berlin: Berliner Elektro (574 DM) lagen um 9 DM. Berliner Kindl *(155 DM) und* Herlitz Stämme (170 DM) um je 3 DM und Orenstein (158 DM) um 2,50 DM fester. Springer hingegen verloren 22 DM. Auch Kempinski schwächte sich um 10 DM auf 610 DM ab.

München: Einen großen Sprung machten Neue Baumwolle Hof mit 40 DM auf 400 DM. Gefragt waren auch Hutschenreuther und *Electro* 2000 mit einem Plus von jeweils 20 DM und Sixt und Süd Chemie mit jeweils 10 DM.

Stuttgart: Porsche lagen um 19 DM besser. Auch WCM gewannen 19 DM. Traub verloren 5,50 DM *und Müller-Weingarten* 10 DM. Aesculap legten 5 DM zu. Zeiss wurden 20,50 DM höher mit 493 DM bezahlt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 275,05 (274,57)
WELT-Umsatzindex: 5925 (7220)
Advance-declinie-Zahl: 92 (139)
38-Tage-Linie: 259,69 (259,84)
200-Tage-Linie: 273,10 (272,91)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Toronto

Zürich

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Aus weniger Umsatz mehr Gewinn gemacht

Veba-Konzern kommt mit dem Verfall von Ölpreis und Dollarkurs noch gut zurecht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Voll im Einklang mit der vor einem Monat auf der Hauptversammlung gebotenen Vorstandsprognose, daß der Jahresüberschuß des ersten Halbjahres 1986 „mindestens“ das hohe Vorjahresniveau erreichen werde, präsentiert die Veba AG, Düsseldorf, nun ihren zweiten Quartalsbericht.

Bei „insgesamt zufriedenstellender“ Entwicklung der Absatzmengen sackte zwar unter dem Doppeldruck von Ölpreis-/Dollarkurs-Verfall der Konzern-Außenumsatz von 20,58 Mrd. DM im ersten Halbjahr um 16,2 Prozent unter das Vorjahresniveau ab. Aber der Gewinn besserte sich vor Steuern auf 778 (757) Mill. DM und nach der auf bisheriger Dividendenbasis berechneten Steuerlast sowie nach Abzug der kleinen Gewinnanteile Konzernfremder immerhin noch auf 303 (295) Mill. DM.

Das dürfen die *512 000* Eigentümer von 1,98 Mrd. DM Aktienkapital dieser in der Aktionärszahl größten deutschen Publikumsgesellschaft als Teilbestätigung der jüngsten HV-Prognose des Vorstands werten, daß bei Fortdauer der gesamtwirtschaftlich positiven Entwicklung auch 1986 würdig an das hervorragende Jahr 1985 (mit Dividendenerhöhung von 9 auf 10 DM) anschließen werde.

Ob's am Ende so stimmt, bleibt natürlich offen. Trotz insgesamt noch leicht verbessertem Halbjahresgewinn zeigt nun das zweite gegenüber dem ersten Quartal 1986 auch im auf 137 (166) Mill. DM reduzierten Konzern-Jahresüberschuß Abwärtstendenz. Der neue Quartalsbericht sagt nichts dazu, ob dieser Abwärtstrend weitergeht.

In der ersten Jahreshälfte war das Quartett der Veba-Konzernbereiche wie folgt am Außenumsatzminus beteiligt: Elektrizitätswirtschaft mit minus 2,6 Prozent auf 5,17 Mrd. DM, Mineralöl/Petrochemie mit minus 28,2 Prozent auf 5,30 Mrd. DM, Chemie (Hüls) mit minus 12,7 Prozent auf 2,54 Mrd. DM, der Dienstleistungsbereich (hauptsächlich Handel) mit minus 15,8 Prozent auf 7,22 Mrd. DM.

Minusraten zeigt auch die seit Ende 1985 um 0,6 Prozent auf 68 291 verminderte Zahl der Konzernbeschäftigten, herausragend dabei der Mineralölbereich mit einem Minus von 3,1 Prozent auf 6127 Mitarbeiter, während die Zahl der im Handel Beschäftigten noch um 2,3 Prozent auf 14 658 wuchs.

Minusraten auch bei den Sachinvestitionen, die im Konzern-Halbjahr nun auf 991 (1465) Mill. DM sanken, darunter wegen Drosselung der Ölexploration nur noch 67 (262) Mill. DM im Ölbereich und nach Fertigstellung des („vorerst letzten“) Veba-Kernkraftwerks Brokdorf nur noch 753 (1026) Mill. DM in der Elektrizitätswirtschaft.

Die einzige (bescheidene) Investitionssteigerung zeigt der Hüls-Chemiebereich mit 80 (76) Mill. DM. Hier wie in den Bereichen Elektrizitätswirtschaft und Handel/Verkehr meldet die Konzernholding für das erste Halbjahr 1986 „wiederum gute Ergebnisse“. Der (unter den Veba-Produktionsbereichen umsatzstärkste) Mineralölsektor sei trotz erheblicher Bestandsabwertungen noch auf eine ausgeglichene Rechnung gekommen. Ob da aus wohl fortdauernder Ölpreisschwäche nun noch ein Verlustloch aufreißt, sagt der Quartalsbericht nicht.

„Für alle Risiken vorsorgen“

Hohe Handelsgewinne der Landesbank Rheinland-Pfalz

cd. Frankfurt

Mit der Entwicklung in der Bank und in der Gruppe zufrieden und zuversichtlich, am Jahresende ein wirklich befriedigendes Betriebsergebnis vorlegen zu können, äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Rheinland-Pfalz, Paul Wieandt. Die Bank werde dann in der Lage sein, nicht nur für alle erkennbaren Risiken vorzusorgen, sondern auch ihre inneren Strukturen zu stärken.

Seine Aussage gründet der Chef der durch die DAL-Affäre angeschlagenen Landesbank auf die 22,5prozentige Steigerung des ordentlichen Betriebsergebnisses auf 127 Mill. DM in der ersten Jahreshälfte, zu dem nicht zuletzt die Handelsergebnisse beigetragen haben, die im Wertpapiergeschäft höher waren als im gesamten Vorjahr. Beim Teilbetriebsergebnis (ohne Eigenhandel) schneidet die Bank besser ab als vor einem Jahr (107 Mill. DM), und auch der Zinsüberschuß übertrifft mit 150 Mill. DM bei leicht erhöhter Zinsspanne den vergleichbaren Vorjahreswert, worin sich auch die Steigerung der Bilanzsumme widerspiegelt, die allerdings im Stichtagsvergleich nur geringfügig um 0,7 Prozent auf 30,8 Mrd. DM zugenommen hat.

Angesichts der starken Eigenfinanzierungskraft der privaten Wirtschaft, des leicht gesunkenen Kommunalkredit- und Immobilienfinanzierungsgeschäfts und gehaltenen Außenhandels-Finanzierungsvolumens betrachtet es die Mainzer Landesbank als Erfolg, daß sie ihr Kreditvolumen im ersten Halbjahr von 22,3 auf 22,5 Mrd. DM erhöhen konnte. Zuwächse verzeichnete die Bank im Kreditgeschäft mit Sparkassen, eine Stagnation in der Refinanzierung von Leasinggeschäften.

Der Wertpapierbestand wurde um 9,6 Prozent auf 2,5 Mrd. DM aufgestockt. Ihre Refinanzierungsmittel besorgte sich die Bank unverändert zum überwiegenden Teil über die Plazierung eigener Emissionen (brutto 3 Mrd. DM) bei Banken und Versicherungen. Durch den Einsatz neuer Instrumente wurde die Refinanzierung weiter diversifiziert. Zufrieden äußert sich auch die LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz.

Digital klar über dem Durchschnitt

Wb. München

Die Digital Equipment Corporation (DEC), Maynard (Massachusetts/USA) hat im Geschäftsjahr 1985/86 (28.6.) deutlich besser abgeschnitten als der Durchschnitt der Computer-*Industrie. Der Spezialist für Hochlei*stungs-Arbeitsplatzcomputer und Datenverarbeitungsnetze hat seinen Umsatz um 14 Prozent auf 7,59 (6,69) Mrd. Dollar gesteigert, den Gewinn nach Steuern um 38 Prozent auf 617 (447) Mill. Dollar.

Damit kam das 90 000-Mitarbeiter-Unternehmen wieder in die Nähe des Ergebnisses von 1982 (672 Mill. Dollar). Auch die Umsatzrendite von 8,1 (6,7) Prozent näherte sich wieder dem 12-Jahres-Durchschnitt von 9 Prozent, der in den beiden letzten Geschäftsjahren stärker unterschritten wurde.

Die deutsche Tochter Digital Equipment GmbH, München, wuchs ebenfalls stärker als die Branche und überschritt nach 913 Mill. DM im vergangenen Jahr 1985/86 erstmals die Milliardenmarke im Umsatz. DEC ist in Deutschland nicht nur mit einer Vertriebstochter, sondern auch mit eigener Produktion vertreten. Im vergangenen Jahr wuchs die Belegschaft um 600 Mitarbeiter auf gut 3000 Personen. Mit der jetzt erreichten Größenordnung ist das Unternehmen auch in neue Pflichten hineingewachsen: Zur Jahresmitte nahm ein neuer paritätisch besetzter Aufsichtsrat seine Arbeit auf.

Firmen ordern mehr Kredite

OLB sieht Aufwärtstrend im Verarbeitenden Gewerbe

dos, Oldenburg

Positive Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr 1986 konstatiert die Oldenburgische Landesbank (OLB) durch die günstigere wirtschaftliche Entwicklung, die inzwischen auch das Weser-Ems-Gebiet erreicht hat. Nach Angaben des Instituts überschritt das Geschäftsvolumen erstmals die 5-Mrd.-DM-Grenze; die Bilanzsumme stieg um 36 Mill. DM auf 4,85 Mrd. DM.

Getragen wurde das Wachstum vom Kreditgeschäft, das insgesamt um 88 Mill. DM auf 3,42 Mrd. DM zunahm. Die Forderungen an Kunden stiegen um knapp vier Prozent auf 3,1 Mrd. DM. Die wesentliche Ursache dafür lag in der stärkeren Kreditinanspruchnahme der Firmenkundschaft mit Schwerpunkt im kurz- und mittelfristigen Bereich.

Die Privatkunden dagegen bevorzugten verstärkt langfristige Kredite. Insgesamt stiegen die langfristigen Kundenforderungen der OLB um fünf Prozent oder 66 Mill. DM und die kurz- und mittelfristigen Kredite um 2,8 Prozent oder 46 Mill. DM. Die Kundeneinlagen blieben im Berichtszeitraum mit 3,14 Mrd. DM nahezu unverändert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 7,1 Prozent auf 810 Mill. DM.

Zufrieden zeigt sich der Vorstand mit der Ertragsentwicklung. Der Zinsüberschuß stieg um 1 Mill. DM auf 99,4 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um 1,5 Mill. DM auf 18,9 Mill. DM. Nach Personal- und Sachaufwendungen sowie Sachabschreibungen von 84,8 (81,9) Mill. DM errechnet sich ein Teil-Betriebsergebnis von 33,5 (33,9) Mill. DM. Auch für das *Gesamtjahr 1986 könne mit einem* wieder befriedigenden Ergebnis gerechnet werden.

Differenziert beurteilt die Bank die Wirtschaft in der Region. Während im Schiffbau und in der Schiffahrt die Sorgen eher noch zunehmen, sei der negative Trend in der Bauwirtschaft beendet. Auch das verarbeitende Gewerbe zeige deutliche Aufwärtstendenzen.

Schüco: Renovierung wird immer wichtiger

hdt. Bielefeld

Trotz der über das ganze Jahr anhaltenden Flaute im Bausektor konnte die Schüco Heinz Schürmann GmbH & Co., Bielefeld, ihren Umsatz 1985 um 9,2 Prozent auf 574,0 (525,8) Mill. DM steigern, den Umsatz der französischen Tochtergesellschaft eingeschlossen. Wie in den Vorjahren konnte der Hersteller von Fenster-, Türen- und Fassadensystemen wiederum besondere Erfolge im Export aufweisen, hier erhöhte sich der Umsatz um mehr als 20 Prozent.

Im Inland gewann das Marktsegment Renovierung und Sanierung an Bedeutung, hierfür steht ein breites Sortiment von Fenstern und Türen men aus Aluminium und Kunststoff zur Verfügung. An Bedeutung gewannen auch die Bereiche Brandschutz, Schallschutz und Sicherheit sowie die Glasanbauten.

Das zur Otto-Fuchs-Gruppe, Meinerzhagen, gehörende Unternehmen, das im Jahresdurchschnitt 1295 Mitarbeiter beschäftigte, erwartet auch für 1986 eine zufriedenstellende Umsatzentwicklung.

Fonds-Versicherung gewinnt neue Freunde

Kölnische festigt die Bestände – Überschußbeteiligung erhöht – Erfolgreiche Sachtochter

HARALD POSNY, Köln

Einen Boom ganz besonderer Art verzeichnet seit 1984 der kleine Spezialversicherer der Kölnischen Versicherungsgruppe, die Veritas Lebensversicherung AG, Köln. Im letzten Jahr wurden sowohl Kurs- als auch Bestandszuwächse dieser nur die fondsgebundene Lebensversicherung vertreibenden Gesellschaft bei weitem übertroffen. Das Neugeschäft nahm um 54 Prozent auf 107 Mill. DM zu, der Bestand erhöhte sich auf 311 (230) Mill. DM.

Die Kurssteigerung im Deckungskapital der Verifonds-Anteile betrug 57,9 Prozent auf 189,60 DM. Ende 1985 ablaufende Verträge erreichten nach 12- bis 14jähriger Laufzeit Erlebensfalleistungen, die fast das Doppelte der Mindest-Todesfalleistung ausmachten.

Vorstandsvorsitzender Leopold Schieble hegt auch in die weitere Entwicklung der Veritas angesichts der Dynamik der Anlage in Wertpapieren große Erwartungen in die nur von einer Handvoll Gesellschaften betriebenen fondsgebundenen Versicherung. Hier werden die in den Beiträgen der Versicherten enthaltenen Sparbeiträge in Anteilen der von der Dresdner Bank Investment Management Kapitalanlage GmbH aufgelegten dbi-Verifonds angelegt.

Die Fondsanteile werden nach dem Erwerb zunächst dem Betriebsstock der Gesellschaft zugeführt und nach monatlicher Umwandlung der Sparbeiträge in Fondsanteile in den Anlagestock übertragen. Hieraus werden sie dann entnommen, sobald der Vertrag mit Eintritt des Versicherungsfalls oder bei Kündigung endet, oder wenn der Versicherungsnehmer eine zinslose Vorauszahlung wünscht. Dabei wird ein Teil der gutgeschriebenen Fondsanteile verkauft, ohne daß der Bestand des Vertrags gefährdet würde.

Bei der Kölnischen Leben wuchs 1985 das eingelöste Neugeschäft um 6,2 Prozent auf 453 Mill. DM bei allerdings noch immer hohem vorzeitigen Abgang. Der Bestand erreichte 4,32 (4,2) Mrd. DM. Die Beiträge wuchsen auf 145 (140) Mill. DM. Zum Überschuß trugen wieder die Erträge aus den Kapitalanlagen von 1,53 (1,43) Mrd. DM bei. Die Durchschnittsverzinsung der Anlagen stieg auf 7,7 (7,6) Prozent.

Während sich der relativ hohe Verwaltungskostensatz von 7,8 Prozent der Beiträge aus dem historisch bedingt großen verwaltungsintensiven Bestand an Klein- und Kleinstsummen erklärt, wurde der Vertriebskostensatz deutlich auf 4,9 (5,5) Prozent des Neugeschäfts gesenkt.

Nach einer Direktgutschrift von 23,1 (21,33) Mill. DM und einer Rücklagenzuführung von 1 Mill. DM wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 67,8 Mill. DM (plus 15 Prozent) zugeführt. Die gesamte Rückstellung beträgt 241 (207) Mill. DM. Die Überschußbeteiligung wird *1986 und 1987 weiter verbessert.*

Die Kölnische Sachversicherung AG hat einen technischen Gewinn von 0,1 (1984: 0,8 Mill. DM Verlust) erwirtschaftet. Die Beiträge nahmen um 7,2 Prozent auf (brutto) 60 Mill. DM zu. Die Kölnische hält sich aus dem industriellen Geschäft heraus. Die Konzentration auf das private Geschäft, namentlich in der Kraftfahrt- und Unfallsparte, zahlt sich aus.

Rentenmarkt ohne Linie

Nur noch wenige Rentenhändler erwarten von der am Donnerstag stattfindenden Zentralbankratsitzung eine Senkung der Leitzinsen, da auch das Gespräch des US-Notenbankpräsidenten Volcker mit dem Chef der Deutschen Bundesbank Pöhl keine Hinweise in diese Richtung gegeben hat. Die nachlassende Nachfrage der Ausländer nach öffentlichen Anleihen führten bei ihnen zu einer uneinheitlichen Tendenz. Öffentliche Langläufer schwankten zwischen minus 0,05 und plus 0,15 Prozentpunkte. Kaum Veränderungen bei den Bundesobligationen.

Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Länder – Städte

Sonderinstitute

F	6 Lowl.Rent.Bk. RS15	100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16	100,15G	100,15G
F	6½ dgl. RS 60	100,95G	100,95G
F	7 dgl. 94	105,7G	103,7G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 102	105,1G	105,1G
F	9½ dgl. 126	101,7G	101,7G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77/87	101,45	101,5G
D	5½ dgl. 78/88	100,9	100,85G
D	7 dgl. 79/87	101,15bG	101,2
D	6 dgl. 86/96	97G	96,8G

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Zu einem Kurssprung kam es am Montag bei den Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kaffee aus dem Markt. Bruchteilige Veränderungen nach beiden Seiten verzeichnete Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	11.8.	8.8.
Sept.	256,50	258,25-258,50
Dez.	259,00-258,00	261,50-261,00
März	258,75	260,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif

St.L. 1 CW	194,98	196,38

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

11.8.	8.8.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

17,625	18,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Zinn-Preis Penang

Bauholz

Devisenterminmarkt

Die Terminkurse notierten am 12. 8. auf Vortagsniveau aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,37-0,27	0,97-0,87	1,87-1,67
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,25-1,22	2,45-2,40
Pfund/DM	2,10-0,70	4,60-3,20	8,40-7,00
FF/DM	-15-+1	28-12	48-32

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.8. : Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 12.8. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12.8. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12.8. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
3 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
6 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4¼-4½
12 Monate	6¼-6½	4½-4¾	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 12.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	1040,00	1368,00
5 US-Dollar (Indian)**	660,00	o. Ware
5 US-Dollar (Liberty)**	425,00	561,75
1 £ Sovereign alt	196,50	246,81
1 £ Sovereign Elizabeth II.	187,25	234,27
20 belgische Franken	146,25	192,95
10 Rubel Tscherwonez	187,00	240,54
2 südafrikanische Rand	179,75	226,58
Krüger Rand, neu	792,75	943,64
Maple Leaf	818,75	973,28
Platin Noble Man	1187,50	1393,65
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	211,00	269,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,50	216,03
20 franz. Franken „Napoléon"	154,25	204,35
100 österr. Kronen (Neuprägung)	767,00	950,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	153,25	197,51
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,75	106,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	355,75	439,76
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,00	116,28

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50 , Kurs 100,40, Rendite 5,41 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 12.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,612	6,40
Commerzbank	100,00	22.5.95	40,25	5,95
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,00	6,25
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	139,50	8,95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,50	5,20
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,11	5,20
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,82	6,30
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	–	–
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,21
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,62	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,92	6,50
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,13	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,75	6,43
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,64	6,53
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,22	6,45
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,88	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,35	6,25
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,70	6,10
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,60	6,46
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,85	6,62
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,95	4,39
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,25	4,81
WestLB 503	115,76	3.10.88	106,10	4,18
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,75	5,13
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	300,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	76,50	7,94
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,125	8,44
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,85
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,75	8,83
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,25	8,89
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,32
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,625	9,21
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,125	9,33
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,50	8,88
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,25	8,91
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,52

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,75 (4,75)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,10 (5,10)	99,75	102,2	104,9	107,6	110,3	113,0
4	5,30 (5,30)	98,60	102,1	105,6	109,2	112,7	116,2
5	5,52 (5,52)	97,55	101,6	105,9	110,2	114,4	118,7
6	5,72 (5,72)	95,95	101,4	105,9	110,8	115,8	120,7
7	5,98 (5,98)	94,00	100,1	105,1	110,7	116,3	121,8
8	6,30 (6,28)	91,55	98,15	103,7	109,8	115,9	122,0
9	6,48 (6,48)	89,50	96,15	102,8	109,4	116,1	122,7
10	6,51 (6,50)	88,50	95,65	102,8	110,0	117,1	124,3
15	6,85 (6,80)	82,20	91,30	101,4	109,6	118,8	127,9

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,664 (113,675)
Performance-Rentenindex: 246,895 (246,863)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	11. Aug.	6,315-6,375
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,225
	60–270 Tage	6,000
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,225
	60 Tage	6,200
	90 Tage	6,150
Certificates of Deposit	1 Monat	5,95
	2 Monate	5,95
	3 Monate	5,95
	6 Monate	5,95
	12 Monate	5,95
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,60
	26 Wochen	5,60
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,25
	30 Jahre	7,34
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	28. Juli	676,9 Mrd $ (–0,6 Mrd $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept.	138,95	137,30
Dez.	139,85	138,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Immergrün vom Band

aib – Wenn ich so im Vorübergehen in die Vorgärten gucke, packt mich das grüne Grausen. Schuppiges, Stachliges, Runzliges, jedenfalls Immergrünes kriecht, buscht und bäumelt, im Prinzip immer dasselbe.

Der eine pflanzt Mispel, Wacholder und Schneeball. Sein Nachbar, mit Sinn für Originalität, steckt Schneeball, Wacholder und Mispel in den Boden. Der nächste, ein Akademiker, machte dasselbe auf lateinisch: Viburnum, Juniperus und Cotoneaster. Rammen für ein paar hundert Mark Pflanzen vors Haus, die höchstens den Sammelnamen „Bodendecker" verdienen. Und als Blickfang eine Araucarie.

„Übertünchte Gräber" nannte Rudolf Borchardt solche Gärten, denn dort ist die Natur totgetrimmt. Dieser Borchardt, ein Phantast, wollte deutsche Kultur und Natur retten, schrieb Ende der dreißiger Jahre ein Gartenbuch, das praktisch unverkäuflich ist, denn es bekämpft die „absolut banausenhafte Pflanzung", die „von weitem so aussieht wie ein menschlicher Garten".

Schuld an der Entwicklung sind auch die Gärtner, die immer mehr von immer weniger verkaufen wollen. Das nennen sie Rationalisierung. Am liebsten rationalisieren sie die sogenannten „öffentlichen Anlagen". Da können sie gleich Hunderte von Koniferen zur ewigen Ruhe in Torf betten. Weil man das überall sieht, nennt es die Statistik „beliebt", und was die Statistik beliebt nennt, halten immer mehr Leute für schön.

Es wird nicht mehr lange dauern, dann ist die Bundeseinheitspflanze auf dem Markt: ein gegen Abgase resistenter Palmwedelwacholder, mit leuchtend gelben Blüten im Sommer, roten Beeren im Herbst und wütendem Vermehrungswillen im Frühjahr, lieferbar in drei Größen (für Flachbauten und für Wolkenkratzer).

Der Meister der gestischen Prächtigkeit – Mailands großer Theatermann Giorgio Strehler wird 65

Er wollte immer „Kaviar fürs Volk"

Man saß und kam aus dem Staunen nicht heraus. Man wußte sich nicht zu lassen vor Gelächter – und verstand doch kein einziges Wort. Nur so viel wußte jeder, als er die Vorstellung verließ: Er hatte einen einzigartigen Theaterabend erlebt.

Das war 1968: Das „Piccolo Teatro di Milano" war – zum zweiten Mal – auf Tournee durch Europa, nach Carlo Goldonis „Aufruhr in Chioggia" nunmehr mit dem „Diener zweier Herren" in der Inszenierung von Giorgio Strehler, seiner dritten dieses Werkes seit 1948. Seither gilt er, nicht nur in Deutschland, als derzeit bedeutendster Theatermann Europas. Die Festspiele in Salzburg und das Wiener *Burgtheater steckten ihn sich wie* eine Feder an den Hut. Wo immer es eine Vakanz gab, wo immer ein stattlicher Posten zu vergeben war – ob an der Freien Volksbühne Berlin nach dem Tod von Erwin Piscator, ob in Paris, als dort Jack Lang sein „Théâtre de l'Europe" proklamierte –, stets war Strehler der erste, dem man die Position anbot.

Sie alle haben wenig Glück mit ihm gehabt, so wenig wie Ivan Nagel am Deutschen Schauspielhaus Hamburg, als er Strehler 1977 für eine Inszenierung von Brechts „Guten Menschen von Sezuan" gewann, deren hohe – allerdings ausgemacht italienische – Qualitäten die deutsche Kritik großenteils verkannte.

Man raunte damals, der Regisseur sei völlig verzweifelt nach Italien entflohen, weil deutsche Schauspieler nun einmal nicht jenes Körpergefühl, jene artistische und schier varietéreife Beherrschung der Muskeln und Sehnen aufbrächten, die für Strehlers Landsleute im Leben wie auf der Bühne so selbstverständlich sind.

In der Tat, es läßt sich einfach nicht beschreiben, was etwa Ferruccio Soleri, Nachfolger des unvergeßlichen Marcello Moretti, als Arlecchino in der zwischen Realismus und Künstlichkeit pendelnden Strehler-Inszenierung vorführte, wenn er die verschiedenen, ihm zugeworfenen (!) Gänge der Menüs für beide Herren in vollem Lauf über die ganze Bühnenbreite auffing, von der Szene trug, um sogleich wie ein Blitz zum nächsten Fang anzutreten. Welches Spiel er mit einem wackelnden Pudding trieb oder was er anstellte, um eine Fliege zu fangen. Das war bestes italienisches Volkstheater – und es war nicht minder echtester Strehler!

Der Maestro kam in Triest zur Welt und studierte die Rechte bis zur Promotion, bevor er seiner Leidenschaft fürs Theater nachgab und an der Theaterakademie von Mailand ein



Zuchtvoll, genau, und eine Vorliebe für kostbare Äußerlichkeit: Der Theaterleiter und Regisseur Giorgio Strehler FOTO: AMW

Schauspieler-Diplom erwarb. Im Nachkriegsjahr 1947 gründete er, zusammen mit Paolo Grassi, sein Mailänder „Piccolo Teatro", ein Haus mit nur 600 Plätzen, aber mit einem festen Ensemble – und das kannte man in Italien bis dahin noch nicht.

Der erste große Erfolg kam mit Goldonis „Arlecchino". Er artikulierte das Programm der Bühne: Sie sollte ein Volkstheater sein, allerdings ein „Volkstheater mit Weltniveau", „Kaviar fürs Volk". Was er genau meinte, zeigte Strehler gleich in der nächsten Inszenierung, seiner bis heute konkurrenzlos gebliebenen Version der Fragment gebliebenen „Riesen vom Berge" von Luigi Pirandello, die er 1949 in Zürich, 1958 in Düsseldorf wiederholte (mit Bernhard Minetti und Maria Wimmer).

Dann kam die Auseinandersetzung mit den Stücken Brechts, an deren Ende sich der berühmte deutsche Stückeschreiber nach eigenem Eingeständnis wunderbar verwandelt und doch voll verstanden vorkam. Strehler kreierte einen Brecht der gestischen Prächtigkeit, er trieb ihn zurück ins Kulinarische, ohne den ideologischen Prämissen die geringste Gewalt anzutun. In der legendären Dreigroschenoper-Inszenierung von 1956 präsentierte er zudem eine bis dato unbekannte Sängerin – die Milva – und begründete damit ihren Weltruhm. Brecht meinte dazu, Strehler habe das Stück regelrecht „neu geschaffen".

Der frühe Tod des Deutschen unterbrach die sich anbahnende enge Geistessymbiose mit dem jungen Italiener – wer weiß, wie sich heute Brechts Werk darbieten würde, wäre es damals zu der geplanten engen Zusammenarbeit der beiden gekommen. Strehler „ohne Brecht" kam nicht mehr so gut mit dessen Stücken zurecht. Sein erster „Guter Mensch" von 1958, sein „Schwejk im Zweiten Weltkrieg" (1961), sein „Galilei" (1963), schließlich 1970, zum Maggio Musicale in Florenz, seine „Heilige Johanna der Schlachthöfe" – sie alle wuchsen sich zu einer Art Sprechballett in opulenter Ausstattung aus. Die schwachen Seiten des großen Theatermanns Strehler kamen ans Licht: seine mangelnde Auseinandersetzung mit dem *Geist* der von ihm herausgebrachten Stücke, sein Hang zur fabelhaften Äußerlichkeit, seine Vorliebe für geleckte Perfektion.

Strehler verstand sich von Anfang an als Sozialist, doch im Grunde interessierte ihn die Ideologie auf der Bühne wenig, er „übernahm" sie von den Autoren, wie er ihre Texte übernahm. So verstrickte er sich immer *wieder in Widersprüche, die an sich* leicht zu durchschauen waren und seinem Anspruch auf allumfassende Kompetenz schadeten. So bei den Salzburger Festspielen 1977, als er Mozarts „Zauberflöte" ausdrücklich „für das Volk" und gegen die „elitäre Oberschicht" inszenieren wollte, was ihn nicht davon abhielt, horrende Gagen zu fordern und in Dekorationen zu schwelgen, die nun wirklich reines „l'art pour l'art" waren und es den Salzburgern leicht machten, den Mailänder der großbürgerlichen Verschwendungssucht zu zeihen – woraufhin dieser sein Konsulentensalär von 170 000 Mark der Arbeiterwohlfahrt überwies und die weitere Mitarbeit aufkündigte.

Seine Vorliebe für die Ausstattungsoper war nun aber geweckt und ließ ihn nicht mehr los. Er inszenierte an der Scala Verdis „Macbeth", den „Falstaff" (1980), Wagners „Lohengrin" (1981). Er brachte, als Commedia dell'arte maskiert, Lessings „Minna von Barnhelm" auf die Bühne – vielleicht seine originellste Arbeit, die jedoch nicht über eine gewisse Erstarrung hinwegtäuschen konnte. Strehler begann, sich selbst zu zitieren. Im Juni 1985 kam es zum großen, nur mühsam gedämpften Skandal, als es hieß, der Theatermann sei dem Kokain verfallen.

Er sei völlig schuldlos, erklärte Strehler damals, sowohl moralisch wie juristisch, „aber mein Leben ist ruiniert". Konnte das stimmen? Strehler betätigt sich inzwischen sowohl in Italien als auch in Paris sehr ambitiös als europäischer Kunst-Animator und -Organisator, er hat ehrgeizige Pläne und hofft auch auf einen Neuanfang als Regisseur und Inszenator. An seinem 65. Geburtstag, den er morgen feiert, ist vieles noch in der Schwebe, und nichts deutet darauf hin, daß diese große Karriere in die Tragödie abstürzen muß.

HORST ZIERMANN

JOURNAL

Geschichten um Menschen und Pferde

DW. **Warendorf**

Pferdeliebhaber, die „tierische Erlebnisse" literarisch darstellen möchten, lädt die Deutsche Reiterliche Vereinigung zu einem Erzählwettbewerb „Menschen und Pferde" ein. Bekannte Schriftsteller und Journalisten sind dabei genauso gefragt wie Nachwuchsautoren. Die Wettbewerbsbeiträge sollen höchstens 30 Schreibmaschinenseiten umfassen (Manuskripte an den FN-Verlag der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, Postfach 640, 4410 Warendorf).

Familie Menuhin beim Festival in Gstaad

dpa. **Gstaad**

Sein 30jähriges Bestehen feiert das Yehudi-Menuhin-Festival. Bis zum 1. September stehen in der Dorfkirche von Gstaad-Saanen im Berner Oberland unter anderem auf dem Programm Werke von Mozart, Beethoven, Brahms, Dvorak und Strawinski. Zu den Interpreten gehören das Royal Philharmonic Orchestra London unter Menuhin, der auch das Warschauer Sinfonie-Orchester leitet, das Neue Züricher Streichquartett und das Münchner Streichtrio. Solisten sind unter anderen Menuhins Schwester Yaltah und sein Sohn Jeremy am Klavier.

Französische Festivals zum Thema Umwelt

dpa. **Paris**

Mehrere französische Filmfestivals widmen sich demnächst der Umwelt. In Royan findet vom 18. bis 24. 9. ein Treffen zum Thema „Umwelt und Natur" statt, bei dem sechs abendfüllende Spielfilme zur Aufführung kommen. Das 9. Internationale Festival von Filmen über Höhlenforschung wird vom 26. bis 31. 8. in den Höhlen von Vercors organisiert. Die Tierwelt ist das Thema des Internationalen Filmfestivals von Saintes-Maries de la Mer vom 30. 9. bis 4. 10.

„Lettre International" jetzt serbokroatisch

rst. **Belgrad**

Die in Paris von dem tschechischen Exilschriftsteller und Kritiker A. J. Liehm herausgegebene und geleitete Zeitschrift „Lettre International", soll demnächst auch in einer serbokroatischen Ausgabe in Belgrad erscheinen. Bisher gibt es bereits eine spanische und eine italienische Ausgabe. Zu den Mitarbeitern der Zeitschrift gehören u. a. Max Frisch, Umberto Eco, Czeslaw Milosz, Josif Brodskij, H. M. Enzensberger und Karel Kosik.

Archäologiemuseum für Baden-Württemberg?

DW. **Stuttgart**

Mit mehr als 850 bestehenden und 17 geplanten Museen ist Baden-Württemberg das museumsreichste Bundesland. In der Bestandsaufnahme „Bildung in neuer Sicht" des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst wird jetzt der weitere Ausbau avisiert. Dazu gehören u.a. Pläne für ein „Landesarchäologiemuseum" und ein „Haus der Geschichte Baden-Württembergs".

Buntes Repertoire an der Pirchner Orgel

DW. **Kaltern**

Von der Renaissance über die Romantik bis zur zeitgenössischen Musik reicht das Repertoire, das beim internationalen Orgelwettbewerb von Kaltern/Südtirol zu hören sein wird. Teilnehmer aus Europa, den USA, Japan und Korea bringen vom 17. September bis 1. Oktober auf der Pirchner Orgel unter anderem Frescobaldi, Brahms, Reger und Messiaen zu Gehör.

Karl Hemmeter †

epd, **München**

Im Alter von 82 Jahren ist in München der Bildhauer Karl Hemmeter gestorben. Kunstwerke Hemmeters, der aus Mittelfranken stammte und seit 50 Jahren in München lebte, finden sich in vielen Kirchen und öffentlichen Gebäuden vor allem Bayerns. Zu den bekanntesten Werken des Künstlers gehört eine aus Messing gearbeitete Christusfigur in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sein Hauptwerk „Demokratie in Amerika", seine nun eineinhalb Jahrhunderte alte Voraussage, Amerika und Rußland würden die entscheidenden Weltmächte, kennt man. Fast unbekannt ist jedoch das Leben von Alexis de Tocqueville, des – so sein Biograph Karl Pisa – Propheten auch des Massenzeitalters. Die Lebensgeschichte eines Aristokraten und Politikers, der zwar einen überlegenen Intellekt und Manieren, aber weder Ellbogen noch demagogisches Talent besaß, wird zur Schilderung der Zeit zwischen den beiden Napoleonen. ohn.

Karl Pisa: „Alexis de Tocqueville", Piper, 242 S., 14,80 Mark.

Zwischen Pop und Jazz: Neue Platte von „Sting"

Fortgesetzte Träume

Peter O'Toole fand den Text zu „Demolition Man" gut, und T. S. Eliot wie die Kinderkreuzzüge setzen in seinem gepflegten Hirn ganze Assoziationsketten in Gang. Der Hungerstreik von Bobby Sands inspirierte ihn, und sein „Dream of the Blue Turtles" brachte ihm die Nominierung für einen Jazz-Grammy ein.

Er hat es geschafft, in populärer Musik intelligent und erfolgreich zugleich, musikalisch tiefgängig und kommerziell ebenso „drauf" zu sein: Mathew Gordon Sumner (34), Vater von vier Kindern, Brite, Jogging-Fan und Leseratte, ist dieser exotische Fall. Und wenn die Zeichen nicht trügen, dann hat die Welt mit ihm, der zu Tagen seiner Provo-Rockband „Police" ausschließlich auf den Namen „Sting" hörte, einen Superstar der Sonderklasse.

Denn dieser „Sting", dessen Musik in US-Hitparaden ebenso zu Hause ist, wie er bei so manchem kommunistischen Kulturfunktionär wohlgelitten ist, paßt trotz seiner Alleingangserfolge so gar nicht in das Bild vom Rauschgold-Star nach Hollywood-Art, auch nicht in das Rabauken-Image à la Mersey City in England.

Dazu hat er zuviel im Schädel und zuviel gegen die allgemein gängige und von der Unterhaltungsindustrie so emsig geförderte Oberflächlichkeit üblicher Star-Verkultung. Weder pelzwedelnder Elfenbein-Gott noch gehätschelter Unhold, ist dieser gutaussehende Blonde zuerst und vor allem ein Sänger, der das, was er tut mit Recht ernst nimmt, ein nachdenklicher, an Literatur und Politik interessierter Mann, der das, was er um sich her registriert, zu klingender Kunst macht.

Und davon zeugt ein Doppelalbum namens „Bring On The Night" (DGG/AM 396 705-1), live mitgeschnitten während einer 14monatigen Welttournee in Rom, Paris und Arnheim, auf der bereits bekanntes wie neues Repertoire zu hören ist, dargeboten unter anderem mit Musikern wie Darryl Jones (Baß), Kenny Kirkland (Keyboards) und Branford Marsalis (Saxophon).

Deren Namen haben guten Klang vor allem in amerikanischen Jazzkreisen, und so ist es kaum verwunderlich, daß Mr. Sumner alias Sting sich mit diesen insgesamt 13 Stücken immer auch wieder mitten ins Jazzlager plumpsen läßt: Diese Musik, die kaum etwas zwischen balladesker Sanftmut, jazziger Kraft, bluesigem Eros und rockiger Schärfe ausläßt, gehört tatsächlich zum Besten, was die neue Popmusik (falls man das hier so nennen kann) zu bieten hat. Und sie präsentiert einen Sänger, der in diesen zum Großteil selbst komponierten Piècen konzessionslos vorführen kann, was er stimmlich zu tun vermag. Kraft hat er, völlige Sicherheit auch über recht schachteligen harmonischen Strukturen, und er verfügt dabei doch immer über jede Menge Ausdruck in einem erstaunlich breiten Spektrum.

Das mögen Kenner bereits von seinem Debüt-Soloalbum „The Dream of the Blue Turtles" her wissen. Nun aber, live, und umgeben von lauter ihm angemessenen Musikern, vermag er sich noch tiefer in die Ohren hineinzusingen. Und wirklich: Dieser Milchmanns-Sohn aus Newcastle, der Politisches besingt wie Arbeitslosigkeit und Drogendekadenz und den sterbende Kinder in den TV-Nachrichten zum Schreiben drängen, vollbringt, was zuletzt nur die Beatles vermochten – der verkommenen Pop-Musikwelt die Ohren gehörig aufzusingen, mit den neuen Maßstäben eines wachen und sensiblen Kopfes, der den Titel eines seiner Lieder, „Consider Me Gone", am liebsten mal auf seinem Grabstein wüßte ...

ALEXANDER SCHMITZ



Superstar der Sonderklasse: Der britische Sänger „Sting" alias Mathew Gordon Sumner FOTO: S.E.T.

„Wasser" im Kino, von George Harrison produziert

Cocktail ohne Hula hula

Wieder mal eine Komödie für die heißen Tage, so erfrischend wie ihr Titel: „Wasser". Schauplatz ist eine Karibikinsel, die sich – der Film kommt aus England – noch immer der Zugehörigkeit zum Empire erfreut. Zu holen und zu sehen ist auf dieser Insel zunächst nichts. Kein Strand, kein Hula hula, keine Industrie. Die Eingeborenen gähnen beim Limbo. Eine von Kuba unterstützte Freiheitsbewegung hat es auf insgesamt zwei Mitglieder gebracht. Der Gouverneur (Michael Caine) scheucht die Moskitos von den staatseigenen Marihuana-Pflänzchen. Seine Frau (Brenda Vaccaro) vernachlässigt er sträflich. Doch völlig zu Recht, wie gleich ihr erster Auftritt mit hysterischer Verve beweist.

Da wendet sich alles. Aus den Tiefen des Eilandes sprudelt unversehens etwas Köstliches: Mineralwasser von nie gekannter Qualität.

Noch ehe die Insulaner über die Bedeutung des flüssigen Schatzes nachdenken können, ist die Insel von den allerscheußlichsten imperialistischen Kräften umzingelt. Ein amerikanischer Konzern handelt Leuten, die nur drei Kreuze machen können, umgehend die exklusiven Bohrrechte ab. Aus Frankreich landet eine Söldnergruppe im Stile Rambos, die zum Äußersten entschlossen sind, um die Ehre des einheimischen Perrier-Wassers zu retten. Ihre Majestät Maggie Thatcher schickt den Außenminister. Der soll die Freiheitsbewegung gegen den US-Konzern aufwiegeln, um dem Empire die Rolle des lachenden Dritten zu sichern.

Überdies reist – horribile dictu – eine Bürgerrechtlerin an, amerikanische Milliardärstochter. Sie vertritt in einer Person alles von Amnesty International über Greenpeace bis zum Nord-Süd-Gefälle und noch so manches mehr. Der Gouverneur hingegen bleibt in den eskalierenden Konflikten völlig gelassen. Was er offenkundig dem Umstand verdankt, daß das begehrte Mineralwasser für ihn vollkommen ohne Interesse ist.

Der Gouverneur liebt Unverdünntes – und er behält recht. Die Großmächte scheitern. Der US-Konzern zieht ab, als die Franzosen Schächte in den Berg sprengen und das Wasser umlenken. Der britische Außenminister wird mit der Ehefrau des Gouverneurs bestraft. Die zweiköpfige Freiheitsbewegung immerhin darf vor der UNO auftreten – mit einem patriotischen Singsang, der mit Unterstützung von Eric Clapton, Ringo Starr und George Harrison zur Musik geadelt wird.

Letzterer produzierte den Film und hat sich damit einmal mehr um den englischen Humor verdient gemacht. Regisseur Dick Clement wahrt eine lockere Balance zwischen Ferienklamotte und politischer Satire mit Gruß nach Falkland und Grenada. Nationale Untugenden werden freundlichst karikiert.

In Schnittrhythmus und Dialog folgt der Film den Synkopen des Reggae. Man trabt entspannt mit. Nicht immer ist die Ironie vom Feinsten, einige Scherze sind derb, ein paar Gags überzogen, ein paar Pointen krepieren im Rohr. Doch die gewinnende Heiterkeit des Ganzen macht jeden Ausrutscher verzeihlich. Dieses „Wasser" läßt sich genießen wie ein tropischer Cocktail.

DIETMAR BITTRICH

Ausstellung über das Schicksal der Steiermark

Die Grenze als Brücke

Schloß Herberstein in der Steiermark – einer der schönsten Renaissancebauten Österreichs – liegt fast verborgen in einer Talsenke. Bei näherer Betrachtung ist es mehr eine Burg als ein Schloß: ein Zufluchtsort gegen feindliche Angriffe. Hier, in einem Land, das seit 1000 Jahren Grenze ist – Grenze des römischen Reiches deutscher Nation, später Binnengrenze des Habsburger Imperiums, Grenze zur damaligen Türkei und heute Grenzland zwischen West und Ost – wird die große Landesausstellung „Die Steiermark – Brücke und Bollwerk" gezeigt.

Das Schloß ist noch heute im Besitz der Grafen Herberstein, die in früheren Jahrhunderten im politischen und militärischen Leben des Landes eine führende Rolle spielten. Ein Herberstein war österreichischer Gesandter in Moskau und veröffentlichte 1549 das erste umfassende und bis heute lesenswerte Buch über den Moskauer Staat – also über jenes Thema, das man später als die „russische Frage" bezeichnen sollte (s. WELT v. 22. 7.). Seine Herkunft aus einem Grenzbereich, in dem sich Deutsche, Slawen und Magyaren begegneten, mag ihm den Blick auch für die russischen Dinge geschärft haben.

Die Ausstellung kann als gelungener Versuch bezeichnet werden, Geschichte plastisch, gelegentlich auch volkstümlich, manchmal sogar sehr modern darzustellen, ohne den Versuchungen der Simplifizierung und Verkitschung zu erliegen. Das Schicksal der Steiermark war in vieler Hinsicht tragisch, weil das Leben an der Grenze – zumal dann, wenn es sich um eine so unruhige handelt, wie diese – stets Opfer erfordert, von denen der Binnenländer kaum eine Ahnung hat. So erscheint bereits nach einem kurzen Rundgang die Geschichte der Steiermark als eine Kette von Kriegen, Invasionen und Unruhen: von den Ungarn- und Türkeneinfällen bis zu Napoleon, vom Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs bis zum sowjetischen Einmarsch 1945.

Die Ausstellung zeigt auch die Teilung der Steiermark nach 1918. Der südliche Teil des Landes, in dem eine slowenische Bevölkerung lebt, fiel an das neuentstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später Jugoslawien). Hitler machte diese Teilung gewaltsam rückgängig. Aber mit der Niederlage 1945 wurde die Trennung der beiden Landesteile erneut besiegelt. Zugleich war damit auch das Ende für die deutsche Bevölkerung, hauptsächlich in den Städten der nun wieder jugoslawisch gewordenen Untersteiermark gekommen.

Die Ausstellung beschönigt nichts. Auch delikate Kapitel, wie etwa die Zeit des „Anschlusses" und des Dritten Reiches werden korrekt behandelt – ebenso der Zweite Weltkrieg. Im Ausstellungskatalog taucht der Begriff „Identität" auf – und in der Tat gewinnt man den Eindruck, daß hier ein Land nach seinen eigenen Wurzeln und, wenn man so sagen darf, nach dem Sinn seiner Existenz und einer zutiefst verwandelten Welt sucht.

„Das Anliegen ist es, hinzuführen zur Nüchternheit in der Beurteilung des Begriffs Grenzland und den Blick zu öffnen auf das Gesamtgefüge, in dem unser Raum jeweils an sehr unterschiedlichen Funktionen zu tragen hatte. Auch unsere Nachbarn hatten Motive für ihr Handeln, hatten vorgegebene Funktionen zu bewältigen", liest man im Katalog. Daher, so heißt es weiter, sollte man darangehen, die Grenze als „Brücke" zu bewältigen.

Schon die Tatsache, daß für diese Schau zahlreiche Exponate von den ungarischen Nachbarn aus Budapest, von den Jugoslawen aus Kroatien und Slowenien zur Verfügung gestellt wurden, und daß slowenische, kroatische und ungarische Wissenschaftler mit Beiträgen im Katalog vertreten sind, zeigt den Wandel, der sich hier vollzogen hat – oder sollte man eher von einer Rückkehr zu jenen Zeiten sprechen, in denen die Nachbarschaft und das Leben unter einem gemeinsamen staatlichen und imperialen Dach selbstverständlich war?

Wer Herberstein und diese Ausstellung besucht, wird nicht nur vieles über Österreich lernen, sondern über den südosteuropäischen Raum – und nicht zuletzt auch einiges über deutsche Geschichte, die sich hier abgespielt hat. Er wird überdies nicht nur über „Krieg und Kriegsgeschrei" etwas erfahren, sondern auch über großartige kulturelle Leistung – über die Architektur dieses Raums, über Klöster und Schlösser, über den „Grazer Hof" der Habsburger – und über ein Land, das im Rahmen des heutigen Österreich bis auf unsere Tage etwas von seiner Sonderstellung und seinem Eigenbewußtsein bewahrt hat. (Bis 26. Okt.; Katalog 150 öS)

CARL GUSTAF STRÖHM

Bonn: Bundesregierung legt Kulturreport vor

Mäzene an die Front

Die Ausgaben des Bundes im Kulturbereich werden am Jahresende 1986 rund 490 Millionen Mark betragen – 1982 waren es noch etwa 100 Millionen Mark weniger.

Mit dieser Angabe untermauert eine im Bundesinnenministerium vom Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt vorgestellte Broschüre unter dem Titel „Mehr Raum für die Kultur" den Anspruch des Bundes auf Mitsprache in der Kulturpolitik. Nach vorsichtiger Schätzung werden die Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr zwischen 7,7 und acht Milliarden Mark liegen.

Damit soll u. a. bewirkt werden, daß in die 2234 Museen der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 57 Millionen Besucher kommen, daß 195 Theater (darunter auch private Festspielbühnen) 25 Millionen jährliche Besucher verzeichnen, daß es 38 selbständige Kulturorchester gibt (1,3 Millionen Zuhörer), 720 Musikschulen und 2700 öffentliche Bibliotheken mit einem Verleih von 170 Millionen Büchern pro Jahr.

Zu den Vorhaben auf diesem Sektor, der eine Domäne der Länderregierungen ist, zählt die vom Bundesinnenministerium und dem Presse- und Informationsamt zusammengestellte Broschüre auch eine „Verbesserung der Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen" auf. Hierzu gehöre eine Minderung der Steuerbelastung ebenso wie die ständige Überprüfung des Urheberrechts auf angemessene Regelungen im Hinblick auf neue Nutzungsarten. Die Bundesregierung werde „mit Nachdruck darauf hinwirken", daß die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in allen Bereichen von Kunst und Kultur durchgesetzt werde.

Im Kapitel „Stärkung des privaten Engagements für Kunst und Kultur" heißt es in der mit einem Vorwort des Bundeskanzlers versehenen Broschüre: „Diese Studie soll auch Kreise der Wirtschaft darin bestärken, unmittelbares Engagement auf diesem Felde nicht nur als freies Mäzenatentum, sondern ebenso auch als wirtschaftlich lohnendes, gesundem Eigeninteresse dienendes Handeln anzusehen."

EBERHARD NITSCHKE

KULTURNOTIZEN

Zum „Kulturufer" am Bodensee mit zahlreichen Theatergruppen und Musikbands lädt von morgen bis einschließlich 24. August Friedrichshafen ein.

Eine „Werkstatt" aus der Jungsteinzeit mit mehreren zehntausend Einfachst-Handwerkzeugen ist bei Güstrow im Bezirk Schwerin entdeckt worden.

Radierungen von Claus Arnold sind im Celler Bomann-Museum bis 7. September zu sehen.

Ein makedonisches Rundgrab aus der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts v. Chr. ist bei Archodikon vier Kilometer nordwestlich von Pella entdeckt worden.

„Wenn man wer ist" von Luigi Pirandello kündigt das Theater an der Ruhr in Mülheim für 1986/87 als deutsche Erstaufführung an.

Die „femme totale im Revier" wollen Frauen auf einem Festival vom 29. April bis 3. Mai 1987 in Beiträgen von Filmemacherinnen aus Nordrhein-Westfalen präsentieren.

Im Alter von hundert Jahren ist der Historiker Nikolai Druschinin in der Sowjetunion gestorben.

„It's Capital will be Düsseldorf"

M. SCHLINGMANN, Bonn

Die Landeshauptstadt an der Düssel hat jetzt im Alter von 40 Jahren ihre „Geburtsurkunde" gefunden. Sie stammt vom 1. August 1946 und wurde ausgestellt vom britischen Regional Commissioner William Ashbury. Der Pressesprecher des Landtages, Friedhelm Geraedts, hat sie im Londoner „Public Record Office" ausgegraben. Auf drei Seiten teilte Ashbury damals dem zum ersten Ministerpräsidenten bestimmten Rudolf Amelunxen mit, wie die Struktur des aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen bestehenden neuen Landes aussehen sollte. Und da heißt es dann auch: „It's Capital will be Düsseldorf" – seine Hauptstadt wird Düsseldorf sein.

Eine Neuigkeit war das allerdings nicht. Schon am 19. Juli 1946 hatte die WELT berichtet, der britische Oberbefehlshaber in Deutschland, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, habe auf einer Pressekonferenz zur Bildung Nordrhein-Westfalens mitgeteilt, Hauptstadt werde Düsseldorf. Für die Briten stand eigentlich immer fest, den Parlamentssitz nach Düsseldorf zu legen. Er sollte dem Ruhrgebiet nahe sein, einer Region, die die Franzosen und Sowjets gern internationalisiert hätten und die man als potentiellen Unruheherd fürchtete.

Streit mit Köln nun aus der Welt geschafft

Geraedts hält seinen Fund dennoch für bedeutend, sei damals der Status der Stadt doch erstmals schriftlich festgelegt worden. Außerdem werde damit endlich der alte Streit mit Köln um die Rechtmäßigkeit des Parlamentsstandorts aus der Welt geschafft. Unstimmigkeiten hatte es vor allem um eine Rundfunkrede Amelunxens gegeben, in der er die Bürger seiner alten Heimatstadt mit einem „Alaaf Köln" gegrüßt hatte. „Daraus abzuleiten, mein Vater habe Köln zur Hauptstadt machen wollen, ist absurd", sagt Clemens Amelunxen gestern zur WELT. Sein Vater habe besagte Rede bereits am 30. Juli 1946 gehalten. Der Vorwurf, er habe die Frage der Landeshauptstadt bewußt verschwiegen und die Domstadt favorisiert, sei mithin haltlos.

Trotz alledem wird die „Ashbury-Note" wohl Bestandteil einer Dokumentensammlung zum 40jährigen NRW-Jubiläum, die Landtagspräsident Karl Josef Denzer zum Fest Oberbürgermeister Klaus Bungert überreichen will. Allerdings wird das Original aus dem Nachlaß Amelunxens vorerst wohl nicht ins Staatsarchiv kommen. Clemens Amelunxen will diese „Ernennungsurkunde" seines Vaters zunächst behalten.

Franz Josef II. von Liechtenstein wird achtzig Jahre / Ein volkstümlicher Landesvater

„Hoi Fürscht" rufen ihm die Menschen auf der Straße zu

Eigentlich soll der Geburtstag mehr als Familienfest werden, deswegen sind auch so wenig Leute aus dem Ausland eingeladen. Wir wollen den Tag als ein liechtensteinisches Fest feiern", sagt Erbprinz Hans Adam von und zu Liechtenstein in einem Gespräch mit der WELT. Mit dem Geburtstag meint er den 80. seines Vaters, dem regierenden Fürsten. Aber selbst wenn es richtig ist, daß nur wenige offizielle Einladungen ins Ausland gegangen sind, die Liechtensteiner werden am 15. August dennoch nicht unter sich sein, denn die „runden" Geburtstage des „Fürschten", wie sie den Herrn auf Schloß Vaduz vertraulich-respektierlich nennen, ziehen immer so viele Schaulustige aus den benachbarten Alpenrepubliken Schweiz und Österreich an, daß an diesem Tag die Bevölkerung des Kleinstaates auf weit über 50 000 anschwillt, und das bedeutet immerhin eine Verdoppelung.

Zwar ist Seine Durchlaucht Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein nicht am 15., sondern am 16. August 1906 geboren, aber er war so klug, den Tag zuvor, der bereits Kirchenfeiertag war, auch zum Staatsfeiertag zu erheben und somit ist er immer schul- und arbeitsfrei und macht das Feiern leichter. Die Verehrung der 26 400 Bewohner des letzten Überbleibsels des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, davon sind 36 Prozent nicht einmal im Besitz des so begehrten Fürstentum-Passes, für den Jubilar kennt keine Grenzen.

Der Fürst ist ihnen schon aus einem ganz bestimmten Grund so eng ans Herz gewachsen: Obgleich die Liechtensteiner seit 1719 als Reichsfürsten hier herrschen, seit 1806 über einen souveränen Staat, und Franz Josef sein zwölftes Staatsoberhaupt ist, ist er dennoch der erste „Fürscht", der sich hoch oben auf dem Schloß mit seiner Familie häuslich niedergelassen hat. Seine Vorgänger zogen Wien und Prag als Wohnsitz vor, das war angenehmer als ein Leben hinter den Bergen, wo die Untertanen mehr schlecht als recht ihr Dasein fristeten.

So wurde auch der jetzt Achtzigjährige auf Schloß Frauenthal in der Steiermark als erster Sohn Seiner Durchlaucht Prinz Alois und Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit Erzherzogin Elisabeth Amalie von Österreich geboren. Stand und Ansehen der Familie in der k.u.k.-Monarchie kann man daran ermessen, daß der kleine Prinz keinen geringeren als Kaiser Franz Josef I. zum Patenonkel bekam.

Traditionsgemäß besuchte der Prinz das Schottengymnasium in Wien und machte 1925 sein Abitur, um danach für vier Jahre Forstwirtschaft zu studieren. Als Fürst Franz I. 1938 merkte, daß seine Regentschaft bald zu Ende geht und er keine Nachkommen hatte, löste er seine bereits 1923 gegebene Zusage ein und bestellte seinen Verwandten Franz Josef zum neuen Herrscher über die 160 Quadratkilometer Liechtenstein.

Er übernahm sein Amt in einer vor allem politisch schwierigen Zeit. Durch die Annektion Österreichs war nun das Fürstentum direkter Nachbar des „Dritten Reiches", der Fürst und die Mehrheit des Volkes wollten jedoch neutral bleiben. Unmittelbar nach der Übernahme der Staatsgeschäfte verlangte Franz Josef von den beiden Parteien aber dennoch Geschlossenheit und forderte sie, die seit Jahrzehnten arg verfeindet waren, auf, eine Koalitionsregierung zu bilden. Liechtenstein blieb vom „Anschluß" verschont, obwohl es einige starke Fürsprecher hatte, und konnte den Krieg außerhalb der Landesgrenzen halten.

Erbprinz Hans Adam, 1945 geboren (Papst Pius war sein Taufpate) nennt in seinem WELT-Gespräch die Tatsache, „daß es ihm gelungen ist, mit Hilfe von Liechtensteinern und Ausländern, auch Deutschen, die Liechtenstein nahestanden, das Land aus den Wirren des Weltkrieges herauszuhalten", als einen der beiden Höhepunkte in der nunmehr fast fünfzigjährigen Regentschaft seines Vaters. Der zweite, so sieht es Hans Adam, „war die von ihm gegebene Initialzündung zum Start des industriellen Zeitalters".

Etwas Freude konnte der Fürst seinen Untertanen während dieser schwierigen Zeit dennoch schenken. Am 7. März 1943 gab es ein großes Fest, Franz Josef heiratete die Gräfin Georgine (Gina) von Wilczek, die Familie wuchs bis 1962 um drei Prinzen und eine Prinzessin an.

Der Fürst von Liechtenstein ist ein Monarch, der noch etwas zu sagen hat, denn die Macht geht vom Regenten und vom Volk aus, heißt es in der Verfassung von 1921. Aber kein Parlaments- oder Regierungsbeschluß kann ohne Zustimmung des Fürsten rechtskräftig werden. „Man muß sich schon zusammenraufen", bemerkt der Erbprinz, der vor zwei Jahren von seinem Vater als Generalbevollmächtigter eingesetzt wurde und seitdem die Staatsgeschäfte führt. Dazu gehört auch die Unterzeichnung der Gesetze.

Der Fürst, offiziell weiterhin Staatsoberhaupt, zieht sich immer häufiger auf seine Hütte in den Bergen oder in sein Wiener Palais zurück. Hin und wieder sieht man ihn allerdings auch noch am Steuer seines „Audi" mit der Nummer FL-1 durchs Ländle fahren, „viel zu schnell", behaupten einige seiner Untertanen. Und wenn er mal mit seinen Enkeln „runter nach Vaduz" kommt, „dann kauft er für sie oft Eis", und die Kinder grüßen ihn mit „Hoi Fürscht".

Die Liechtensteiner scheinen rundum glücklich mit ihrem Monarchen zu sein, jedenfalls hört man keine Stimme, die seine politische Macht beschneiden will. Zudem ist er auch ein äußerst „billiges" Staatsoberhaupt, aus dem Staatssäckel bezieht er nur den symbolischen Betrag von 250 000 Schweizer Franken (pro Jahr) und die stiftet Franz Josef meistens wieder für Wohltätigkeitszwecke. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er aus seinem privaten Vermögen, das als Folge der Kriege zwar erheblich geschrumpft, aber immer noch ganz beachtlich ist.

REINER GATERMANN

Wohlbehalten lenkte der Fürst von Liechtenstein sein Land durch die Wirren der Zeitläufte. Vor zwei Jahren setzte er Erbprinz Hans Adam als Generalbevollmächtigten ein, doch er blieb Staatsoberhaupt. Mit der geborenen Gräfin Georgine Wilczek ist der Fürst, dessen Patenonkel Kaiser Franz Josef war, seit 1943 verheiratet.

Wann das Wetter einen Menschen krank macht

dpa, Berlin

Bei Hitze fühlen sich viele Menschen matt und müde, haben eventuell auch Kopfschmerzen. Doch nicht die absoluten Temperaturen, sondern die Abweichungen von den jahreszeitlichen Normalwerten beeinflussen das Wohlbefinden der Menschen negativ. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Freien Universität Berlin. Danach können Temperaturen von 20 Grad im März zu Krankheiten führen, während im Sommer bei gleichen Temperaturen keine Veränderungen zu beobachten sind.

Der Meteorologe Dietmar Buchberger wertete 300 000 Einsätze der Berliner Rettungswagen aus. Seine Schlußfolgerung: Der Einsatz der Notarztwagen könne mit dem Wetterdienst vorhergesagt werden. Wenn eine Wetterfront mit Erwärmung auf der Vorderseite und Abkühlung auf der Rückseite herannaht, würden bereits zehn Stunden vor dem Temperaturumschwung die Einsatzfahrten um zehn Prozent steigen.

Millionen mit alten Loks

dpa, Minden

Die von Defiziten geplagte Bundesbahn hat eine neue Einnahmequelle entdeckt. Aus einem „Second-Hand-Shop" verkauft das Staatsunternehmen gebrauchte Schienenfahrzeuge. Allein 1985 verkaufte die Bundesbahn für mehr als 150 Millionen Mark 100 Lokomotiven und 5500 Güterwagen. Hauptkunden sind ausländische Eisenbahngesellschaften, aber auch Privatbahnen, Firmen, Vereine und andere Interessenten, lassen sich ihr „Hobby Eisenbahn" etwas kosten.

152 Flüchtlinge gerettet

SAD, St. John's

Drei kanadische Fischkutter retteten vor Neufundland 152 Flüchtlinge. Nach den Berichten der Fischer waren die 152 in zwei Rettungsbooten fünf Tage hilflos im Meer umhergetrieben. Ein Sprecher der kanadischen Küstenwache gab das Heimatland der Geretteten als „vermutlich Sri Lanka" an.

Gefährliche Begegnungen

AP, Frankfurt

Mit 48 Fällen hat die Zahl der gefährlichen Begegnungen zwischen Luftfahrzeugen im westdeutschen Luftraum 1985 wieder den Stand von 1983 erreicht, nachdem sie 1984 auf 39 gesunken war. Dies geht aus dem Jahresbericht der Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS) hervor. Die Statistik der gefährlichen Begegnungen weist seit 1980, als 50 Fälle gemeldet wurden, eine relative Stabilität auf.

Städte bevorzugt

dpa, Köln

Jeder zweite der 4,4 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik lebt in den 65 Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. Von der Gesamtbevölkerung dieser Städte sind damit elf Prozent Ausländer, berechnete der Deutsche Städtetag in Köln.

Studentin, jetzt amtlich

dpa, Köln

Weibliche Studierende heißen an der Kölner Universität jetzt ganz offiziell Studentin: Erstmals in der Bundesrepublik wird hier vom kommendem Wintersemester an der als geschlechtsneutral geltende „Studentenausweis" vom „Student(inn)enausweis" abgelöst. Angeregt wurde diese Veränderung im vergangenen Winter vom „Autonomen Frauenreferat" im Asta.

Neun Tote bei Amoklauf

rtr, Ankara

Ein enttäuschter türkischer Liebhaber hat in einem Amoklauf neun Menschen getötet. Der 26jährige hatte wegen der Entführung seiner damals minderjährigen Freundin eine 16monatige Haftstrafe verbüßt. Als er erfuhr, daß seine ehemalige Verlobte während seiner Haft einen anderen geheiratet hatte, griff er zum Gewehr und zog zum Haus der Familie. Bei der vergeblichen Suche nach seiner früheren Geliebten erschoß er die Mutter, die Schwester und die übrigen Angehörigen, darunter vier Kinder.

WETTER: Mäßig warm

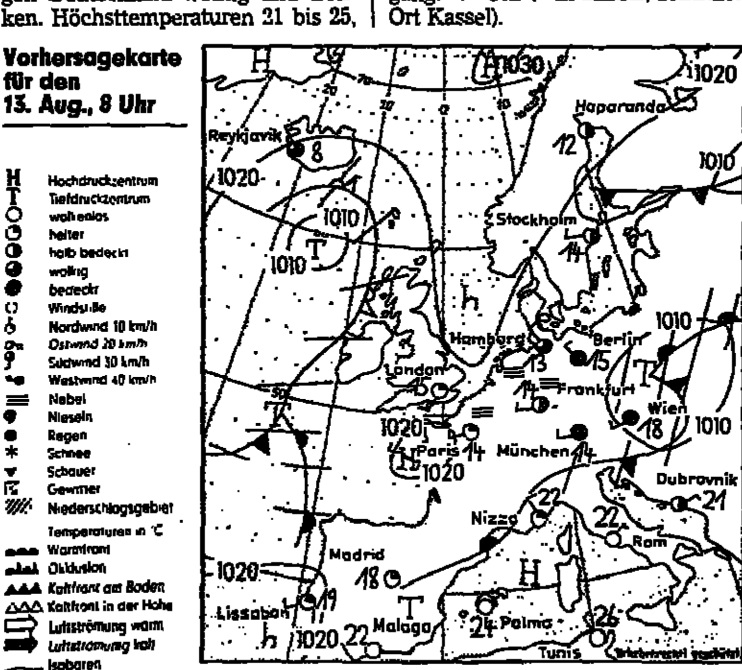
Lage: Auf der Rückseite des Gewittertiefs über Polen fließt feuchtere Luft nach Deutschland. Im Norden und Westen setzt sich allmählich wieder Hochdruckeinfluß durch.

Vorhersage für Mittwoch: In Bayern zunächst noch stark bewölkt und gebietsweise Regen, im Alpenraum auch Gewitter. Gegen Abend Bewölkungsauflockerung. Im übrigen Deutschland wolkig und trokken. Höchsttemperaturen 21 bis 25, in Bayern um 20 Grad. Nachts 11 bis 15 Grad. Schwacher Wind aus Nord bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Sonnig, ansteigende Temperaturen. Im Westen abends Bewölkungsaufzug, aber trocken.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.05 Uhr*, Untergang: 20.47 Uhr; **Mondaufgang:** 17.01 Uhr, Untergang: –.– Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 13. Aug., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	20	bd
Bielefeld	18	R
Braunlage	17	bw
Bremen	16	R
Dortmund	21	bw
Dresden	17	bd
Düsseldorf	21	he
Erfurt	17	R
Essen	20	he
Feldberg/S.	10	Ne
Flensburg	16	Gw
Frankfurt/M.	20	R
Freiburg	18	Rs
Garmisch	17	bw
Greifswald	19	bd
Hamburg	15	bd
Hannover	20	bw
Kahler Asten	15	bd
Kassel	20	bd
Kempten	16	R
Kiel	15	Gw
Koblenz	19	R
Köln-Bonn	21	bw
Konstanz	18	R
Leipzig	17	Sp
List/Sylt	19	bw
Lübeck	15	R
Mannheim	18	R
München	17	R
Münster	20	he
Norderney	18	bw
Nürnberg	18	Rs
Oberstdorf	16	R
Passau	21	bw
Saarbrücken	17	Rs
Stuttgart	17	R
Trier	17	Rs
Zugspitze	2	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	29	bw
Amsterdam	18	he
Athen	35	wl
Barcelona	26	he
Belgrad	32	he
Bordeaux	22	he
Bozen	24	bw
Brüssel	18	bw
Budapest	32	he
Bukarest	32	he
Casablanca	23	he
Dublin	16	bd
Dubrovnik	29	he
Edinburgh	13	bw
Faro	23	he
Florenz	30	he
Genf	18	bd
Helsinki	17	he
Hongkong	29	bw
Innsbruck	17	bw
Istanbul	31	he
Kairo	31	wl
Klagenfurt	29	he
Konstanza	28	he
Kopenhagen	20	bw
Korfu	32	wl
Las Palmas	23	bw
Leningrad	18	bd
Lissabon	25	he
Locarno	19	R
London	17	bw
Los Angeles	21	bd
Luxemburg	15	R
Madrid	20	he
Mailand	28	bw
Malaga	24	wl
Mallorca	27	bw
Moskau	23	he
Neapel	31	he
New York	22	bw
Nizza	31	wl
Oslo	19	he
Ostende	18	bw
Palermo	30	he
Paris	20	bw
Peking	30	bw
Prag	19	bd
Rhodos	30	wl
Rom	30	wl
Salzburg	20	Gw
Singapur	31	bw
Split	31	he
Stockholm	16	he
Straßburg	18	R
Tel Aviv	35	wl
Tokio	29	bw
Tunis	33	he
Valencia	22	he
Varna	31	he
Venedig	29	he
Warschau	24	bw
Wien	28	wl
Zürich	18	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; lW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; –– = keine Angabe

Roms Hilferuf stößt auf wenig Gegenliebe

E. ANTONAROS, Rom

Innerhalb der letzten 15 Jahre hat sich Roms Gesamtbevölkerung, vor allem in den Satellitenstädten an der Peripherie, mehr als verdoppelt. Keine andere Großstadt Italiens wächst so schnell wie die Hauptstadt am Tiber. Die Folgen sind auf Schritt und Tritt sichtbar: Es fehlt immer mehr an Platz. Jetzt schlug Oberbürgermeister Nicola Signorello die Alarmglokke: Rom stehe als Stadt vor dem Ruin. Er wandte sich mit der Forderung nach einer Sonderhilfe in Millionenhöhe an die Regierung.

Tiber ist eine Kloake

Signorello in seinem Brief an Ministerpräsident Bettino Craxi: „In Rom herrscht ein ökologisches Chaos. Der Stadt muß dringend geholfen werden, weil sie vom Gesichtspunkt des Umweltschutzes her akut gefährdet ist." Signorellos Hilfsvorstellung: umgerechnet 430 Millionen Mark.

Die Antwort auf diesen dramatisch formulierten Appell kam postwendend aus dem Umweltministerium, wo erst seit einigen Tagen der Sozialist Franco di Lorenzo im Ministerzimmer residiert: „Rom kriegt kein Geld von uns." Der Staat sei nicht verantwortlich dafür, daß die Stadt nicht funktioniere. Wenn man jeder Gemeinde unter die Arme greifen würde, ginge der Staat bankrott.

Eine Vorzeige-Stadt ist Rom ganz bestimmt nicht mehr: Der Tiber, dessen reines Wasser die alten Römer zu schätzen wußten, ist zu einer Kloake geworden. In den engen Gassen der italienischen Hauptstadt gibt es den chaotischsten Verkehr Europas. Mindestens eine Million Autofahrer lassen ihre Wagen stehen, wo sie gerade einen Platz finden. Obwohl mindestens drei Viertel der Stadt unter Denkmalschutz stehen, wird überall „wild" gebaut. Zeitweilig – wie etwa vor einer Woche – droht Rom im Müll zu versinken, weil die Müllabfuhr nicht funktioniert.

Dennoch hat die Kontroverse zwischen dem Bürgermeister, dessen Meinung übrigens selbst seine Kollegen in der Stadtverwaltung nicht teilen, und dem Umweltminister weitgehend politische Motive: Der Christdemokrat Signorello, erst seit einem guten Jahr als Nachfolger eines Kommunisten im Amt, will als erster Bürgermeister einer italienischen Großstadt von einem Gesetz profitieren, das Roms Parlament im Juli verabschiedete.

Eine unfähige Verwaltung?

Es sieht vor, daß „akut gefährdete" Städte und Regionen Italiens vom Staat mit Riesenbeträgen finanziell unterstützt werden können. Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, so argwöhnt nunmehr die Regierung Craxi, hat Signorello die Lage übermäßig dramatisiert.

Umweltminister di Lorenzo wird sich ganz bestimmt nicht umstimmen lassen. „Es wäre politisch unverantwortlich, wenn wir jeder unfähigen Stadtverwaltung die erwünschten Gelder zur Verfügung stellen würden", sagte er mit einem Seitenhieb auf Signorello, der nicht gerade im Ruf steht, ein erfolgreicher Bürgermeister zu sein. Selbst die konservative Vatikan-Tageszeitung „L'Osservatore Romano" hat Roms Bürgermeister oft kritisiert: Zuletzt, weil er eine sichtbar gealterte Striptease-Tänzerin in einer sogenannten Kulturveranstaltung auftreten ließ.

Von allen italienischen Großstädten kann bisher nur Neapel sicher sein, in den Genuß der Sondermittel zu kommen: Die Stadt ist nicht nur pleite. Darüber hinaus hat sie konkrete Projekte für den Bau einer Klär- und einer Kanalisationsanlage ausgearbeitet, die bereits von di Lorenzos Vorgänger gebilligt worden sind.

Anders sieht es in Rom aus: Obwohl Signorello von „konkreten Anliegen" spricht, gibt es nach Angaben der Stadtverwaltung keine Pläne, die sofort finanziert werden könnten. Dazu Roms angesehene Tageszeitung „La Repubblica": „Viel zu spät hat der Bürgermeister erkannt, daß der Stadt geholfen werden muß. In den letzten Monaten hat sich nichts dramatisches ereignet."

Ihren eigenen Beitrag zum Verfall der „Ewigen Stadt" leistete die Unterwelt: Nach Stemmarbeiten in der Kanalisation gelangten Gangster erst in der letzten Woche wieder in Tresorräume zweier römischer Banken.

(SAD)

LEUTE HEUTE

Aktive Familienpolitik

Eine wirksame Familienpolitik ist der CSU ein Herzensanliegen, zu dem bayerische Politiker auch selbst aktive Beiträge leisten: So wurde Kultusminister Professor **Hans Maier** (55) in diesem Jahr erneut Vater. Ehefrau **Adelheid** (48) gebar ihm die sechste Tochter, die auf den Namen **Julia Klara** getauft wird. Drei der älteren fünf Mädchen haben das elterliche Haus in München schon verlassen. Tochter **Barbara** ließ ihren politischen Vater sogar schon zweimal Großvater werden – natürlich mit zwei Enkelinnen.

Nachwuchs erwartet auch CSU-Generalsekretär **Gerold Tandler**, der gestern seinen 50. Geburtstag feierte: In zwei Wochen erwartet Ehefrau **Gabriele** nach vier Töchtern das fünfte Kind. „Egal, ob Bub oder Mädel", sagt Tandler, der mit seiner Familie zur Zeit Urlaub in Italien macht. „Hauptsache, es ist gesund."

Otfried Sievers inmitten seiner Kollektion
FOTO: HANS-JÜRGEN FRATZER

Die neue Sucht des Nichtrauchers S.

Was würde man wohl von einem Therapeuten halten, der dem gestandenen Säufer rät: Nun trink nicht mehr und spiel gefälligst mit der Whiskyflasche, wenn's dich überkommt? Ähnliches hat Otfried Sievers aus Rethmer bei Hannover getan, als er vor vier Jahren von seiner Sucht loskommen wollte, vom Zigarrenrauchen: Er ließ den Glimmstengel in der Kiste und sammelt seitdem als „Ersatzbefriedigung" Feuerzeuge – jene handlichen Flammenwerfer, mit denen er sich bis dahin täglich bis zu zehn schwarze Havannas angezündet hatte.

1500 Exemplare hat der heutige Nichtraucher in regelrechter Sammlerwut zusammengetragen. Ein Minifeuerzeug aus Japan mit nur 2,5 cm Höhe und winzigem Benzintank ist ebenso dabei wie ein silberner Kugelschreiber aus Kanada, aus dem ein Docht herausschaut. Exotische Schriftzüge verraten internationales Flair aus der Welt der winzigen Anfeuerungsmaschinchen. Da kündet ein Gasbrenner von den Olympischen Spielen 1980 in Moskau, eine Welt der Werbung tut sich auf aus Japan, den Malediven, aus Frankreich, Österreich, England und den USA.

„Meine Rauchsucht bin ich los", gesteht der 47jährige, der nicht ausschließen will, daß das Problem mit seinem alten Laster durch seine neue Feuerzeugsammelwut abgelöst worden ist.

rv.

ZU GUTER LETZT

„Die Politik ist jetzt in der sehr schwierigen Lage, deutlich zu machen, daß man aus einer Wand, in die man eingestiegen ist, nicht herausspringen kann, sondern daß man Zeit braucht. In dieser Zeit brauchen wir aber auch die Deckung der Sicherheit in diesem Feld." Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi im „Spiegel"-Gespräch.